



universität  
wien

## MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

“Das Bezugsfeld der österreichischen Bauernschaft zur Europäischen Union  
Kritische Betrachtung aus der Sicht der medialen Öffentlichkeit und der  
Selbstdarstellung der Bauernschaftvertretung“

verfasst von / submitted by

Valentino Luigi Sudaro, BA BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2018 / Vienna 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Doz. Dr. Gernot Stimmer



## I. Lebenslauf

Name: **Valentino Luigi Sudaro, BA BA**

Geboren am/in: 29.04.1989 in Brixen (IT)

Staatsbürgerschaft: Italien

### Bildungsweg:

2000 – 2003 **Mittelschule** – Michael Pacher, Brixen

2003 – 2005 **Technisches Biennium** – J. Ph. Fallmerayer, Brixen

2005 – 2008 **Handelsoberschule (HAK)** – Handelsoberschule, Brixen  
Matura – „Verwaltung Projekt IGEA“

2008 – 2013 **Bachelorstudium der Philosophie** – Universität Wien  
Bachelor of Arts (BA)

2008 – 2013 **Bachelorstudium der Politikwissenschaft** – Universität Wien  
Bachelor of Arts (BA)

2014 – heute **Masterstudium der Politikwissenschaft** – Universität Wien  
Master of Arts (MA)

### Berufsweg:

2017 – heute **Recruitment Consultant** – LMH Engineering, Wien

2013 – 2017 **Fitnesstrainer** – Bodystyle Fitness Studio, Wien

2005 – 2012 **Verschiedene Ferienjobs/Sommerjobs**, Italien

### Sprachkenntnisse:

Deutsch: Muttersprache

Italienisch: Muttersprache (bilingual/C2) – Zweisprachigkeitsbescheinigung (A)

Englisch: Sehr gute Kenntnisse in Wort und Schrift – TOEFL-Test (102/120)

Spanisch: Grundkenntnisse

## II. Inhaltsverzeichnis

<b>1. Forschungsinteresse .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Einleitung .....</b>	<b>2</b>
2.1. Forschungsansatz.....	3
<b>3. Theorie.....</b>	<b>6</b>
3.1. Europäische Integration und Europäisierung im Vergleich .....	8
3.1.1. Verbindungspunkte der Europäischen Integration und Europäisierung .....	10
3.2. Das Konzept der Europäisierung .....	12
3.3. Operative Europäisierung .....	14
3.3.1. Kategorisierung von Europäisierung.....	15
3.3.2. Vergleichspunkte in der Operationalisierung.....	18
3.3.3. Operationalisierungsprobleme der Europäisierung .....	22
3.4. Konkretisierung der Theorie der Europäisierung .....	25
<b>4. Untersuchungsgegenstände .....</b>	<b>25</b>
4.1. Die Bauernschaft .....	26
4.1.1. Die Größe der Betriebe .....	27
4.1.2. Die regionale Zuordnung der Betriebe.....	27
4.1.3. Die Produktionsart.....	28
4.1.4. Zusammenfassung der Bauernschaft.....	29
4.2. Gemeinsame Agrarpolitik.....	30
4.2.1. Die GAP-Reformen seit 1992 .....	32
4.2.2. Die zwei Säulen der GAP.....	34
4.2.3. Die Kompetenzen in der GAP.....	35
4.2.4. Zusammenfassung der GAP .....	38
4.3. Das Bezugsfeld zwischen österreichischer Bauernschaft und EU .....	38
4.3.1. Die öffentliche Meinung .....	39
4.3.2. Artikulierte Bauernschaftvertretung.....	40

<b>5. Methodik .....</b>	<b>40</b>
5.1. Methodik der Zeitungsanalyse.....	41
5.1.1. Die methodologische Konzeption .....	41
5.1.2. Die Zeitungsauswahl .....	45
5.1.3. Die Eingrenzung der Quellenlage .....	47
5.1.4. Zusammenfassung der Methodik: Zeitungsanalyse .....	49
5.2. Methodik bei der Analyse der Interviews.....	50
5.2.1. Die methodologische Konzeption .....	50
5.2.2. Die InterviewpartnerInnen .....	53
5.2.2.1. Die Auswahl.....	53
5.2.2.2. Kontaktaufnahme und Terminerstellung .....	54
5.2.2.3. Fragenkataloge .....	56
5.2.3. Interviews .....	56
5.2.3.1. Ort, Zeit und Umstände.....	57
5.2.3.2. Technik und Anwendung.....	58
5.2.4. Die Transkriptionen.....	58
5.2.5. Zusammenfassung der Methodik: Interviewanalyse.....	61
<b>6. Auswertung der Daten .....</b>	<b>62</b>
6.1. Zeitungsanalyse .....	63
6.1.1. Die Gesamtübersicht .....	63
6.1.2. Die vier Untersuchungsjahre .....	65
6.1.2.1. Das Jahr 2003.....	65
6.1.2.2. Das Jahr 2007.....	66
6.1.2.3. Das Jahr 2014.....	68
6.1.2.4. Das Jahr 2017.....	70
6.1.3. Der Standpunkt der Zeitungen .....	71
6.1.3.1. Die Zeitungen im Jahr 2003.....	72
6.1.3.2. Die Zeitungen im Jahr 2007.....	73

6.1.3.3.	Die Zeitungen im Jahr 2014.....	74
6.1.3.4.	Die Zeitungen im Jahr 2017.....	75
6.1.3.5.	Zusammenfassung zu den Zeitungen.....	76
6.1.4.	Die Entwicklung des Bezugsfeldes .....	79
6.1.5.	Zusammenfassung der Zeitungsanalyse.....	83
6.2.	Inhaltsanalyse der Interviews .....	84
6.2.1.	Zusammenfassung der Interviews.....	84
6.2.1.1.	Interview 1 .....	84
6.2.1.2.	Interview 2 .....	86
6.2.1.3.	Interview 3 .....	88
6.2.2.	Ergebnisse der Inhaltsanalyse .....	92
6.2.2.1.	Interview 1 .....	92
6.2.2.2.	Interview 2 .....	94
6.2.2.3.	Interview 3 .....	97
6.2.3.	Vergleich der Interviews .....	102
<b>7.</b>	<b>Ergebnisse .....</b>	<b>103</b>
<b>8.</b>	<b>Ausblick.....</b>	<b>107</b>
<b>9.</b>	<b>Literatur- und Quellenangabe .....</b>	<b>109</b>
9.1.	Quellen der Analysen .....	113
9.1.1.	Transkripte .....	113
9.1.2.	Zeitungsartikel.....	114
<b>10.</b>	<b>Anhang .....</b>	<b>117</b>
10.1.	Abstract.....	117
10.2.	English Abstract.....	117

### III. Abbildungsverzeichnis

Abb. 3.1: Darstellung des Europäisierungprozesses nach Robert Ladrech .....	19
Abb. 5.1: Ablaufmodell skalierender Strukturierung nach Philipp Mayring .....	42
Abb. 5.2: Ablaufmodell typisierender Strukturierung nach Philipp Mayring.....	51
Abb. 6.1: Gesamtübersicht der Aufteilung der Zeitungsartikel .....	63
Abb. 6.2: Gesamtübersicht der Aufteilung der Zeitungsartikel ohne neutrale.....	64
Abb. 6.3: Aufteilung der Menge der Zeitungsartikel pro Jahr ohne neutrale .....	64
Abb. 6.4: Häufigkeit der einzeln zählbaren Zeitungsartikel in den acht Zeitungen 2003-2004 .....	73
Abb. 6.5: Häufigkeit der einzeln zählbaren Zeitungsartikel in den acht Zeitungen 2007.....	74
Abb. 6.6: Häufigkeit der einzeln zählbaren Zeitungsartikel in den acht Zeitungen 2014.....	75
Abb. 6.7: Häufigkeit der einzeln zählbaren Zeitungsartikel in den acht Zeitungen 2016-2017 .....	76
Abb. 6.8: Gesamte Häufigkeiten pro Zeitung und Verteilung .....	78
Abb. 6.9: Prozentuelle Verteilung der Zeitungsartikel auf die verschiedenen Zeitungen in positiv und negativ .....	79
Abb. 6.10: Prozentuelle Aufteilung der nutzbaren und nicht nutzbaren Zeitungsartikel zwischen den Jahren.....	80
Abb. 6.11: Positive und negative Aufteilung in jedem Jahr ohne nicht nutzbare und neutrale Artikel.....	81
Abb. 6.12: Entwicklung der positiven Zeitungsartikel im Untersuchungszeitraum .....	82

### IV. Tabellenverzeichnis

Tab. 5.1: Nutzbare Zeitungsartikel pro Jahr.....	49
Tab. 6.1: Die hier genannten Zahlen zählen ausschließlich nutzbare Artikel. Die Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamtzahl des jeweiligen Jahres.....	81

## V. Abkürzungen

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGRIFISH	EU-Rat der Landwirtschaft und Fischerei
AMA	Agrarmarkt Austria
APA	Austrian Press Agency
BIP	Bruttoinlandprodukt
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Brexit	British Exit (Wahl zum Austritt Großbritanniens aus der EU)
CETA	Canada-EU Trade Agreement
COPA	Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen
COREPER I/II	Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft
EG	Europäische Gemeinschaft
EGFL	Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Europäischer Gemeinschaftsvertrag
EK	Europäische Kommission
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GMO	Gemeinsame Marktorganisation
Kleine	Kleine Zeitung
Kronen	Kronen Zeitung
LEADER	Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft
MS	Mitgliedsstaaten der Europäischen Union
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OÖN/OOEN	Oberösterreichische Nachrichten
ÖPUL	Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft
ÖVP	Österreichische Volkspartei
Presse	Die Presse
SN	Salzburger Nachrichten
Standard	Der Standard
TT	Tiroler Tageszeitung
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VN	Vorarlberger Nachrichten





## 1. Forschungsinteresse

Während des Studiums fiel mir eine Statistik auf, welche verschiedene Berufszweige aufzeigt. Diese Zweige sind in einer zweidimensionalen Matrix eingezeichnet und zeigen auf der X-Achse eine klassische Links-Rechts-Klassifikation und auf der Y-Achse eine Aufteilung, wie EU-skeptisch, oder EU-freundlich die jeweiligen Berufsfelder waren.<sup>1</sup> Die LandwirtInnen in der EU waren sowohl stark rechts, als auch EU-skeptisch orientiert. Diese Darstellung wurde von Simon Hix 1996, anhand des Eurobarometers durchgeführt und ermöglichte keine Schlussziehung auf die heutige Situation.<sup>2</sup> Seit 1996 gab es vier Reformen der GAP, von denen vor allem zwei einen radikalen Einschnitt in die Agrarpolitik der Union bedeuteten und die Situation bedeutend umstellten.<sup>3</sup> Die Erfahrung, die Österreich seit dem EU-Beitritt sammeln konnte, ist ebenfalls ein Grund für eine erneute Untersuchung.

Eine gesamteuropäische, quantitative Untersuchung wäre ohne große Umfrage nicht signifikant oder möglich, da die Diversität in diesem Wirtschaftssektor zu groß ist. Trotzdem bleibt das Interesse, zu verstehen, wie die Beziehung zwischen EU und ihren LandwirtInnen heute aussieht. Denn die GAP spielt eine pivotale Rolle in den EU-Politiken. Es gibt Studien zur Landwirtschaft der EU, doch sie sind meist klein strukturiert oder speziell auf ein Themen-, oder Wirtschaftsfeld innerhalb der Landwirtschaft konzentriert. Die politische Situation und eben das Bezugsfeld zur EU wurden bis heute nicht mehr ausreichend untersucht. Die Verbindung zwischen der Relevanz der GAP und der Landwirtschaft in der EU prinzipiell, das Fehlen an nützlichen Quellen und die veraltete Untersuchung, veranlasste mich dazu zu forschen. Mein allgemeines Ziel und Interesse ist es, eine Arbeit zu schreiben, welche in der Lage ist, einen Einstieg in die Thematik des situativ eigenartigen Bezugsfeldes zwischen der Landwirtschaft und der EU darzustellen, auf die sich andere stützen können und von der ausgehend geforscht werden kann. Denn es ist sinnvoll, einen Wirtschaftszweig, welcher mit 60.000Mio. € p.a.<sup>4</sup> von der EU unterstützt wird, näher zu betrachten. Doch die Arbeit ist nur ein Einstieg und ich erhoffe mir eine Erweiterung dieses Themenfeldes, auch mit quantitativem Background.

---

<sup>1</sup> Vgl. Hix 1999: 161.

<sup>2</sup> Vgl. Ebd. 1999: 161.

<sup>3</sup> Vgl. Massot 2017: 1-5 [Online].

<sup>4</sup> Vgl. Europäische Kommission 2014: 8 [Online].

## 2. Einleitung

Die GAP ist ein sehr relevanter Bestandteil der Europäischen Union. Es ist einer der wenigen Bereiche welcher zwar supranational, aber mit geteilter Kompetenz in der EU agieren darf. 2003 hat die GAP die letzte große Reform erlebt und ist seitdem in drei Finanzrahmen der EU (2000-2006, 2007-2013 und 2014-2020) eingebettet gewesen oder worden. Der EU-Haushalt besteht aus einem Prozent des gesamten EU-BIP und belief sich 2013 auf 144 Milliarden Euro, was etwa 50 Mal weniger ist, als der Haushalt der MS insgesamt.<sup>5</sup> Während der drei Finanzrahmen gab die EU stets etwa 40% für die GAP aus. Trotz des „geringen“ EU-Haushaltes (im Vergleich zu dem der MS) belaufen sich somit bspw. die Kosten für die GAP unter Punkt Zwei des mehrjährigen Finanzrahmens „Nachhaltiges Wachstum: Natürliche Ressourcen“<sup>6</sup> auf 420.000Mio. €<sup>7</sup>. Davon sind 74,5% für sogenannte marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen in die GAP implementiert.<sup>8</sup> Die Summe, welche somit im Zeitraum 2014-2020 an EU-LandwirtInnen direkt ausbezahlt werden wird, liegt bei 310.000Mio. €. Dies ist Grund genug sich die Frage zu stellen, was es mit dieser Situation zwischen EU und deren 12Mio. LandwirtInnen<sup>9</sup> auf sich hat.

In einigen Studien (Johannes Michelsen,<sup>10</sup> Ulrich Koester<sup>11</sup> oder Lefebvre et al.<sup>12</sup>) wird die ökonomische und finanzielle Seite untersucht, was somit nur eine teilwirtschaftliche Komponente der BäuerInnen zeigen kann und nicht deren Denkweise. Andere Studien (Ánne Macken-Walsh,<sup>13</sup> Tyrychtr/Vostrovsky<sup>14</sup> oder Dos Santos et al.<sup>15</sup>) sind Fallstudien, die sehr stark auf einen kleinen Raum oder ein kleines Teilgebiet der Landwirtschaft konzentriert sind und können nicht allgemein auf die BäuerInnen angewandt werden. Die meisten dieser Untersuchungen führen quantitative Muster an und versuchen ihre Ergebnisse mit Wachstumsraten, Besserungen der Produktion und anderen Ergebnissen zu beweisen. Was bisher fehlt sind Studien, welche nicht nur messbare Vor- und Nachteile über die Geldflüsse und Regelungen bzw. Verordnungen der GAP untersuchen, sondern qualitative Untersuchungen zu LandwirtInnen und deren Bezug zur EU im Allgemeinen. Die Frage des

---

<sup>5</sup> Vgl. Europäische Kommission 2016: [Online].

<sup>6</sup> Europäische Kommission 2014: 8 [Online].

<sup>7</sup> Vgl. Ebd.: 8 [Online].

<sup>8</sup> Vgl. Ebd.: 8 [Online; Eigene Berechnungen].

<sup>9</sup> Vgl. Europäische Kommission 2013: [Online].

<sup>10</sup> Vgl. Michelsen 2009.

<sup>11</sup> Vgl. Koester 2012.

<sup>12</sup> Vgl. Lefebvre et al. 2014.

<sup>13</sup> Vgl. Macken-Walsh 2011.

<sup>14</sup> Vgl. Tyrychtr/Vostrovsky 2017.

<sup>15</sup> Vgl. Dos Santos et al. 2010.

Zustandes des Bauernstandes ist somit mehrmals behandelt worden, aber nicht die Beziehungen, die EU-LandwirtInnen zur EU haben. Diese Masterarbeit versucht genau dies aufzuholen. Indem ich untersuche, wie die öffentliche Meinung über das Bezugsfeld zwischen LandwirtInnen und der EU schreibt und wie öffentliche Ämter und die Interessensvertretung der BäuerInnen die Situation betrachten, kann ich Genaueres über die Situation und eine mögliche positive oder negative Haltung dieser Betriebe zur EU aufzeigen. Eine gesamteuropäische Sicht wäre allerdings zu weitläufig und diversifiziert, um ein kongruentes Bild erhalten zu können und aus wissenschaftlichem Standpunkt für eine erste, qualitative Arbeit nicht tragbar. Die Suche nach einem geeigneten Raum, in dem die Arbeit stattfinden kann, ist allerdings bald beendet. Österreich bietet in diesem Feld nicht nur eine abgeschlossene, räumliche Ordnung, sondern auch eine Situation, die nach innen diversifiziert, aber auch kongruent genug ist, um funktionieren zu können. Die österreichische Landwirtschaft ist ebenfalls gut vernetzt, sowohl nach innen, als auch nach außen, zu staatlichen und EU-Institutionen. Dies ermöglicht einen tiefen Einblick in deren Welt. Aufgrund dessen sind die Interessensvertretung und österreichische Institutionen für diese Arbeit so wichtig, aber nicht die Meinung der einzelnen Bauern und Bäuerinnen. Die Vielfalt, verbunden mit ihrer kongruenten Situation und der Stärke der Landwirtschaft in Österreich macht dieses Land zum geeigneten Untersuchungsgegenstand für die vorliegende Arbeit.

## **2.1. Forschungsansatz**

Die Bezugssituation der LandwirtInnen in Österreich ist ungewiss. Der Bezugsrahmen zur EU bzw. der GAP ist bis heute vernachlässigt worden. Deshalb bedarf es einer Untersuchung von Grundlagen und einer grundsätzlichen Ausrichtung von Forschung und Ziel in der Wissenschaft, die diesen Bezug untersuchen will. Das politikwissenschaftliche Interesse muss nicht nur aus den oben beschriebenen finanziellen Grundlagen erfolgen, sondern auch durch die mächtige Politik innerhalb der EU, welche sich durch die GAP direkt auf die LandwirtInnen auswirkt. Die Politik des Wirtschaftszweiges Landwirtschaft ist stark durch die EU geprägt, da die GAP supranational auf die Agrarpolitik Einfluss nimmt, obwohl sie eine geteilte Kompetenz aufweist. Es muss die Frage geklärt werden, ob es sich um eine Situation handelt, in der ein stärkerer Einfluss von oben oder von unten angenommen wird (Top-down oder Bottom-up). Wobei die GAP der Ausgangspunkt einer Top-down Richtung ist und die österreichische Bauernschaft und dessen Vertretung von unten agieren würden. Die Arbeit geht von einer Wechselwirkung aus, welche aber oben anfängt und Bottom-up die

vorigen Entscheidungen zeitlich nachrangig beeinflusst. Die empirische Ausarbeitung zeigt die Situation der Landwirtschaft in der EU, über die Reaktion auf GAP-Policies,<sup>16</sup> wodurch umgekehrt die Entscheidungen auf EU-Ebene gezeigt werden. Als Untersuchungsgegenstände zählen hier die österreichische Bauernschaft und die EU (GAP). Die Akteure sind der österreichische Staat und die Interessensvertretung der Landwirtschaft, die ich als Bauernschaftvertretung festlege, sowie die österreichische Gesellschaft über eine mediale Öffentlichkeit.

Da die eben beschriebene Verbindung zwischen den Gegenständen, Bauernschaft und EU als Bezugsfeld bezeichnet werden kann, obliegt es mir in der Lage zu sein, über eine mediale Berichterstattung des Feldes und der Rolle der Bauernschaftvertretung ein Ergebnis zu folgenden Fragen zu ermöglichen:

**Wie wird in den Medien die Entwicklung des Bezugsfeldes zwischen EU/GAP und LandwirtInnen dargestellt und wie zeichnet die österreichische Bauernschaftvertretung deren eigenes Bild dieses Bezuges?**

**Gibt es Unterschiede bei der Darstellung des Bezugsfeldes, zwischen dem Bild der Medien (öffentliche Meinung) und dem der Bauernschaftvertretung?**

Diese Arbeit ist innerhalb des Theoriestrangs der Europäisierung eingebettet. Das Neue an der Europäisierung ist das Verständnis der innerstaatlichen Veränderung, welche Reaktionen innerhalb des Staates auslöst, die sich wiederum auf die EU auswirken. Die zu beantwortende Frage ist also nicht mehr wie stark der Einfluss der EU in den MS ist, sondern wie die MS auf von oben kommende EU-Policies reagieren. Der Einfluss ist deshalb möglich, da EU-Institutionen fertig installiert sind und anfangen Resultate zu erzeugen.<sup>17</sup> Darüber kann der Europäisierungsgrad ermittelt werden. Das Ergebnis erfasst also, ob eine Vertiefung der Europäischen Integration durch GAP-Policies ermöglicht wird oder nicht. Radaellis Konzept der „inertia, absorption, transformation, and retrenchment“<sup>18</sup> kann hier die Form und Stärke der Anpassung oder Nicht-Anpassung der nationalen Gesellschaften zeigen.

Dieser Wandel der Gesellschaft durch EU-Einflüsse (in diesem Fall über die GAP erzeugt) ist empirisch messbar, anhand der genannten Akteure der Bauernschaftvertretung und medialen Öffentlichkeit. Die Messbarkeit ergibt sich durch theoretische Faktoren, welche Medien und Vertretung zum Sprachrohr der untersuchten, gesellschaftlichen Teile macht.

---

<sup>16</sup> Vgl. Ladrech 2010: 3.

<sup>17</sup> Vgl. Auel 2012: 248.

<sup>18</sup> Radaelli 2003: 37.

Von der Europäisierung ausgehend ergibt sich ein kongruentes Bild für die Forschungsfragen und Annahmen. Es erzeugt einen roten Faden, der im Rahmen der Theoriedefinition nach Robert Ladrech, mit einem Top-down-Ausgangspunkt (von der EU zu den Staaten und subnationalen Akteuren) das untersuchte Feld gut erklären kann.<sup>19</sup> Die Bottom-up Darstellung wird über die Entwicklung in den Medien und die Meinung der Bauernschaftvertretung gezeigt, welche aber auf die EU-Entscheidungen reagiert nachdem diese schon gefallen sind. Dies wird umgekehrt die Europäisierung stärker unterstützen. Der Punkt ist also, dass die EU-Entscheidungen und EU-Policies Akteure in Österreich beeinflussen. Die Akteure reagieren prozessual darauf in einer gewissen Art und Weise, indem sie entweder mehr oder weniger von der EU halten, was auf künftige Entscheidungen der EU einen geringen Einfluss hat. Wenn eine Veränderung dieses Verhaltens in den Untersuchungsjahren feststellbar ist, so unterstützt meine Arbeit nicht nur die Europäisierung als Theoriestrang, sondern auch folgende Annahmen:

Ich gehe davon aus, dass sowohl das mediale Bild, als auch die Bauernschaftvertretung von einem negativen Standpunkt bei der Berichterstattung und Einschätzung des Bezugfeldes zwischen österreichischer Bauernschaft und EU ausgehen. Der Ausgangspunkt liegt noch bei Hix' Darstellung, der eine negative Sichtweise ermittelt hat (auch wenn europaweit).<sup>20</sup> Was die in der ersten Forschungsfrage zu untersuchende Entwicklung betrifft, so gehe ich davon aus, dass sie sich in der Öffentlichkeit ins Positive bewegt. Die Annahme begründet sich in der GAP selbst und dessen Arbeit. Punkte, wie die Entkoppelung der Betriebsprämien oder die Errichtung einer zweiten Säule in der GAP haben die Landwirtschaft näher an Brüssel verschoben und die Medien sollten dies bemerkt haben. Allgemein wird somit die Gesellschaft negativ über die Beziehung sprechen, aber insgesamt wird sich der Bezug verbessern.

Auf der anderen Seite gehe ich von einer kognitiven Dissonanz der Bauernschaftvertretung aus. Im Prinzip erkennt diese Vertretung das Ziel der EU an, die GAP zu einem positiven Politikfeld zu gestalten, glaubt aber, dass die Bauernschaft und die Öffentlichkeit immer noch eine negative Sichtweise über die EU haben. Der Grund dahinter ist, dass sie ein verzerrtes Bild hat, sowohl von den Medien, als auch von der Gesellschaft – das entwickelt sich eben zu einer Dissonanz in der Kognition des Bezugfeldes zwischen der EU und der Öffentlichkeit bzw. deren Sicht über die Landwirtschaft.

---

<sup>19</sup> Vgl. Ladrech 2010: 3.

<sup>20</sup> Vgl. Hix 1999: 161.

Sofern die beiden Annahmen bewährt bleiben, kann dies zu einem besseren Dialog zwischen den Akteuren der Bauernschaftvertretung und der Öffentlichkeit führen, sowie zu einem besseren Verständnis zwischen den Untersuchungsgegenständen der Bauernschaft und der EU. Letztendlich führt es auch dazu, dass Akteure und die Untersuchungsgegenstände in einem verfeinerten Dialog die Situation der österreichischen Landwirtschaft in der EU besser zum Ausdruck bringen können.

Das Ergebnis der Masterarbeit zeigt, dass die Skepsis der BäuerInnen von 1996<sup>21</sup> bis 2003 nicht abgeflacht ist (zumindest laut Zeitungsanalyse), sondern der Bezug der österreichischen Landwirtschaft zur EU und GAP seit 2003 deutlich besser geworden ist. Dies ging so weit, dass sie sich im letzten Untersuchungsjahr nivelliert hat. Eine lineare Entwicklung dazu würde eine positive Berichterstattung ab 2018 erwarten lassen, obwohl der Durchschnitt der Untersuchung einen insgesamt negativen Informationsstand darstellt. Bei den Interviews kann ebenfalls das erwartete Ergebnis der Annahmen bewährt bleiben. Alle Interviewten gehen von einem positiven Zustand aus, wenn es um die Landwirtschaft in der EU geht. Wobei aber die Entwicklung in den Medien negativ eingeschätzt wird. Somit wird bei allen die kognitive Dissonanz festgestellt, aber gleichzeitig durch diese Arbeit aufgelöst.

Die Masterarbeit behandelt nach der Einleitung, den Theoriestrang der Europäisierung und zeigt, warum er für die Thesen wichtig ist. Anschließend an die Theorie folgt ein Kapitel über die Untersuchungsgegenstände, wie die untersuchte Bauernschaft und EU/GAP in der Arbeit gesehen und genutzt werden. Darauf folgt die Methodik, sowohl der Zeitungsanalyse, als auch der Interviews. Im Anschluss findet sich die Ausarbeitung der beiden Analysen und ein Vergleich zwischen diesen beiden. Der Vergleich wird im Schluss mit der Theorie verbunden und ein Ergebnis vorgestellt. Zuletzt endet die Arbeit mit einem Ausblick und der Literatur- und Quellenangabe.

### **3. Theorie**

Die GAP existiert bereits seit 1962. Somit hat sie Zeit und Mittel gehabt, sich als Bindeglied zwischen den MS, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, beim Binnenmarkt zu profilieren.<sup>22</sup> Dies zeigt auch die relevante Stelle im EU-Haushalt. Vor allem liegt die Bedeutung der GAP in der Macht, welche sie im Policy-Bereich der Landwirtschaft in den MS ausübt. Wie führt sie diese Macht aus, nach welchem Muster verfährt sie und welchen

---

<sup>21</sup> Vgl. Ebd.: 161.

<sup>22</sup> Vgl. Ladrech 2010:74.

Einfluss kann sie in der EU haben? Die Theorie der Europäisierung kann die Beantwortung ermöglichen. Sie ist aber immer noch ein neues und sehr heterogenes Feld und muss für diese Arbeit konkretisiert werden.

Bis heute ist der Begriff der politischen Integration sehr stark vertreten, wenn es um die Beschreibung und theoretische Bearbeitung der politischen Einflüsse in Europa geht. Das Konzept der Europäisierung kann laut Rainer Eising nicht ohne die politische oder Europäische Integration verstanden werden.<sup>23</sup> Gedanklich bleibt Eising nahe bei Sartori, der ein neues Konzept nie isoliert von der theoretischen Welt betrachten will, die bisher schon Bestand hat.<sup>24</sup> Ausgehend von einer politischen Integration beschreibt Eising deshalb die Europäische Integration als EU-nahe Variante und damit geographische Konzentration eines abstrakten Konzeptes. Die Verbindung zwischen Europäischer Integration und Europäisierung erwartet deshalb eine EU-Nähe der Europäisierung: „Beate Kohler-Koch ist deshalb Recht zu geben, wenn sie Europäisierung als Unionisierung oder EU-Europäisierung bezeichnet.“<sup>25</sup> Die EU als Untersuchungsgegenstand ist somit geographisch, theoretisch und institutionell in den Fokus des Konzeptes der Europäisierung und der Europäischen Integration zu rücken. Den Begriff der Europäischen Integration als Ausgangspunkt sehend, geht Eising so vor, dass er aufgrund der notwendigen Nähe der beiden Konzepte eine Verbindung erzeugt:

„Ich verwende im Folgenden den Begriff der *Europäischen Integration* für den Aufbau und die Entwicklung europäischer Institutionen und Politiken, weil er dafür bereits etabliert ist. Europäische Integration bezeichnet – in Anlehnung an Johan Olsen – die zunehmende Dichte und Intensität sowie die Verstärkung der Charakteristika in den Beziehungen auf der Ebene der Europäischen Union. Der Begriff der *Europäisierung* verweist auf die Auswirkungen dieses Integrationsprozesses auf nationale Akteure, Strukturen und Prozesse.“<sup>26</sup>

Die Europäisierung fußt auf der Integration und ist in ihr eingebettet oder wie es Katrin Auel prägnant beschreibt:

„Im Gegensatz zur klassischen Integrationsforschung [...] geht es nicht mehr um die Frage, warum sich souveräne Staaten auf europäischer Ebene zusammenschließen und wie das daraus entstehende politische System einzuordnen und zu erklären ist (ontologische Phase), sondern

---

<sup>23</sup> Vgl. Eising 2003: 388-389.

<sup>24</sup> Vgl. Sartori 1984: 52.

<sup>25</sup> Eising 2003: 393.

<sup>26</sup> Ebd.: 396.

darum, was passiert, wenn die europäischen Institutionen eingerichtet sind und anfangen Wirkung zu zeigen.“<sup>27</sup>

Wenn also Europäisierung als theoretisches Konzept genutzt werden kann, muss zuerst die Europäische Integration definiert und anschließend in Verbindung mit der Europäisierung gebracht werden um die Wirkung zeigen zu können.

### **3.1. Europäische Integration und Europäisierung im Vergleich**

Was ist die Europäische Integration? Markus Jachtenfuß und Beate Kohler-Koch haben in der Europaforschung drei verbreitete Theoriestränge seit den 1960er-Jahren beschrieben: Die Integrationstheorien, Policy-Analysen und Verfassungsdebatten.<sup>28</sup> Hier wird die Integrationstheorie gesondert betrachtet. „In den sechziger Jahren entwickelte sich eine heftige Theoriekonkurrenz zwischen einer gesellschaftsorientierten Variante, dem Neofunktionalismus (Haas 1964) und einer staatsorientierten Variante, dem Intergouvernementalismus (Hoffmann 1966).“<sup>29</sup> Vereinfacht dargestellt beschreibt der Intergouvernementalismus die EU als eine zwischenstaatliche Organisation, in der Entscheidungen besonders stark von der MS-Seite beeinflusst werden. Der Neofunktionalismus beschreibt eher die umgekehrte Form, dass EU-Institutionen Präferenzen durchsetzen können. Zwischen den beiden Theoriesträngen findet bis heute eine starke Annäherung statt, weshalb eine konkrete Trennung nicht mehr möglich ist.<sup>30</sup> Somit kann laut Jachtenfuß und Kohler-Koch davon ausgegangen werden, dass es sich bei der EU um eine Verbindung und Zusammenarbeit zwischen EU-institutioneller und MS Machtausübung handelt, die teils konkurriert und teils Hand in Hand geht.

Das Konzept der politischen Integration beschreibt Eising laut Johan P. Olsen als eine Verdichtung von Prozessen, eine Intensivierung von Beziehungen zwischen verschiedenen Teilen.<sup>31</sup> Die Erweiterung oder eher Konzentration von politischer Integration zur Europäischen Form fußt auf zwei Theoretikern, Ernst Haas und Leon Lindberg. Beide haben zu den Anfängen der Europäischen Zusammenarbeit bemerkt, dass sich mehr und mehr Entscheidungskompetenzen und somit Macht auf gemeinschaftliche Institutionen

---

<sup>27</sup> Auel 2012: 248.

<sup>28</sup> Vgl. Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003: 11-14.

<sup>29</sup> Ebd.: 11.

<sup>30</sup> Vgl. Ebd.: 11-12.

<sup>31</sup> Vgl. Eising 2003: 391.

konzentrieren und verdichten, ganz nach Olsen.<sup>32</sup> Da es speziell um Europa und europäische Strukturen wie die EGKS und EG ging, zu denen Staaten Kompetenzen verschoben, spricht man von einer Europäischen Integration. Am Anfang stehen Nationalstaaten im westlichen Europa, die miteinander konkurrieren. Diese fangen an sich räumlich und zeitlich in Organisationen und Institutionen zu vereinigen. Solche Verbindungen und Vernetzungen von MS können also als politische Integration Europas und somit als Europäische Integration verstanden werden. Allerdings sind sich selbst die neofunktionalistischen Theoretiker wie Lindberg und Haas nicht einig, wie die Europäische Integration letztendlich aussieht:

„Das bislang vielleicht zentrale Konzept der EU-Forschung, die politische Integration, unterscheidet sich also durchaus bei den wesentlichen neofunktionalistischen Autoren – also bei Vertretern von ein- und derselben Theorieströmung –, und diese haben es noch dazu im Laufe der Zeit modifiziert. Es überrascht daher wenig, dass auch Gehalt und Reichweite des weniger etablierten Konzeptes der Europäisierung bislang unklar und umstritten sind.“<sup>33</sup>

Die zu diesem Kapitel eingangs beschriebene Konzentration der politischen Integration auf Europa und somit die Entwicklung der Europäischen Integration ist zulässig, beherbergt aber gewisse Schwierigkeiten. Denn Europäische Integration (ab hier Integration) ist teleologisch geprägt und nicht ausreichend bzw. zu weit, um allgemeine Aussagen über eine Verdichtung von zwischenstaatlichen oder supranationalen Strukturen zu ermöglichen. Deshalb entsteht mit der Europäisierung – die zwingend auf der Integration aufbaut<sup>34</sup> – nicht nur ein neuer Theorienzweig, sondern eine Konzentration der Integration auf das Verhältnis das zwischen der heutigen EU und den MS besteht. Es kommt aber aus, ohne ein abschließendes Ziel anzunehmen. Damit können konzeptuelle Probleme der Integration gelöst werden: Zwar kann immer noch von einer Verdichtung der EU ausgegangen werden, aber diese Verdichtung bedeutet keinen zeitlichen Endpunkt der EU und neu entstehende Supranation. Gleichzeitig wird laut Eising über den Rückschluss auf die MS die Entwicklung messbar: „Der Begriff der Europäisierung verweist auf die Auswirkungen dieses Integrationsprozesses auf nationale Akteure, Strukturen und Prozesse.“<sup>35</sup>

Um Europäisierung zu verstehen, ist es also notwendig Integration zu verstehen und mit der Europäisierungstheorie zu verbinden. Wie sind die Verbindungspunkte, Gemeinsamkeiten

---

<sup>32</sup> Vgl. Ebd.: 390.

<sup>33</sup> Ebd.: 392.

<sup>34</sup> Vgl. Ebd.: 396.

<sup>35</sup> Ebd.: 396.

und Unterschiede zwischen den beiden theoretischen Konzepten zu sehen, woraus eine konkrete Theoriebildung von Europäisierung ermöglicht wird?

### 3.1.1. Verbindungspunkte der Europäischen Integration und Europäisierung

„In dieser Hinsicht heben die Vertreter beider Konzepte die Rolle von Institutionen hervor, sie sind prozessorientiert, haben zum Teil ähnliche Analyseperspektiven und betonen ähnliche Kausalmechanismen zur Erklärung von Integration und Europäisierung.“<sup>36</sup> Die institutionentheoretische, prozessorientierte, mit ähnlichen Analyseperspektiven und Kausalmechanismen ausgestattete Integration unterscheidet und verbindet sich in diesen vier Punkten folgendermaßen konkret:

*Institutionstheoretisch:* Integration sieht es als notwendig an, dass MS die Verantwortung und Entscheidungsgewalt an EU-Institutionen übertragen. Die Entscheidungen dieser Institutionen können für oder konkurrierend zu MS sein. Allerdings existiert die Möglichkeit, dass Akteure in diesem Rahmen in der Lage sind Prioritäten zu wählen, auch wenn sie gegen sich selbst oder den eigenen MS sind. Genau hier setzt Europäisierung an. „Die Annahme der Koexistenz multipler Loyalitäten und Eigenlogiken ist ein zentrales Moment in Studien der Europäisierung.“<sup>37</sup> Die Verdichtung auf die EU-Institutionen (wie bei der Integration) ist nicht mehr unerlässlich. Alle Entscheidungsinstanzen, von den genannten Institutionen bis zur lokalen Ebene, haben Gestaltungsmöglichkeiten und -Spielräume. Erst bei Kollisionen kann Europäisierung gut ermittelt werden, was auf der vertikalen, sowie auf der horizontalen Machtverteilung sichtbar wird.<sup>38</sup> Die GAP als gemeinsame Politik kann in diesem Rahmen als Institution verstanden werden. Die beschlossenen Reformen sind Ausdruck der vertikalen Machtverteilung, welche sich direkt auf eine tiefer liegende Ebene auswirkt, aber am Weg zur Entscheidung mehrere mögliche Vetostationen (sowohl in der Union als auch in den MS und subnationalen Räumen) passieren muss und selbst dann eine Reaktion erwartet.

*Prozessorientierung:* Für Integrationstheoretiker bedeutet die Prozessorientierung eine graduelle Entwicklung zu einem stärkeren Zentrum. Auch Ladrech hat einen graduellen Wandel in der Europäisierung geprägt. Gleichzeitig gehen andere Europäisierungstheoretiker wie Risse, Cowles, Caporaso oder Radaelli von einer stufenweisen Entwicklung aus.<sup>39</sup> Anders als bei der Integrationsforschung ist in der Europäisierung prinzipiell kein Ende vorhanden, da

---

<sup>36</sup> Ebd.: 397.

<sup>37</sup> Ebd.: 398.

<sup>38</sup> Vgl. Ebd.: 399.

<sup>39</sup> Vgl. Ebd.: 399-400.

nicht zwingend eine Verdichtung der Verhältnisse zu EU-Institutionen stattfinden muss. Dennoch zielt bei allen dieser Wandel zu einem stärkeren, zentralisierteren Europa. Gegenseitige Anpassung und Annäherung über die Zeit ist auch eine Kernaussage der Europäisierung. Die zeitliche Komponente spielt bei der Prozessorientierung eine wesentliche Rolle. Im nächsten Unterkapitel über die Konkretisierung der Europäisierung folgt die Konzentration auf den zeitlichen Raum dieser Prozessorientierung für empirische Studien. Bei der GAP handelt es sich um eine prozessorientierte Institution. Dies zeigen die vielen Reformen seit der MacSharry-Reform 1992.<sup>40</sup> Die Reformen könnten im ersten Moment als schubweise wirken. Der zweite Moment verrät aber, wie ich später zeigen werde, dass die verschiedenen Reformen aufeinander aufbauen und zwischen den Jahren langfristig umgesetzt werden. Auch ist der Wandel zwar zielgerichtet, aber nicht so umgesetzt. Die Reformen und deren Anpassungen, die in den Untersuchungsgegenständen gezeigt werden, sind aufgrund neuer Notwendigkeiten aufgetaucht. Eine laufende Entwicklung ist somit vorhanden, wie Ladrech es auch vorschlägt.<sup>41</sup>

*Analyseperspektiven/Untersuchungsgegenstände:* Die Perspektive der Untersuchungsgegenstände ist bei IntegrationsvertreterInnen eher bottom-up gerichtet. „Die Vertreter des Europäisierungskonzeptes untersuchen in einer *top-down* Sichtweise die Auswirkungen der Europäischen Integration in den Mitgliedstaaten.“<sup>42</sup> Der Fokus liegt in dieser Arbeit auf der Europäisierung, weshalb ebenfalls von einer top-down Situation ausgegangen wird, wenn es darum geht, dass die GAP auf die Landwirtschaft einwirkt. Dafür ist das Vorwissen nötig, dass ich die Untersuchungsgegenstände – die EU bzw. GAP und Bauernschaft – in einer vertikalen Machtstruktur sehe, die die EU oben und BäuerInnen unten sieht.

*Kausalmechanismen:* Integration bedeutet, dass Eliten Lernprozesse haben, europäische Politiken Problemlösungskompetenzen aufweisen, ein spillover-Effekt, Interessensverfolgung und Aktivitäten zwischen MS und EU vorhanden sind.<sup>43</sup> Die Europäisierung blickt eher auf Diffusions-, Sozialisations- und Lernprozesse.<sup>44</sup>

„Im Vergleich zum Neofunktionalismus verzichten Europäisierungsstudien ‚auf teleologische Entwürfe‘ und den Quasi-Automatismus des spillover“.<sup>45</sup> Integration und Europäisierung sind voneinander zu unterscheiden, bleiben aber miteinander verbunden.

---

<sup>40</sup> Vgl. Massot 2017: 1-5 [Online].

<sup>41</sup> Vgl. Eising 2003: 399.

<sup>42</sup> Ebd.: 400.

<sup>43</sup> Vgl. Ebd.: 400-401.

<sup>44</sup> Vgl. Ebd.: 401.

<sup>45</sup> Ebd.: 401.

### 3.2. Das Konzept der Europäisierung

Bevor ich zur Operationalisierung von Europäisierung als theoretische Grundlage dieser Arbeit vordringe, welche die empirisch-methodische Herangehensweise erklärt, bedarf es eines tieferen Einblicks in die Europäisierung als theoretisches Konzept. Hierbei stellt sich Rainer Eising drei grundlegende Probleme, welche in der Operationalisierung kritisch betrachtet werden müssen:

„Erstens ist Europäisierung als *relationales Konzept* nur schwierig fassbar. Zweitens müssen Kongruenz- und Kompatibilitätserfordernisse Europäischer Integration unterschieden werden. Zum anderen treffen auf die Untersuchung von Europäisierung alle *Probleme des zeitlichen Vergleichs* zu.“<sup>46</sup>

*Das relationale Konzept:* Eising konkretisiert die Schwierigkeit, dass eine simple Relation des Europäisierungsgrades nie ausreicht um den Europäisierungsgrad eines MS operativ zu messen. Dies bedeutet, es bedarf mehr als nur die Beantwortung der Frage, wie viele Rechtsakte ein MS von der EU übernommen hat, um zwischen 1 und 0 einen Grad zu ermitteln.<sup>47</sup> „Eine sinnvolle Interpretation des Europäisierungsgrades erfordert immer auch die Einbeziehung von Informationen über den Kontext auf nationaler und europäischer Ebene.“<sup>48</sup> Der Grad der Umsetzung und die Relation zwischen EU und MS ist demnach nicht genug. Es gehören bei den Untersuchungsgegenständen auch bereichsspezifische Leitideen, Akteurskonstellationen und deren Umsetzung von Interessensvermittlung, Konflikt- und Problemsituationen, sowie technische, ökonomische, politische und administrative Möglichkeiten und auch vorhandene Steuerungsinstrumente auf EU-Ebene dazu.<sup>49</sup> Sobald es zu einer Operationalisierung von Europäisierung kommt, müssen diese Punkte spezifiziert und argumentativ erklärt werden.

*Kongruenz- und Kompatibilitätserfordernisse:* Kongruenz und Kompatibilität unterscheiden sich nicht grundlegend voneinander, sondern nur im Ausmaß der Erfordernisse. Beide beschreiben eine Situation eines Verhältnisses zwischen mindestens zwei Teilen. „*Kongruenzmodelle* gehen davon aus, dass die europäische und nationale Situation weitgehend deckungsgleich sein müssen.“<sup>50</sup> Der Entfaltungsraum von MS ist hier nicht strikt

---

<sup>46</sup> Ebd.: 402.

<sup>47</sup> Vgl. Ebd.: 402.

<sup>48</sup> Ebd.: 402.

<sup>49</sup> Vgl. Ebd.: 403.

<sup>50</sup> Ebd.: 403.

nominal zu sehen, sondern eröffnet einen Rahmen, in dem die Kongruenz stattfinden kann. Darüber hinaus würde Diskongruenz herrschen und somit zeigt Kongruenz starre Grenzen mit einem gewissen Zwischenraum der Entfaltung. Bei Fällen der Kompatibilitätserfordernisse „[...] gibt es keine formalen Regeln, die die Mitgliedstaaten dazu verpflichten, europäische Maßnahmen und Praktiken auf nationaler Ebene umzusetzen.“<sup>51</sup> Die Verbindungen und Interdependenzen zwischen EU und MS sind weniger starr und weicher. Prinzipiell bedeutet das, dass europäische Vorgaben vorhanden sind, die mit den MS Lösungen vereinbar sein müssen, obwohl diese Lösungen sich komplett von EU-Vorgaben im Inhalt entfernen können. „Aufgrund des Unterschieds zwischen Kongruenz- und Kompatibilitätserfordernissen ist es wenig überraschend, dass die stärksten Veränderungen auf nationaler Ebene [...] bislang in den politischen Programmen [, wie der GAP, VS] identifiziert wurden“.<sup>52</sup>

*Probleme des zeitlichen Vergleichs:* „Klaus H. Goetz (2000: 223) verlangt [...], dem Zeitpunkt (time), der Sequenz (timing) und der Geschwindigkeit (tempo) von Europäisierung erheblich mehr Aufmerksamkeit zu schenken, um ein besseres Verständnis dieses Prozesses zu gewinnen.“<sup>53</sup> Bei time geht es um die zeitliche Festlegung, wann eine Untersuchung gemacht wird. Die Untersuchung der Reform der GAP von 2003 würde 1990 noch keinen Sinn ergeben. Gleichzeitig sollte – beim Timing – die Zeit vorher auch betrachtet werden, weil wir bereits wissen, dass die Integration zeitlich vor der Europäisierung ansetzt und der Prozess der Integration nicht ausgelassen werden darf. Zuletzt geht es um das Tempo, also die Geschwindigkeit der Europäisierung. Dies zeigt, wie schnell und gut sich MS an EU-institutionelle Regelungen anpassen und somit den Europäisierungsgrad mitbestimmen.

Alle drei Probleme nach Eising müssen in einer operationalisierten Europäisierung theoretisch und konzeptuell geklärt werden.<sup>54</sup> Zur Lösung hat Eising noch das Problem der Multikausalität und historischen Multikollinearität beschrieben.<sup>55</sup> Bei der Multikausalität handelt es sich um die Frage, wie viele und welche Einflüsse (extern wie intern) auf die EU und MS noch einwirken um deren Politik zu modellieren. Sowohl in der Integration (also beim Einfluss von externen Faktoren auf die EU-Institutionen und deren Beschlüsse), als auch in der Europäisierung (also beim Einfluss interner und externer Faktoren auf EU-Institutionen einerseits und MS und deren Strukturen andererseits) gibt es Kausalitäten, die oft vernachlässigt werden. Bei der Multikollinearität geht es eher darum, dass Integration und Europäisierung zeitlich nicht unbedingt aufeinander folgen, sondern auch miteinander und

---

<sup>51</sup> Ebd.: 405.

<sup>52</sup> Ebd.: 406.

<sup>53</sup> Ebd.: 406.

<sup>54</sup> Vgl. Ebd.: 401.

<sup>55</sup> Vgl. Ebd.: 407.

gleichzeitig einsetzen können.<sup>56</sup> Eine zeitlich eindeutige Abgrenzung, die zeigt wo Integration aufhört und Europäisierung beginnt, existiert nicht. Arthur Benz beschreibt in der Politikverflechtungstheorie oder besser in der „multilevel governance“<sup>57</sup> das Problem an sich. Es kommen zu viele Ebenen zusammen ohne institutionelle Strukturen aufrecht zu erhalten, was inkohärent wirkt. Dennoch besteht eine gewisse Interdependenz zwischen den Teilen der europäischen Mehrebenenstruktur.<sup>58</sup> Diese zwei zusätzlichen Probleme der Multikausalität und historischen Multikollinearität löse ich hier, da sie dem empirischen Teil so intrinsisch sind, dass die Lösung Teil der Untersuchung wird und theoretisch nur vorbereitet werden muss. Die Multikausalität wird lösbar, indem die einflussreichsten Kausalitäten angesprochen und auch besprochen werden. Hierbei handelt es sich um die Globalisierung und neoliberale Wirtschaftstendenzen, welche die GAP direkt und indirekt beeinflussen können. In der Empirie kommen diese Themen zur Sprache. Solange aber der Einfluss von externen Faktoren bekannt ist, beeinflusst er nicht die Europäisierung selbst, weil sie in den Antworten und Einschätzungen mit eingerechnet werden. Bei der Multikollinearität baut diese Arbeit auf eine Möglichkeit, welche Eising für die Lösung fordert. Dabei geht es um einen internationalen Vergleich der Europäisierungsforschung, die Drittstaaten mit einschließt.<sup>59</sup> Ich öffne mit der Arbeit eine Möglichkeit des Vergleichs mit anderen Staaten, indem bei MS und/oder Drittstaaten ähnliche empirische Studien vorgenommen werden können.

### **3.3. Operative Europäisierung**

Bisher liegt der Fokus der Theorie auf der Frage der Herkunft und Entwicklung des Konzeptes der Europäisierung, sowie auf den Schwierigkeiten und Problemen wenn es zur Operationalisierung dieser Theorie kommen soll. In diesem Abschnitt folgt eine konkrete Definition der Europäisierung auf welcher die Arbeit fußt, sowie die Lösung der prinzipiellen theoretischen Problemsituationen. Zusätzlich verbinde ich die Theorie mit der Empirie, sowie dem Forschungsansatz, den Untersuchungsgegenständen GAP und LandwirtInnen und den Akteuren der medialen Öffentlichkeit und Bauernschaftvertretung. Diese werden im nächsten Kapitel der Untersuchungsgegenstände ebenfalls operativ für die Arbeit untersucht und konkretisiert, damit sie für die Arbeit nutzbar werden. Laut Eising gibt es verschiedene Europäisierungskonzepte die auf Risse, Cowles und Caporaso, auf Radaelli als auch auf

---

<sup>56</sup> Vgl. Ebd.: 408.

<sup>57</sup> Benz 2003: 318.

<sup>58</sup> Vgl. Ebd.: 318-319.

<sup>59</sup> Vgl. Eising 2003: 409-410.

Ladrech zurückgehen.<sup>60</sup> Keine der Europäisierungsdefinitionen ist jedoch ausreichend um die gestellten Forschungsfragen zu beantworten, ohne dabei die nötigen Theoretisierungsgrundlagen zu untergraben.

2010 hat Robert Ladrech in seinem Werk „Europeanization and national politics“ die Definition der Europäisierung überarbeitet und noch stärker auf die MS und das Verhältnis zur EU konzentriert. Daraus ist die zentrale Definition entstanden, welche für diese Arbeit genutzt wird:

“Europeanization is then understood as the change within a member state whose motivating logic is tied to a EU policy or decision-making process. The prime concern of any Europeanization research agenda is therefore establishing the causal link, thereby validating the impact of the EU on domestic change.”<sup>61</sup>

Mit Hilfe von Ladrech selbst, Featherstone, Auel, Radaelli und Olsen wird mit Ladrechs Definition Europäisierung kategorisiert und spezifiziert. Anschließend kontrolliere ich, ob im Konzept die institutionstheoretischen und prozessorientierten Vergleichspunkte zwischen Integration und Europäisierung zu finden sind. Zudem werden die Analyseperspektiven und Kausalmechanismen sichtbar.<sup>62</sup> Dabei löst Ladrech die Fragen der Operationalisierungsprobleme der relationalen Konzepte, Kongruenz- und Kompatibilitätsmodelle und der Zeitvergleichsprobleme.<sup>63</sup>

### 3.3.1. Kategorisierung von Europäisierung

Bevor es zur Untersuchung geht, ob Ladrech mit dieser Definition in der Lage ist Eisings Ansatzpunkte der Europäisierung zu bewältigen,<sup>64</sup> muss grundsätzlich geklärt werden, ob die Theorie mit den Forschungsfragen und Annahmen kategorisch und auch inhaltlich zusammen passt. Konkret bedeutet dies die Beantwortung der Fragen: „Was wird europäisiert und in welchem Ausmaß? Damit sind zwei wichtige Dimensionen der Europäisierung angesprochen, nämlich das Objekt der Europäisierung und das Ausmaß/die Richtung der Europäisierung“.<sup>65</sup> Laut Katrin Auel gibt es für Radaelli drei Analyserahmen: Nationale Makro-Strukturen,

---

<sup>60</sup> Vgl. Ebd.: 390.

<sup>61</sup> Ladrech 2010: 2.

<sup>62</sup> Vgl. Eising 2003: 397ff.

<sup>63</sup> Vgl. Ebd.: 401ff.

<sup>64</sup> Vgl. Ebd.: 387ff.

<sup>65</sup> Auel 2012: 252.

Public Policy und Kognitive und normative Strukturen.<sup>66</sup> In der Public Policy-Sphäre sieht Auel das Ausmaß und die Richtung der Anpassung, die Radaelli mit „inertia, absorption, transformation, and retrenchment“<sup>67</sup> bezeichnet. Also der Grad der Anpassung an MS-Policy-Wandel, der von der EU ausgeht. Wichtig dabei ist die Tatsache, dass es eine Policy-Anpassung gegeben haben muss, ansonsten könnten die Akteure dieses Texts keine Reaktionen auf den MS-Policy-Wandel ausüben. Somit handelt es sich bei dieser Arbeit um eine Policy-Analyse. Doch wie ist diese kategorisch zu sehen?

Ladrechts Definition beschreibt Europäisierung als einen Wandel innerhalb eines MS wessen motivierende Logik an EU-Policy-Prozessen gebunden ist.<sup>68</sup> Wie kann aber konzeptuell davon ausgegangen werden, dass Europäisierung der Gegenstand einer Policy-Analyse ist? Featherstone hat hierfür die Antwort geliefert, indem er 116 Europäisierungsstudien bis 2001 kategorisiert und aufgeteilt hat:<sup>69</sup>

„Combining the individual entries, the table indicates that ‘Europeanization’ is applied within four broad categories: as an historical process; as a matter of cultural diffusion; as a process of institutional adaptation; and as the adaptation of policy and policy processes. The first two are maximalist interpretations and have little direct connection to the impact of the European Union. The other two categories are minimalist and are more closely linked to the operation of the European Union.“<sup>70</sup>

Wir befinden uns im minimalistischen Ansatz, da in der Arbeit der Einfluss der EU auf die österreichischen LandwirtInnen thematisiert wird. Der historische Prozess – also der Export von europäischer Autorität und Norm an Drittstaaten<sup>71</sup> – sowie die kulturelle Diffusion – also die Verschiebung von kulturellen Normen, Ideen, Identitäten und Verhaltensmuster innerhalb Europas<sup>72</sup> – können als maximalistische Interpretationen vernachlässigt werden, da bei diesen beiden Formen der Interpretation die Europäisierung nicht an die Operationen der EU gebunden ist. Diese stellt aber in der Arbeit einen der zwei zentralen Untersuchungsgegenstände dar. Die institutionelle Adaption ist auf MS Veränderungen konzentriert, aber breit strukturiert. Hierbei handelt es sich um Anpassungen von MS-

---

<sup>66</sup> Vgl. Ebd.: 253.

<sup>67</sup> Radaelli 2003: 37.

<sup>68</sup> Vgl. Ladrech 2010: 2.

<sup>69</sup> Vgl. Featherstone 2003: 3ff.

<sup>70</sup> Ebd.: 5-6.

<sup>71</sup> Vgl. Ebd.: 6-7.

<sup>72</sup> Vgl. Ebd.: 7.

Akteuren und politischen Prozessen an EU-generierte Entwicklungen.<sup>73</sup> Dies ist auf allen Ebenen der MS der Fall.<sup>74</sup> Die institutionelle Veränderung der MS, wie Österreich, wird vor allem beim Beitritt relevant, da häufig die Verfassung an die EU-Verträge angepasst werden muss, was einen bedeutenden Einfluss auf MS-Institutionen hat.<sup>75</sup> Sobald aber ein MS längere Zeit in der EU ist, sind solche Anpassungen nur mehr selten tiefgreifender Natur. Was den Fokus der Arbeit auf die GAP betrifft, so handelt es sich hierbei um eine Politik mit geteilter Kompetenz. Die Umsetzung der GAP-Reformen und Verordnungen ist deshalb als bloßer Policy-Wandel zu sehen, da die institutionelle Anpassung nicht mehr nötig ist, weil nationale Institutionen fast nur mehr als Übermittlungsinstanz gesehen werden, sobald eine Verordnung beschlossen wird. In der EU wird über Policies entschieden, welche anschließend mit oder ohne Kritik in den MS umgesetzt werden. Mit der Kategorie der Anpassung von Policies und Policy-Prozessen kann Featherstone die GAP und deren Einfluss in den MS am besten erklären. Dabei geht es nicht nur um eine Umsetzung der in der EU beschlossenen Policies, sondern auch um die Frage der Konvergenz, bzw. Divergenz zwischen den MS und der EU.<sup>76</sup> Je stärker die Akteure die Konvergenz/Divergenz ansprechen, desto besser ist die Europäisierung messbar und desto stärker sind die Reaktionen der Untersuchungsgegenstände zu erwarten.<sup>77</sup> Damit wird neben dem Ausmaß und der Richtung, auch das Objekt der Arbeit, nach Auel, definiert.<sup>78</sup>

Dies wird im Rahmen des Vergleichs zwischen Integration und Europäisierung wichtig. Im Konzept der Europäisierung ermöglicht die Theorie einen invertierten Zugang auf EU-Policies von Seiten der MS. Dies kann durch Meinungsbildung in der Gesellschaft und den verschiedenen Ebenen des Staates geschehen. Oder es stammt direkt aus der Art der Umsetzung von EU-Policies, die laut EU sich im Kongruenz- oder Kompatibilitätsmodus<sup>79</sup> befinden müssen, aber nach Radaelli verschieden aufgefasst und umgesetzt werden können: „inertia, absorption, transformation, and retrenchment“.<sup>80</sup> Die umgesetzten Reformen und Verordnungen sind somit von der Policy-Seite die zentralen Punkte, welche über die Reaktionen der Untersuchungsgegenstände bzw. Akteure gemessen werden können. Ladrechts

---

<sup>73</sup> Vgl. Ebd.: 7-8.

<sup>74</sup> Vgl. Ebd.: 8.

<sup>75</sup> Vgl. Österreichisches Parlament o.J: [Online].

<sup>76</sup> Vgl. Featherstone 2003: 11-12.

<sup>77</sup> Vgl. Auel 2012: 253.

<sup>78</sup> Vgl. Ebd.: 252.

<sup>79</sup> Vgl. Eising 2003: 403-406.

<sup>80</sup> Auel 2012: 252.

Ausgangspunkt der Policy-Veränderung innerhalb der MS<sup>81</sup> ist somit kategorisch mit Featherstone<sup>82</sup> und Radaelli<sup>83</sup> als Policy-Analyse zu definieren.

### 3.3.2. Vergleichspunkte in der Operationalisierung

Die institutionentheoretischen, prozessorientierten Vergleichspunkte doch auch Analyseperspektiven und Kausalmechanismen von Integration und Europäisierung, können bei Ladrechts Definition der Europäisierung gefunden sowie gelöst werden.

*Institutionstheoretisch:* Wie ist Eisings Forderung nach einer institutionentheoretischen Europäisierung bei Ladrech gelöst?<sup>84</sup> Ladrech geht in seiner Definition der Europäisierung sowohl von einem EU geprägten Policy-Entscheidungsprozess, als auch von einem Einfluss der EU auf MS-Wandel aus.<sup>85</sup> Die Erwähnung des Prozesses verweist auf die nicht starke Hierarchisierung zwischen EU und MS, sowie die eingegrenzte Problemlösungsfähigkeit der EU. Sie zeigt auch, dass keine automatische Kompetenzerweiterung der EU stattfindet.<sup>86</sup> Denn Ladrech geht nicht von einem zwanghaften Wandel der MS aus, sondern von einer motivierenden Logik der Veränderung.<sup>87</sup> Zwar ist diese Herangehensweise nahe an Olsen, der bei der “*Central penetration of national systems of governance*”<sup>88</sup> von verschiedenen Entscheidungsebenen ausgeht. Aber Olsen strukturiert bereits hier die dezidierte Unterordnung von allen Ebenen unter die EU.<sup>89</sup> Bei Ladrech soll hingegen Europäisierung die kausale Verbindung zwischen den institutionellen Ebenen finden, wodurch der Einfluss der EU auf die Veränderung der MS erklärt werden kann.<sup>90</sup> Also geht es noch nicht um die Frage der Machtverteilung oder der bottom-up oder top-down Richtung, sondern nur um die Logik des Wandels der MS, die über die EU stattfinden kann, aber nicht muss. Denn MS können immer noch ihre Vorstellungen in die EU integrieren. Dies funktioniert durch das Uploaden von eigenen Vorstellungen, als auch durch die Art der Umsetzung in nationale Gesetze, sowie durch positive oder negative Kritik an EU-Policies.<sup>91</sup> Alle drei Formen werden durch die

---

<sup>81</sup> Vgl. Ladrech 2010: 2.

<sup>82</sup> Vgl. Featherstone 2003: 10-12.

<sup>83</sup> Vgl. Radaelli 2003: 27ff.

<sup>84</sup> Vgl. Eising 2003: 398 – 399.

<sup>85</sup> Vgl. Ladrech 2010: 2.

<sup>86</sup> Vgl. Eising 2003: 399.

<sup>87</sup> Vgl. Ladrech 2010: 2.

<sup>88</sup> Olsen 2002: 923.

<sup>89</sup> Vgl. Ebd.: 923-924.

<sup>90</sup> Vgl. Ladrech 2010: 2.

<sup>91</sup> Vgl. Ebd.: 22 & 31ff.

Zeitungsanalyse und Interviews in der Arbeit über positive oder negative Kritik, sowie über mediale Berichterstattung über solche Veränderungen untersucht.

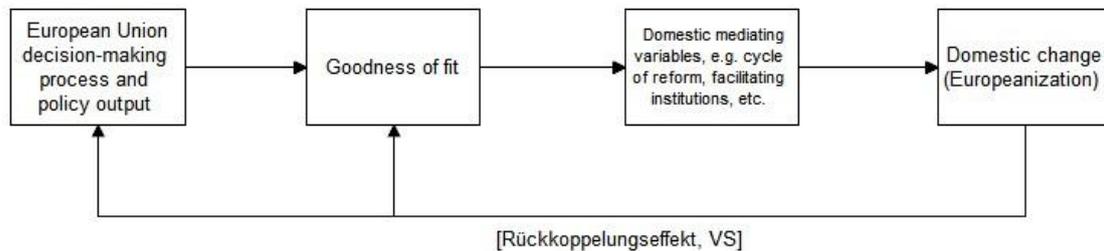


Abb. 3.1: Darstellung des Europäisierungsprozesses nach Robert Ladrech<sup>92</sup>

Ladrechts graphische Darstellung der Europäisierung oder des Europäisierungsprozesses zeigt zwar bereits die EU als Ausgangspunkt des Policy-Output-Prozesses, jedoch im Rückkoppelungseffekt, sowie in den vermittelnden Ansätzen der EU sieht man die Eingriffspunkte von Institutionen in allen Ebenen. Somit sind bei Ladrech nicht nur multiple Loyalitäten zwischen EU und MS möglich, die fließend ineinander übergehen, sondern auch die Einflussmöglichkeiten aller Ebenen sind sowohl horizontal als auch vertikal messbar. Ladrechts Definition ist mit Eisings Anforderungen an ein institutionstheoretisches Europäisierungskonzept übereinstimmend.<sup>93</sup>

*Prozessorientierung:* Eising erwartet sich eine prozessorientierte Europäisierung, die vergleichbar mit der Integration ist. Dabei kann unterschiedlich sein, dass der Prozess inkrementell oder schubweise stattfindet.<sup>94</sup>

“An immediate challenge is to develop partial, middle-range theoretical approaches that emphasize domains of application or scope conditions, and that are empirically testable. A long-term challenge is to provide a better understanding of how different processes of change interact and make institutions co-evolve through mutual adaptation.”<sup>95</sup>

Was Olsen hier verlangt ist eine längere Suche nach einem Europäisierungskonzept das beschreibt wie verschiedene Prozesse des Wandels miteinander agieren, wodurch

<sup>92</sup> Vgl. Ebd.: 42 [Gezeichnet von Autor].

<sup>93</sup> Vgl. Eising 2003: 398-399.

<sup>94</sup> Vgl. Ebd.: 399-400.

<sup>95</sup> Olsen 2002: 923.

Institutionen durch gegenseitige Anpassungen zusammenwachsen. Eising geht davon aus, dass Ladrech einen inkrementellen und fließenden Prozess annimmt und darüber die Institutionsanpassung beschreiben und untersuchen kann.<sup>96</sup> Dies erlaubt auch die Herangehensweise an die GAP, welche scheinbar bei jeder Reform nur schubweise zur Europäisierung beiträgt. Denn die Reformen seit 2003 sind aus drei Gründen (die sich auf die Theorie selbst, sowie auf die zeitliche Eingrenzung der vorliegenden Arbeit beziehen) fließend: Erstens bauen alle Reformen auf der Agenda 2000 logisch auf und erweitern diese nur.<sup>97</sup> Zweitens ist der Zeitpunkt der Reformen nicht der Zeitpunkt der Umsetzung neuer Policies, sondern nur der Punkt der Entscheidung. Z.B. wurde die Entkoppelung der Betriebsprämie zwar 2003 beschlossen, aber graduell zwischen 2005-2012 umgesetzt.<sup>98</sup> Drittens gehe ich in der Zeitungsanalyse zeitlich nur von einem Reformjahr aus (2003), aber untersuche anschließend keine weiteren Jahre in denen Reformen beschlossen wurden. Die Entscheidung liegt dann auf anderen Vorkommnissen, wie einem neuen Finanzrahmen, oder ganz frei nach dem Aktualitätsprinzip. Dies zeigt meine Herangehensweise an eine prozessorientierte Europäisierung, die durch Ladrech unterstützt wird.<sup>99</sup> Es handelt sich hierbei um einen inkrementellen und fließenden Prozess.

*Analyseperspektiven:* Die Wahl der Analyseperspektive kann laut Eising top-down oder bottom-up sein.<sup>100</sup> Die Untersuchungsgegenstände, also die EU und die Bauernschaft, agieren indem sie sich gegenseitig beeinflussen. Entscheidungen über Policies können von der Bauernschaft oder von subnationalen oder nationalen Strukturen kommen. Gleichzeitig können Policies auch zentral in der EU entschieden werden. In der Definition von Ladrech wird der Wandel eines MS beschrieben, dessen motivierende Logik in EU-Policies und deren Entscheidungsprozessen liegt. Ladrech behauptet, dass die EU MS-Strukturen beeinflusst.<sup>101</sup> Somit sollte bei Ladrechts Europäisierung eine stärkere top-down Analyseperspektive bei den Untersuchungsgegenständen angewandt werden. „Nevertheless, it can be argued that a consensus has grown around the need to understand this as a two-way relationship, but one that has been modelled primarily in terms of the downward flow of effects”.<sup>102</sup> Der Kernpunkt einer Analyse im Rahmen von Ladrechts Europäisierung, sollte somit bei der EU liegen und nicht bei der Bauernschaft. Dies bedeutet aber nicht, dass es keine bottom-up-

---

<sup>96</sup> Vgl. Eising 2003: 399.

<sup>97</sup> Vgl. Massot 2017: 2 [Online].

<sup>98</sup> Vgl. Rat der EU 2003: [Online; Einleitung – 5].

<sup>99</sup> Vgl. Ladrech 2010: 12.

<sup>100</sup> Vgl. Eising 2003: 400.

<sup>101</sup> Vgl. Ladrech 2010: 2.

<sup>102</sup> Ebd.: 22.

Einflüsse gibt, sondern nur, dass die letztendliche oder anfängliche Entscheidung über Policies zuerst in der EU getroffen wird. Dies prägt den Ausgangspunkt einer Europäisierung als top-down. Ein Integrationstheoretiker wie „Leon Lindberg konzentriert sich in einer *bottom up* Sicht auf die europäische Ebene. Die Vertreter des Europäisierungskonzeptes untersuchen in einer *top-down* Sichtweise die Auswirkungen der Europäischen Integration in den Mitgliedstaaten.“<sup>103</sup> Somit sollten immer beide Perspektiven beachtet werden, denn Europäisierung „verweist auf die Auswirkungen dieses Integrationsprozesses auf nationale Akteure, Strukturen und Prozesse.“<sup>104</sup> Ladrech nimmt die Idee bewusst auf und erklärt, dass „a top-down approach combining attention to bottom-up issues represents the current state of Europeanization research.“<sup>105</sup> Deshalb gehe ich in der vorliegenden Arbeit theoretisch von einer top-down Europäisierung aus, welche Policy-Prozesse in der EU starten sieht. Diese beeinflussen die MS und subnationalen Strukturen, bis hin zu den einzelnen BäuerInnen. Aber eigentlich untersuche ich empirisch indirekt die Reaktion der Landwirtschaft (über die Akteure der Öffentlichkeit und Vertretung) auf top-down Prozesse. Somit analysiere ich die bottom-up Reaktionen auf top-down Aktionen, um die top-down Situation zu finden. Ladrechts Grafik (Abb. 3.1) macht verständlich, dass ich das Augenmerk im Europäisierungsprozess auf den Rückkoppelungseffekt lege, also im bottom-up Feld, um die top-down Struktur zu untersuchen. Dies zeigt, dass es sich nur um die Reaktion von Seiten der Landwirtschaft und der Akteure auf einer Aktion der EU handelt.

*Kausalmechanismen:* Es geht um die Frage welche Mechanismen zur Übertragung von Interessen und Identitäten von der EU zu den MS vorhanden sind.<sup>106</sup> Ladrech erklärt es zum „prime concern of any Europeanization research agenda“,<sup>107</sup> eine kausale Verbindung herzustellen die zeigt, wie der Einfluss der EU auf die MS aussieht. Die Prozesse der Diffusion, Sozialisation und des Lernens<sup>108</sup> sind in der Europäisierung Ladrechts vorhanden.<sup>109</sup> Bei der GAP handelt es sich aber um stärkere Mittel, wenn es um Policies geht. Diese verändern konkret und eindeutig das gesetzliche Bild Österreichs. Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten einer solch konkreten Einflussnahme von Seiten der EU: Die harte und weiche Variante des EU-Policy-Outputs.<sup>110</sup> Für die Arbeit ist der harte Policy-Output relevant – auch

---

<sup>103</sup> Eising 2003: 400.

<sup>104</sup> Ebd.: 396.

<sup>105</sup> Ladrech 2010: 42.

<sup>106</sup> Vgl. Eising 2003: 401.

<sup>107</sup> Ladrech 2010: 2.

<sup>108</sup> Vgl. Eising 2003: 401.

<sup>109</sup> Vgl. Ladrech 2010: 2.

<sup>110</sup> Vgl. Ebd.: 29-31.

bekannt als positive und negative Integration.<sup>111</sup> Er beschreibt diejenigen Regelungen, welche von MS umgesetzt werden müssen. Da die EU in der GAP Verordnungen erlässt die direkten Einfluss auf die österreichische Landwirtschaft haben, gibt es diesen harten Output. Zusätzlich wird die Agrarpolitik supranational (mit geteilter Kompetenz) gehandhabt, was einen noch stärkeren Einfluss der EU annehmen lässt.<sup>112</sup> Also ist die Diffusion, Sozialisation und das Lernen auf die Reaktion der Akteure und der Landwirtschaft beschränkt. Die Aufnahme neuer Policies bei der Landwirtschaft wird in der Bauernschaftvertretung und direkt in der Landwirtschaft diffundiert. Die Sozialisation findet in der medialen Öffentlichkeit statt. Das Lernen, wie damit umgegangen werden kann, liegt vor allem in den möglichen Handlungsweisen der Bauernschaftvertretung. Alle Punkte sind über die Zeitungs- und Interviewanalyse empirisch testbar. Die Definition Ladrechts erlaubt es vom Standpunkt der Europäisierung auszugehen, ohne Eisings Vergleichspunkte mit der Integration zu vernachlässigen.<sup>113</sup>

### 3.3.3. Operationalisierungsprobleme der Europäisierung

Im oberen Kapitel habe ich gezeigt, wie ein Konzeptualisieren von Europäisierung möglich ist, das kongruent mit theoretischen Vorannahmen sein muss, die es erlauben theoretische Muster in der Empirie zu finden. Die methodische Herangehensweise birgt laut Eising auch Probleme, die gelöst werden müssen, damit Europäisierung konzeptuell in einer Empirie gesehen werden kann. Die Probleme benennt Eising mit dem relationalen Konzept, dem Unterschied zwischen Kongruenz- und Kompatibilitätsmodellen und dem Zeitproblem.<sup>114</sup>

*Relationales Konzept:* Laut Eising ist eine einfache Sichtung der umgesetzten EU-Richtlinien nicht genug um zu messen, wie der Europäisierungsgrad voranschreitet.<sup>115</sup> „Eine sinnvolle Interpretation des Europäisierungsgrades erfordert immer auch die Einbeziehung von Informationen über den Kontext auf nationaler und europäischer Ebene.“<sup>116</sup> Die genannten institutionellen Faktoren stellen die erste Sichtung dar.

„Neben den bereits skizzierten institutionellen Faktoren werden, in Abhängigkeit vom konkreten Untersuchungsgegenstand, üblicherweise die jeweils systemweiten oder

---

<sup>111</sup> Vgl. Ebd.: 173ff.

<sup>112</sup> Vgl. Massot 2018b: 4-5 [Online].

<sup>113</sup> Vgl. Eising 2003: 397-401.

<sup>114</sup> Vgl. Ebd.: 401-402.

<sup>115</sup> Vgl. Ebd.: 402.

<sup>116</sup> Ebd.: 402.

bereichsspezifischen Leitideen, die Akteurskonstellationen und Praktiken der Interessensvermittlung, die Problem- und Konfliktstrukturen, die technischen, ökonomischen, politischen und administrativen Kapazitäten, die bestehenden Programme und Steuerungsinstrumente sowie die Muster der Umsetzung europäischer und nationaler Politik berücksichtigt.<sup>117</sup>

In der Arbeit finden sich zwei Untersuchungsgegenstände, die sehr nahe an den institutionellen Faktoren angesiedelt sind. Einerseits ist dies die EU. Darin verbirgt sich landwirtschaftsrelevant die GAP. Auf der anderen Seite stehen die österreichischen LandwirtInnen als Untersuchungsgegenstand in der Arbeit. Die Leitideen sind im Abschnitt über die Untersuchungsgegenstände geklärt und umfassen die Ziele der GAP und Gründe für Reformen, wie den Umweltschutz.<sup>118</sup> Leitideen der österreichischen Landwirtschaft sind nicht zu vereinheitlichen, da es zu viele Organisationen, Vertretungen und Interessensverbände gibt, welche verschiedene Ideen entwickeln, die miteinander konkurrieren können. Diese werden in der Zeitungsanalyse und den Interviews ausreichend einbezogen. Die Akteurskonstellationen der Interessensvermittlung der MS sind in der EU durch nationalministeriale Arbeit geprägt, wobei aber die drei relevanten Akteure der EU, die Kommission, der Rat und das EP, die Entscheidungen über die GAP treffen. Die Akteurskonstellationen in den MS werden anschließend mit den Entscheidungen in den MS zurückgesendet, um diese umzusetzen. Hier befinden sich auch Konfliktstrukturen und technische, ökonomische, politische und administrative Kapazitäten, die das Muster der Umsetzung, sowohl in der EU, als auch in Österreich darstellen können. Doch selbst wenn alle relationalen Konzepte und deren Verbindungen klar sind, kann nicht immer geklärt werden, ob es nun zu einer verstärkten Europäisierung in einem MS gekommen ist oder nicht. Zumindest besteht eine Struktur, in der Europäisierung empirisch gemessen werden kann. Dies ist in den Policies, welche zwischen EU und MS beschlossen und verschoben werden.<sup>119</sup> Akteure, wie die mediale Öffentlichkeit und Vertretung der Landwirtschaft sind direkt und indirekt in diesen Policies involviert, indem sie die Policies umsetzen, schwach beeinflussen oder darüber berichten. Die Zeitungsanalyse wird somit unentbehrlich, weil sie über die Vielfalt der Artikel eine Vielzahl an Policies, Aktionen und Reaktionen untersuchbar macht.

*Kongruenz- vs. Kompatibilitätsmodell:* Da die GAP über Verordnungen von der EU geleitet wird, ist diese Arbeit dem Kongruenzmodell unterzuordnen.

---

<sup>117</sup> Ebd.: 402-403.

<sup>118</sup> Vgl. BMLFUW 2015b: [Online].

<sup>119</sup> Vgl. Eising 2003: 402.

„Diese Überlegung setzt voraus, dass es *klare und verbindliche EU-Vorgaben* gibt, an die sich die Mitgliedstaaten anpassen [...]. Die Transposition europäischer Regeln in nationales Recht und ihre Befolgung kann sich auf einen i.d.R. konsensual gefassten Beschluss auf EU-Ebene, auf formale Regeln und die – wenngleich begrenzte – Sanktionsmacht der EU-Institutionen stützen.“<sup>120</sup>

Bereits bei den Kausalmechanismen habe ich dargestellt, dass die EU in der GAP mit positiver und negativer Integration über eine harte Fähigkeit der Policy-Umsetzung verfügt.<sup>121</sup>

Wie genau Österreich Verordnungen der EU in der Landwirtschaft umsetzt ist zwar relevant, wird aber in dieser Arbeit indirekt behandelt, da der Fokus darauf liegt, wie die Landwirtschaft, gemessen über die beiden Akteure, auf die Umsetzung überhaupt reagiert.

*Probleme des zeitlichen Vergleichs:* Die Frage nach dem Zeitpunkt, der Sequenz und Geschwindigkeit fehlt noch in der Operationalisierung der Europäisierung. Der Grund ist die Eingrenzung der Europäisierung und Integration als prozessuale Theorien. Diese Prozesse müssen einen zeitlichen Fokus haben.<sup>122</sup> Beim Zeitpunkt handelt es sich um die Frage, wann in der Integration ein Einfluss auf die MS anfängt und somit Europäisierung messbar wird.<sup>123</sup>

Es gibt mit der MacSharry- und der Agenda 2000-Reform zwei grundsätzliche Neuerungen der GAP. Diese sind einerseits als Einstieg in eine starke Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik wichtig, haben aber noch keinen großen Umschwung im Alltagsgeschäft der Landwirtschaft hervorgerufen. Erst 2003 fand „die bislang ehrgeizigste Reform der GAP“<sup>124</sup> statt. Somit ist die Integration erst 2003 soweit gewesen, dass sie in der Lage war einen Einfluss, den auch Ladrech voraussetzt, messbar zu machen.<sup>125</sup> Die Sequenz ist im Argument des Zeitpunktes integriert. Die Umsetzung der GAP-Reform nach 2003 und die leichten Kursänderungen, wie z.B. 2009 mit dem Health-Check,<sup>126</sup> zeigen eine sich vertiefende Integration, die einen Einfluss auf die MS hat. Damit bleibt das Argument bestehen, dass sequenziell vorher ein Integrationsschritt nötig ist, um Europäisierung messbar zu machen. Dies bedeutet aber nicht, dass Integration aufhört, wenn Europäisierung anfängt sondern, dass sie nebeneinander vorhanden sein können.<sup>127</sup> Zuletzt wird die Geschwindigkeit der

---

<sup>120</sup> Ebd.: 404.

<sup>121</sup> Vgl. Ladrech 2010: 173ff.

<sup>122</sup> Vgl. Eising 2003: 406.

<sup>123</sup> Vgl. Ebd.: 406.

<sup>124</sup> Massot 2017: 2 [Online].

<sup>125</sup> Vgl. Ladrech 2010: 2.

<sup>126</sup> Vgl. Massot 2017: 3 [Online].

<sup>127</sup> Vgl. Eising 2003: 407.

Anpassung der MS an GAP-Verordnungen relevant. Die hier gestellte Problematik ist dünn, denn prinzipiell wird im Kongruenzmodell klar dargestellt, dass eine Anpassung der nationalen Strukturen und Gesetze nach dem Erlass einer Verordnung durch die Sanktionsmacht der EU gewährleistet wird. Die top-down Macht ist in diesem Fall stark in der Hand der EU. Deshalb ist es auch interessant, vor allem in der Zeitungsanalyse, die Reaktionen auf den Policy-Wandel zu messen, anstatt den Policy-Wandel selbst. Damit wird gewährleistet, dass sich das Problem der Geschwindigkeit nicht stellt.

### **3.4. Konkretisierung der Theorie der Europäisierung**

Die theoretische Herangehensweise an die vorliegende Arbeit ist geprägt durch eine starke Integration. Diese wird durch die Machtverhältnisse in der GAP sichtbar. Die angewandte Europäisierung ist hierin als Frage zu sehen, wie sich die Integration auf MS auswirkt. Die Europäisierung ist eine institutionentheoretische, prozessorientierte Variante, welche über die bottom-up Reaktionen, auf top-down Entscheidungen bei den Akteuren der medialen Öffentlichkeit und Bauernschaftvertretung gemessen wird. Hier zeigt sich wie stark die Diffusion, Sozialisation und das Lernen von GAP-Policies bei den Akteuren messbar ist. Die Empirie ist hierin so eingebettet, dass die GAP und Bauernschaft als Untersuchungsgegenstände auftauchen, worin Leitideen, Konstellationen, Konfliktpotentiale indirekt über die Akteurseinflüsse gemessen werden. Da die GAP stark unionisiert ist und seit 2003 eine grundsätzliche Neuorientierung (mit denselben Zielen) erlebt, ist die Frage des Kongruenzmodelles und der Zeit ebenfalls eingegrenzt und klar strukturiert. Im nächsten Kapitel werden deshalb die Untersuchungsgegenstände näher beleuchtet, da sie noch stärker Eisings Anforderungen für die Theorie und Empirie in einer Europäisierungsstudie unterstützen<sup>128</sup> und Ladrech als grundsätzlichen Theoretiker der Europäisierung erklären können.<sup>129</sup>

## **4. Untersuchungsgegenstände**

Damit die österreichische Bauernschaft als nutzbarer Untersuchungsgegenstand verwendet werden kann, bedarf es mehrerer Erläuterungen. Die Bauernschaft kann ein sehr heterogener Teil der Gesellschaft sein, obwohl er unter einem Wort zusammengefasst wird. Wie können

---

<sup>128</sup> Vgl. Ebd.: 287ff.

<sup>129</sup> Vgl. Ladrech 2010: 2.

österreichische BäuerInnen vereinheitlicht werden? Gibt es relevante Unterschiede zwischen Gruppen in der Landwirtschaft, sodass eine Verallgemeinerung nicht möglich ist?

Die GAP muss ebenfalls definiert werden. Was ist die Gemeinsame Agrarpolitik? Welche Akteure haben welche Kompetenzen innerhalb der Politik?

Zuletzt muss die Klarstellung erfolgen, wie die Bezugspunkte zwischen den beiden Untersuchungsgegenständen, also den österreichischen LandwirtInnen und der EU, messbar vorhanden sind. Im selben Abschnitt wird geklärt, wie die Akteure der öffentlichen Meinung und Bauernschaftvertretung in dieses Bezugsfeld implementiert sind und relevante Aussagen treffen können. Denn damit wird eine fundierte empirische Untersuchung argumentativ möglich gemacht.

#### **4.1. Die Bauernschaft**

Die Bauernschaft ist, neben der EU (GAP), eine der beiden Untersuchungsgegenstände dieser Arbeit. Allerdings ist sie in Österreich, wie in der restlichen EU, eine stark heterogene Gruppe. Wenn sie heterogen ist besteht das Problem, dass bei einer empirischen Untersuchung auf die verschiedenen Gruppen eingegangen werden müsste. In diesem Abschnitt löse ich die Heterogenität auf, um mit Hilfe der GAP ein homogenes Bild der BäuerInnen in Österreich zu schaffen, damit ich weiterhin von der Bauernschaft schreiben kann, ohne ständig zu diversifizieren. Zusätzlich zeige ich, dass methodologisch kein Problem bestehen wird, da die Methodik alle nötigen Gruppen einbezieht.

Damit aber die Homogenisierung erfolgreich sein kann, bedarf es einer vertieften Kenntnis des Bildes der Bauernschaft in Österreich, was in den nächsten Abschnitten erfolgt. Die Aufteilung erfolgt über die vereinfachte Art, die bei der Statistik Austria zu finden ist und welche österreichische BäuerInnen überblicksmäßig in drei Kategorien teilt.<sup>130</sup> Zwei davon sind räumlicher Natur, dabei geht es um die Größe und örtliche Zuordnung des Betriebes. Die dritte Kategorie beinhaltet die Art und den Ertrag der Produktion. Sofern ich in der Lage bin, diese Kategorien für die Arbeit zu homogenisieren oder zeigen kann, dass die Heterogenität für die Empirie kein Problem darstellt, ermöglicht dies die restliche Untersuchung weiterzuführen und die Bauernschaft zu nutzen.

---

<sup>130</sup> Vgl. Statistik Austria 2013.

#### 4.1.1. Die Größe der Betriebe

In den Metainformationen der Agrarstrukturerhebung 2013 der Statistik Austria, werden die landwirtschaftlichen Betriebe systematisch gegliedert.<sup>131</sup> Die Gliederung zeigt die Größe der Betriebe nach drei verschiedenen Kriterien. Dabei geht es entweder um die betriebliche Gesamtgröße oder die Nutzungsfläche in Hektar, sowie um die Standardoutputs in 1.000€, in Teilen der Viehwirtschaft. Diese sind untergliedert in acht bis 13 Unterkategorien. Z.B. wird die Nutzungsfläche mit den Schritten: unter fünf, fünf bis zehn, zehn bis 20, 20 bis 30, 30 bis 50, 50 bis 100, 100 bis 200 und über 200ha, gekennzeichnet. Die Standardermittlung ermöglicht dadurch ein genaues Bild der Bauernhöfe in Österreich, was Größe und Umsatz betrifft.<sup>132</sup> Diese starke Gliederung stellt kein Problem für die Arbeit dar, denn die Förderungen werden nach der Größe ausbezahlt, wodurch allerdings gleichzeitig höhere Kosten entstehen, je größer ein Betrieb ist. Es gibt auch keine inhaltlichen, sondern nur standardisierte Unterschiede bei den EU-Policies, welche die Größe eines Betriebes mit einbeziehen würden. Zusätzlich werden große Betriebe von der Bauernschaftvertretung nicht anders behandelt als kleine. Obwohl die Unterschiede zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben groß sein könnten, bedeutet dies keinen Unterschied in der hier vorhandenen Empirie, aufgrund der Betriebsprämien, die in Relation zum Betrieb ausbezahlt werden.

#### 4.1.2. Die regionale Zuordnung der Betriebe

Der zweite Bereich der Zuordnung ist regionaler Natur und dieses Mal zweigeteilt, in Bundesländer und sogenannte Produktionsgebiete.<sup>133</sup> Die Bundesländer sind einfach erklärt, indem die befragten Betriebe auf das zugehörige Bundesland gesetzt werden. Die Produktionsgebiete sind in acht Unterkategorien geordnet: Hochalpen, Voralpen, Alpenostrand, Wald- und Mühlviertel, Kärntner Becken, Alpenvorland, südöstliches und nordöstliches Flach- und Hügelland.<sup>134</sup> Allerdings reicht es nicht aus, die Zuordnung auf eines dieser Gebiete zu kennen, um zu wissen, wie schwierig die landwirtschaftliche Arbeit im Betrieb ist. Auch in den Hochalpen kann es in den Tälern zu extensiverer Landwirtschaft kommen. Deshalb gibt die Statistik Austria zwei Gliederungsmerkmale vor. Die Berghöfekatasterpunkte und benachteiligte Gebiete. Die Aufteilung hilft Bauernhöfe zu finden, die einen größeren Aufwand zur Produktion haben.<sup>135</sup> Die örtliche Zuordnung ist aus

---

<sup>131</sup> Vgl. Ebd.: 22.

<sup>132</sup> Vgl. Ebd.: 22.

<sup>133</sup> Vgl. Ebd.: 22-23.

<sup>134</sup> Vgl. Ebd.: 22-23.

<sup>135</sup> Vgl. Ebd.: 13.

zwei Gründen wichtig. Natura 2000-Projekte oder benachteiligte Gebiete werden räumlich festgelegt, wie häufig auch andere Förderungsprogramme auf bestimmte Räume und Gemeinden anfallen. Zusätzlich stehen für Bergbauernhöfe bestimmte Fördermittel zur Verfügung, die anderen Arten von Bauernhöfen nicht zustehen. Die Zeitungsanalyse wird zeigen, ob die unterschiedliche Verteilung ein methodisches Problem darstellt. Allerdings gehe ich davon aus, dass selbst im Falle einer häufigen Nennung von einzelnen Förderungen und Subventionen, die speziell für ein Gebiet oder eine Gruppe gedacht sind, die Ergebnisse nicht verfälscht werden, da die Nennung solcher Programme eben die Aktionen der EU sind, um die Landwirtschaft dort zu unterstützen wo sie es nötig hat. Was die Reaktion auf deren Policy-Wandel betrifft, ist der Unterschied der Schwierigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung zwischen einzelnen Gruppen deshalb nicht relevant.

Die Frage lautet dann, ob in den Zeitungen auch gewisse Artikel zu finden sind, welche zwischen den verschiedenen Regionen diversifizieren, aber insgesamt nicht einseitig über ein Gebiet schreiben. Die Lösung dieses Hindernisses liegt in der Methodik der Zeitungsanalyse. Die Zeitungsauswahl kann es ermöglichen, den Großteil der verschiedenen Regionen aufzunehmen, wobei dies auf zwei Arten funktioniert. Einerseits kann über bundesweite Blätter die allgemeine österreichische Thematik aufgenommen werden, obwohl solche Zeitungen auch über regionale Themen schreiben. Andererseits kann über die Auswahl von regionalen Blättern, die einen Großteil der österreichischen Bundesländer abdecken, das Problem der einseitigen Behandlung einer Region und deren Themen abgewandt werden.

Bei den Interviews löse ich beide Probleme dadurch, dass ich mit Personen spreche, die weder speziell für eine Region zuständig sind, noch für eine der genannten Untergruppen. Die Möglichkeit in den verschiedenen Bauernschaftvertretungen ist, mich auf Fachkräfte zu beziehen, welche einerseits bundesweit agieren (z.B. mit der Österreichischen Landwirtschaftskammer und nicht mit den einzelnen Kammern der Bundesländer), andererseits kein fokussiertes Ressort innerhalb Österreichs haben.

#### 4.1.3. Die Produktionsart

Es gibt verschiedene Möglichkeiten die Produktionsarten in der Landwirtschaft zu benennen. Die Statistik Austria macht dies in erster Linie mit der Dreiteilung in Tätigkeiten. Diese Tätigkeiten sind die Erzeugung landwirtschaftlicher Güter, Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen und nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten. Allerdings interessieren mich

hier nur die ersten beiden.<sup>136</sup> Die Erste wird in pflanzliche und tierische Produkte gegliedert. Das Eurostat unterscheidet bei der Pflanzlichen zwischen Getreide, Handelsgewächse, Futterpflanzen, Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus, Kartoffeln, Obst, Wein, Olivenöl und sonstige pflanzliche Erzeugnisse.<sup>137</sup> Bei der tierischen Verarbeitung gibt es Nutz-, Zucht- und Schlachtvieh (auch Geflügel), welches in Rinder, Schweine, Einhufer, Schafe, Ziegen, Geflügel und sonstige Tiere unterteilt wird und woraus neben Fleisch-, Nutztiererzeugung, auch Milch, Eier, Rohwolle und Honig entstehen.<sup>138</sup> Die Dienstleistungen werden grob in landwirtschaftliche Lohnarbeit, sowie nicht auf die landwirtschaftliche Erzeugerstufe aufgeteilt.<sup>139</sup> Relevant bleibt die erste Art der Dienstleistung, welche bspw. die Milcherzeugung, das Scheren der Wolle, Mähen der Wiesen usw. beinhaltet.<sup>140</sup> Egal in welcher Art der Betrieb hier aufgeteilt wird, mit 2015 fiel die letzte Sonderform der Förderungen, da die Milchquote aufgelassen wurde.<sup>141</sup> Zusätzlich werden die Förderungen laut Größe der Betriebe ermittelt, was die Produktionsart und -Tätigkeit normalerweise unangetastet lässt. Allerdings bestehen für alle Waren spezielle Richtlinien, die von der EU kommen und somit den Policy-Bereich betreffen. Theoretisch habe ich dargelegt, dass ich operativ nicht den Policy-Wandel anhand einer Umfrage messen werde, sondern anhand der Reaktion der Öffentlichkeit. Somit ist auch hier nicht die Relevanz der einzelnen Erzeugung gegeben. Hierbei muss ich in der Zeitungsanalyse kontrollieren, ob einerseits häufig allgemeine Richtlinien beschrieben werden und andererseits neue Regeln oder Umsetzungen spezieller Produkte, in den Artikeln vorkommen, aber keine Thematik die Oberhand behält. Bei den Interviews liegt die Verantwortung wieder bei der richtigen Auswahl der InterviewpartnerInnen (siehe Abschnitt 6.2.).

#### 4.1.4. Zusammenfassung der Bauernschaft

Die Bauernschaft kann in der Basis als homogene Gruppe innerhalb der Gesellschaft gesehen werden. Die räumliche Basis, die Größe (in Größe des Betriebes oder des Outputs aufgeteilt), beeinflusst weder die Öffentlichkeit noch die Bauernschaftvertretung. Die inhaltliche Basis, die Produktionsart, ist ebenfalls nicht problematisch, denn in der Zeitungsanalyse gehe ich über eine bestimmte Zeitungsauswahl davon aus, dass beide relevanten Tätigkeiten vorkommen werden.

---

<sup>136</sup> Vgl. Statistik Austria 1995: 12.

<sup>137</sup> Vgl. Ebd.: 34.

<sup>138</sup> Vgl. Ebd.: 38ff.

<sup>139</sup> Vgl. Ebd.: 12.

<sup>140</sup> Vgl. Ebd.: 37ff.

<sup>141</sup> Vgl. Ragonnaud/Massot 2018: 3 [Online].

Ein Überhang von bestimmten Gruppen, wie den MilchbäuerInnen, ist möglich, aber basierend auf den vorigen Aussagen sind sie auf der gleichen Ebene wie andere LandwirtInnen zu sehen, wodurch Produktunterschiede der verschiedenen LandwirtInnen keinen falsifizierenden Einfluss auf den Ausgang der Arbeit haben. Dies ist nur dann der Fall, wenn in der Zeitungsanalyse kein zählbarer und übermäßiger Überhang einer der Produktionsarten zu finden ist. Auf der Seite der Interviews ist die Problematik ebenfalls nicht gegeben, da ich mit dem Ausschluss von gewissen InterviewpartnerInnen die einseitige Sichtweise von Gruppen oder Regionen ausschließen kann. Somit sehe und verstehe ich, dass die Bauernschaft sehr heterogen ist, aber eine homogene Basis hat, die ich die Bauernschaft genannt habe.

Ein letzter Punkt muss noch geklärt werden. Alle hier genannten Betriebe können ihre Produktion auf konventionelle oder biologische Art durchführen. Dieser Punkt ist relevant, da der Prozentsatz der Bio-Bauernhöfe in Österreich mit 19,42% im EU-Vergleich am höchsten ist. Damit steht das Land vor Estland und Schweden, die bei jeweils 16% liegen, eindeutig an erster Stelle und dies schon seit Jahren.<sup>142</sup> Die Frage lautet, ob eine übermäßige biologische Bewirtschaftung, mit fast einem Fünftel der gesamten Anbaufläche, die österreichische Bauernschaft in zwei grobe Teile sprengt? Die Beantwortung ist allerdings ähnlich wie bei der vorigen Aufteilung. Im Prinzip wird die Landwirtschaft von Zeitungen insgesamt betrachtet und solange es nicht um ein Thema geht, welches ausschließlich den biologischen Anbau behandelt, ist die Art des Anbaus für die Zeitungsanalyse irrelevant. Bei der Bauernschaftvertretung wird darauf geachtet, dass nur EU-nahe Personen befragt werden. Aber selbst wenn sich ein/e InterviewkandidatIn aus dem biologischen Anbau finden lässt, so spielt nur ein Punkt eine Rolle: Ist die Mehrheit der Befragten neutral gegenüber der Anbauweise? Sofern diese Frage bejaht werden kann und keine zu starke Betrachtung der Bio-BäuerInnen in die Arbeit einfließt, verstärkt die Hinzunahme einer solche Anbauweise die Homogenität der Landwirtschaft, indem alle relevanten und heterogenen Bereiche relativ gleichmäßig abgedeckt werden.

#### **4.2. Gemeinsame Agrarpolitik**

Historisch gesehen existiert die GAP bereits seit den Gründungsverträgen der EWG, also seit 1958, doch offiziell erst seit 1962. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war das Ziel eine gemeinsame Politik für die Landwirtschaft zu entwickeln, die in erster Linie die

---

<sup>142</sup> Vgl. BMLFUW 2015a: [Online].

Versorgungsstabilität gewährleisten soll. Mit der Zeit hat dieses Ziel immer noch Bestand, aber die GAP versucht breiter aufgestellt, auf neue Herausforderungen vorbereitet zu sein. Trotzdem haben sich die Ziele seit dem Beginn nicht verändert und deshalb kann, wenn von den Zielen der GAP die Rede ist, seit 1962 von Folgendem ausgegangen werden:

„Ziel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist es, ein nachhaltiges Agrarmodell im gesamten Gebiet Europas umzusetzen um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und für die europäischen Bürger darüber hinaus die sonstigen Serviceleistungen der Landwirtschaft zu garantieren.“<sup>143</sup>

Die Ziele wurden im Art. 39 AEUV festgelegt und bis zum Art. 44 AEUV geht es um die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik und deren Grundregeln:

„(1) Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist es,

- a) die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte zu steigern;
- b) auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenserhaltung zu gewährleisten;
- c) die Märkte zu stabilisieren;
- d) die Versorgung sicherzustellen;
- e) für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen.“<sup>144</sup>

Damit die Ziele erreichbar sind, hat die EU mit Art. 40 AEUV einen gemeinsamen Rechtskörper entwickelt:

„Diese besteht je nach Erzeugnis aus einer der folgenden Organisationsformen:

- a) gemeinsame Wettbewerbsregeln,
- b) bindende Koordinierung der verschiedenen einzelstaatlichen Marktordnungen,
- c) eine europäische Marktordnung.“<sup>145</sup>

---

<sup>143</sup> BMLFUW 2015b: [Online].

<sup>144</sup> AEUV 2012: [Online; Artikel 39 AEUV].

<sup>145</sup> Ebd.: [Online; Artikel 40 AEUV].

Die Verfolgung der Ziele und Arbeitsweisen im EU-Agrarsektor haben sich mehrfach geändert, was zu fünf Reformen seit 1992 geführt hat.

#### *4.2.1. Die GAP-Reformen seit 1992*

Die sogenannte MacSharry-Reform von 1992 war der erste größere Schritt zur Reformierung der GAP seit 1962. Sie gilt als Wendepunkt und hat die Grundzüge dieser Politik verändert, was zu vier weiteren Reformen (Agenda 2000, Reform 2003, Health-Check 2009 und Reform 2013) geführt hat:

„Um die wachsende Kluft zwischen Angebot und Nachfrage einzudämmen und die Agrarausgaben unter Kontrolle zu bringen, nahm der Rat eine radikale Änderung der GAP vor, indem er das System der Einkommensstützung mittels Garantiepreisen durch ein System ergänzender Einkommensbeihilfen ersetzte.“<sup>146</sup>

Dies hat Ausgleichszahlungen bei Einkommensausfällen eingebracht, die – vereinfacht dargestellt – aufgrund der Größe der Betriebe und nicht mehr aufgrund der Produktionsmenge ausbezahlt werden.<sup>147</sup> Die Agenda 2000 ist der nächste große Schritt und beinhaltet vier Erweiterungspunkte für die MacSharry-Reform. Die Punkte beinhalten eine Angleichung der Agrarpreise an den Weltmarkt, mit erneuten Ausgleichszahlungen für solche Betriebe. Auch eine Bindung der Förderungen an Umweltschutzkriterien und der Modulation, was den Punkt der ländlichen Entwicklung bei den Direktzahlungen mit einbezieht, zählt dazu. Ein eigener Bereich für die Entwicklung und strukturelle Verbesserung dieses ländlichen Raums wird deshalb eingeführt. Der letzte Punkt beinhaltet eine Stabilisierung des Finanzrahmens 2000-2006.<sup>148</sup> Die Agenda 2000 sollte die größte Reform bleiben. Sie hat nicht nur eine Erweiterung der Entkoppelung der Preise eingeführt, sondern auch die ordentliche Aufnahme der Umwelt und der Entwicklung des ruralen Gebietes in ihre Politik, mit der Erzeugung der zweiten Säule der GAP, die als „Ländlicher Raum“ bekannt ist. Allerdings haben die MS eine Halbzeitprüfung 2002 als Voraussetzung verlangt, welche 2003 zur weitreichendsten Reform geführt hat.<sup>149</sup> Diese Umbildung, unter Landwirtschaftskommissar Franz Fischler, welche ich als Startpunkt der Untersuchung nutze, beinhaltet sechs zentrale Grundsatzneuerungen:

---

<sup>146</sup> Massot 2017: 1 [Online].

<sup>147</sup> Vgl. Ebd.: 1 [Online].

<sup>148</sup> Vgl. Ebd.: 2 [Online].

<sup>149</sup> Vgl. Ebd.: 2 [Online].

- „der Grundsatz der Entkopplung der Beihilfen von den Produktionsmengen mit dem Ziel, die Ausrichtung der Betriebe auf das Marktgeschehen zu verbessern und die Verzerrungen bei Erzeugung und Handel zu verringern. Die entkoppelten Beihilfen wurden von nun an in Form einer einheitlichen Betriebsprämie gewährt, deren Zweck eine Stabilität der Einkommen war;
- der Grundsatz der Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen („Cross-Compliance“), dem zufolge die einheitlichen Betriebsprämien entsprechend den Erwartungen der EU-Bürger an eine Reihe von Kriterien in Bezug auf Umwelt, Gesundheit der Bevölkerung usw. geknüpft wurden;
- der Grundsatz der Vereinbarkeit mit den WTO-Regelungen insofern, als das letztendliche Ziel der Entkopplung der Beihilfen die Aufnahme der einheitlichen Betriebsprämien in die Grünen Box des Agrarabkommens der WTO war [...];
- der Grundsatz der Umverteilung durch die öffentliche Hand von Zahlungsansprüchen, die den Betrieben aufgrund von Referenzwerten aus der Vergangenheit gewährt wurden, mithilfe von zwei Mechanismen: die Modulation, die die Übertragung der Mittel zwischen den zwei Säulen der GAP gestattet, um die Entwicklung des ländlichen Raums zu verbessern, und gegebenenfalls der Anwendung eines regionalen Entkopplungsmodells, das eine Harmonisierung der nach gebietsbezogenen Kriterien gewährten Hektarzahungen ermöglicht;
- der Grundsatz der Haushaltsdisziplin, der später in der Finanziellen Vorausschau für 2007-2013 verankert wurde [...] und mit dem der Haushalt der ersten Säule der GAP eingefroren und die Einhaltung jährlicher Obergrenzen vorgeschrieben wurde;
- schließlich wurde 2007 eine einheitliche gemeinsame Marktorganisation ins Leben gerufen, mit der die Verfahren zur Regulierung der 21 bestehenden GMO festgelegt wurden [...].<sup>150</sup>

Die Begründung dafür, dass ich 2003 als Zeitpunkt ausgewählt habe um meine Untersuchungen zu starten ist die, dass sich die GAP ab dieser Zeit so stark verändert hat, dass meine Forschungsfragen im Rahmen der Europäisierung gut sichtbar werden. In Hinsicht auf das Bezugsfeld der österreichischen Landwirtschaft zur GAP hat die Reform 2003 grundlegende Veränderungen modelliert, da die EU ab hier versucht hat die GAP-Ziele anderweitig zu erreichen. Allerdings hat sie inhaltlich keine fundamentalen Umgestaltungen mehr erfahren, sondern nur Kontrollen und Erweiterungen der letzten großen Reform.

Der Health-Check oder Gesundheitscheck, kann als Überprüfung und Überarbeitung für 2003 gesehen werden, obwohl keine inhaltlichen Neuerungen dazugekommen sind. Es „wurde eine Vielzahl von Maßnahmen überarbeitet, die im Anschluss an die GAP-Reform von 2003 durchgeführt worden waren.“<sup>151</sup> Auch diejenige von 2013 gilt als erneute Anpassung und

---

<sup>150</sup> Ebd.: 2-3 [Online].

<sup>151</sup> Ebd.: 3 [Online].

Korrektur der großen Neuerung 2003, obwohl sie wieder mehr Reformpunkte aufweist. So wird die letzte Anpassung nur als „letzte Etappe dieses weiterhin nicht abgeschlossenen Reformprozesses der GAP“<sup>152</sup> gekennzeichnet. Also gibt es seit 2003 zwar inhaltliche Veränderungen, jedoch keine Neuorientierungen der GAP.

#### 4.2.2. Die zwei Säulen der GAP

Im vorigen Abschnitt habe ich die Grundlage aufgezeigt, auf die sich die Idee der zwei Säulen der GAP bezieht. Die Basis wurde in der Agenda 2000 gesetzt, aber erst 2007 ist mit dem ELER eine eigene, selbstständige Säule für die ländliche Entwicklung entstanden, die die erste flankiert, welche für die Direktzahlungen an LandwirtInnen bekannt ist.

Die erste Säule beinhaltet zwei Punkte: Der erste Punkt beinhaltet die GMO landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Darin verbirgt sich eines der älteren Instrumente der GAP, denn es sind die Regelungen zur Marktstützung eingebaut, die einzelne landwirtschaftliche Märkte unterstützen sollen.<sup>153</sup> Die Entkoppelung der Direktbeihilfen in diesem Bereich der ersten Säule ist nach und nach ermöglicht worden.<sup>154</sup> Die Direktzahlungen betreffen den zweiten Bereich der ersten Säule der GAP. Seit der Reform von 2003 werden diese Zahlungen an LandwirtInnen immer mehr von den Erzeugnissen entkoppelt und mit Flächenpremiën ausgetauscht.<sup>155</sup> Diese Entkoppelung erzeugt einen liberaleren Markt, eine freiere Landwirtschaft in der Entscheidung der Produkte und der Form der Produkterzeugung. Auch Möglichkeiten für Förderung von JunglandwirtInnen und ökologischen Anbaumöglichkeiten sind in der ersten Säule integriert. Ebenfalls sind optionale Möglichkeiten für benachteiligte Gebiete und bedürftige Arten eröffnet worden.<sup>156</sup> Dabei entsteht die Frage, wie MS bei solchen Verfahren selbstständig agieren können. Die Frage der Kompetenzen zwischen EU und MS wird im nächsten Abschnitt geklärt. Beide Säulen wurden bis 2007 vom Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EAGFL) finanziert. Dieser hat sich 2007 für die erste Säule in Europäischen Garantiefonds für Landwirtschaft (EGFL) umbenannt und bedient seitdem nur mehr diesen Bereich, was bedeutet, dass die Zweite einen eigenen Fonds erhalten hat.

Die zweite Säule der GAP, welche de jure seit der Agenda 2000 Bestand hat, aber de facto seit 2007 eine eigene Säule ist, wird im Rest dieses Abschnittes näher beleuchtet. Das Ziel der zweiten Säule ist die Entwicklung des ländlichen Raums und der strukturschwachen

---

<sup>152</sup> Ebd.: 3 [Online].

<sup>153</sup> Vgl. Ragonnaud/Massot 2018: 1 [Online].

<sup>154</sup> Vgl. Ebd.: 1-2 [Online].

<sup>155</sup> Vgl. Ebd.: 1-2 [Online].

<sup>156</sup> Vgl. Massot 2018a: 1 [Online].

Regionen. Dabei geht es um Umweltvorkehrungen, Transfer von Know-How in der Landwirtschaft, Steigerung von Lebensqualität und Wettbewerbsstandards für ländliche Regionen, Organisations- und Logistikverbesserungen und Verbesserungen im Rahmen des sozialen Einschlusses und der Armutsbekämpfung ländlicher Gebiete.<sup>157</sup>

Mit der Verordnung EG 1290/2005 hat der Rat, nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments beschlossen, dass die GAP ab 2007 die zweite Säule auf eigene Beine stellt, indem sie unter anderem die Finanzierung, über den eigenen Fonds regelt, dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, oder ELER.<sup>158</sup>

Im Unterschied zum EGFL, der komplett von der EU finanziert wird, kann der ELER von den MS kofinanziert werden.

„Die Kofinanzierungssätze sind je nach Region und in Abhängigkeit von den Maßnahmen unterschiedlich hoch. Die Programme müssen von der Europäischen Kommission genehmigt werden und beinhalten einen Finanzierungsplan und eine Reihe von Ergebnisindikatoren. In Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten wird ein gemeinsames Begleit- und Bewertungssystem für die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums geschaffen.“<sup>159</sup>

Im Prinzip finanzieren die EU und die EK über den ELER Großteile der Zahlungen, obwohl die MS kleine Teile kofinanzieren können. Allerdings wird der Satz der Beteiligungen der MS kleiner.

Da die GAP den zweitgrößten Budgetanteil am EU-Haushalt aufweist, ist es wichtig zu verstehen, wie die Entscheidungsfindung von statten geht. Über welche konkreten Kompetenzen verfügt die EU in dieser Politik?

#### *4.2.3. Die Kompetenzen in der GAP*

Im vorigen Abschnitt geht es um Ziele, Reformen, die Form und die Finanzierung der GAP. Doch um zu verstehen wie Österreich in der GAP mitentscheiden kann, fehlt die Beantwortung der Frage der Kompetenzen. Diese Frage hat eine große Relevanz, weil es einerseits darum geht, wie stark Top-down die GAP gesehen werden kann und andererseits was Österreich als MS für einen Einfluss hat und wie dieser zustande kommt. Die theoretische Betrachtung der Top-down Situation ist im vorigen Kapitel bereits dargestellt, deswegen

---

<sup>157</sup> Vgl. Ragonnaud/Massot 2017: 1-2 [Online].

<sup>158</sup> Vgl. Rat der EU 2005: [Online; Artikel 2].

<sup>159</sup> Ragonnaud/Massot 2017: 2 [Online].

bleibt nur die Frage um die praktische Anwendung des theoretischen Konzepts im rechtlichen Rahmen der GAP und somit im Vertragswerk der EU.

Das Prinzip, nach welchem die GAP gehandhabt wird, ist im AEUV geklärt. Dort gibt es drei Möglichkeiten an Zuständigkeiten bei Politiken von Seiten der EU. „Dabei handelt es sich um ausschließliche Zuständigkeiten, geteilte Zuständigkeiten und Koordinierungszuständigkeiten sowie Unterstützungs- und Ergänzungsmaßnahmen für die Tätigkeiten der Mitgliedstaaten.“<sup>160</sup> Bei der GAP handelt es sich, was die erste Säule betrifft, um eine geteilte Zuständigkeit.<sup>161</sup>

„So hat der neue Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe d AEUV Einfluss auf die Rechtsetzung im Agrarsektor, da die Organe der EU das Subsidiaritätsprinzip [...] in den Bereichen zur Anwendung bringen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen [...]. Dazu ist anzumerken, dass die nationalen Parlamente die Möglichkeit haben, an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme im Hinblick auf die Übereinstimmung eines Entwurfs eines die Landwirtschaft betreffenden Gesetzgebungsakts mit dem Subsidiaritätsprinzip zu richten. Ferner gilt von nun an im Bereich der GAP auch das [...] geschaffene System der verstärkten Zusammenarbeit. Dabei können mehrere Mitgliedstaaten (d. h. mindestens neun) sich dafür entscheiden, zusätzliche Agrarverpflichtungen zu übernehmen, da die GAP mit Blick auf die Anwendung der Gemeinschaftsmechanismen zunehmend flexibler wird.“<sup>162</sup>

Damit ist geklärt, welche Möglichkeiten nationale Parlamente, wie das Österreichische, haben um die GAP zu beeinflussen. Allerdings ist dies nur nach dem Subsidiaritätsprinzip möglich. Wo die EU nicht tätig ist, darf ein MS mit eigenen Gesetzen die Sachlage klären. Dies ist bei der Gesetzgebung für die EK und dem EP wichtig, sowie für die MS Parlamente und Regierungen. Die Flexibilisierung bedeutet eine vereinfachte Handhabung von Anforderungen von mindestens neun MS.

Doch es fehlt noch die Frage, wie die EU zu einer Entscheidung und einer Verordnung im Rahmen der GAP kommt. Vor 2010 war eine qualifizierte Mehrheit im Rat ausreichend, nachdem die Kommission einen Vorschlag gemacht hat, zu dem das EP und ab und zu der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss Stellungnahmen verfasst haben.<sup>163</sup> Seit 2010 ist das Beschlussfassungsverfahren demokratischer gestaltet. Im AEUV ist das ordentliche

---

<sup>160</sup> Massot 2018b: 4 [Online].

<sup>161</sup> Vgl. Ebd.: 4-5 [Online].

<sup>162</sup> Ebd.: 5 [Online].

<sup>163</sup> Vgl. Ebd.: 3 [Online].

Gesetzgebungsverfahren für den Agrarsektor eingeführt worden.<sup>164</sup> Dieses Beschlussfassungsverfahren ist eine Gleichstellung von Rat und EP. Die Kommission legt den beiden EU-Institutionen einen Vorschlag vor. Das EP beschließt bei der ersten Lesung einen Standpunkt, welcher dem Rat vorgelegt wird. Wird dieser Standpunkt vom Rat mit qualifizierter Mehrheit akzeptiert, so entsteht die Verordnung.<sup>165</sup> Die qualifizierte Mehrheit im Rat wird nach dem Prinzip der doppelten Mehrheit berechnet: Im Rat müssen mindestens 55% der Mitglieder, welche mindestens 65% der Gesamtbevölkerung der EU vertreten, für die Verordnung abstimmen.<sup>166</sup> Es kann bis zu drei Lesungen eines Kommissionsvorschlags und deren Anpassungen im Parlament kommen, bevor ein Vorschlag endgültig abgelehnt wird.<sup>167</sup>

Die Kommission behält wie bisher das Initiativrecht. Allerdings besteht im Komitologie-Verfahren die Möglichkeit, dass andere Stellen bei der Verwaltung der GAP beteiligt sind. Der Rat hat sich dagegen gewehrt, dass die Kommission die gesamte Verwaltung ohne Kontrolle abhandelt. Deshalb hat die Regelung der Ausschussverfahren eine Möglichkeit eröffnet, die Verwaltung bei der Kommission zu lassen, die aber die Ausschüsse um Stellungnahmen bitten muss, welche von MS-Vertretungen stammen, die ich hier in der Bauernschaftvertretung ausgewiesen habe.<sup>168</sup>

Ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren sieht einen EK-Vorschlag vor, welcher über die Ratsarbeitsgruppe, sowie den Sonderausschuss Landwirtschaft, an den AGRIFISH, dem Landwirtschafts-, und Fischereirat, zugetragen wird. Das EP und der Rat stimmen anschließend über die Umsetzung ab, sodass eine Verordnung entsteht (siehe oben; Beschreibung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahren). Allerdings betrifft dies nicht phytosanitäre, veterinäre und Fischereiangelegenheiten, welche in Österreich über den COREPER I abgewickelt werden. Die Landwirtschaftsministerien entsenden Personal in die Ratsarbeitsgruppen und den Sonderausschuss Landwirtschaft. Die Entscheidungen und Berichte dieser Gremien werden anschließend dem Rat übergeben. Innerhalb eines MS haben die MS-Institutionen bei einem Beschluss kaum Anpassungsmöglichkeiten. Wie Ladrech gezeigt hat, ist diese Form der Politikgestaltung ausgehend von einer Top-down Situation zu betrachten, worauf MS von unten reagieren.<sup>169</sup> Die Kompetenzen im Rahmen der Landwirtschaft der EU liegen zum überragenden Großteil bei der EU selbst, bzw. beim Rat

---

<sup>164</sup> AEUV 2012: [Online; Artikel 43 Absatz 2 AEUV].

<sup>165</sup> Vgl. Ebd.: [Online; Artikel 294 AEUV].

<sup>166</sup> Vgl. Ebd.: [Online; Artikel 238 AEUV].

<sup>167</sup> Vgl. Ebd.: [Online; Artikel 294 AEUV].

<sup>168</sup> Vgl. Massot 2018b: 4 [Online].

<sup>169</sup> Vgl. Ladrech 2010: 22 & 31ff.

und mittlerweile beim EP. Alle Bereiche der Landwirtschaft, die heute wichtig sind und seit 2003 wichtig waren, wurden von der EU abgehandelt. Hierzu zählt mit der Einrichtung der zweiten Säule, neben den Subventionen, vor allem der Umweltschutz, Stärkung strukturschwacher Regionen, technische Entwicklung in der Landwirtschaft, Wettbewerbsstärkung des ruralen Gebietes der EU, was alles unter dem Überbegriff der Ländlichen Entwicklung gebracht wird. Die angesprochene Bedeutung der Subventionen und jeglicher relevanter Themen der Landwirtschaft selbst als Erzeugerin von Lebensmitteln, anderen Produkten und Dienstleistungen bleibt allerdings im Fokus der GAP. Somit ist die Kompetenzlage geklärt. Die GAP ist supranational geprägt, was die Kompetenz der EU, gegenüber den MS hervorhebt. Zwar gibt es kleinste Einflussmöglichkeiten der österreichischen Landwirtschaft, doch selbst die konzentriert sich auf die Regierungsebene.

#### 4.2.4. Zusammenfassung der GAP

Wie hier dargelegt wird, ist die GAP eine supranationale Politik mit geteilter Kompetenz. Ein Policy-Wandel der GAP ist somit stark durch die EU geprägt, was die theoretisch geforderten Reaktionen hervorruft. Diese sind nach dem Policy-Wandel angesetzt, was räumlich im Rückkoppelungseffekt der Europäisierung anzusiedeln ist (Abb. 3.1). Denn die Akteure der Empirie – die mediale Öffentlichkeit und die Bauernschaftvertretung – reagieren auf den Policy-Wandel, weil sie darin kaum agieren oder ihn mit beeinflussen können. Dadurch entsteht die Wirkung und Verbindung zwischen den Akteuren der Empirie und dem Bezugsfeld zwischen österreichischer Bauernschaft und EU.

### **4.3. Das Bezugsfeld zwischen österreichischer Bauernschaft und EU**

Bisher behandelt dieses Kapitel die Untersuchungsgegenstände der österreichischen BäuerInnen und GAP, es wird aber kein direkter Zugang zum Bezugsfeld zwischen ihnen untersucht, was bedeuten würde, dass direkt BäuerInnen und EU-Vertretungen befragt werden. Der Zugang erfordert die Fragestellung, welche Akteure indirekt, aber sehr stark im Bezugsfeld zu finden sind. Bereits in der Einleitung habe ich das Augenmerk auf die mediale Öffentlichkeit als Sprachrohr der Gesellschaft und auf die Bauernschaftvertretung, als Zwischenakteur, der sich im Bezugsfeld aufhält, gelegt. Wie werden die beiden Akteure definiert oder eingegrenzt? Welche Eigenschaften und Ansätze verfolgt diese Arbeit bei der Frage der beiden Akteure? Besteht eine Verbindung zwischen der öffentlichen Meinung bzw. der Bauernschaftvertretung und dem Bezugsfeld, das den indirekten Zugang ermöglicht?

#### 4.3.1. Die öffentliche Meinung

Die Verbindung zwischen der Landwirtschaft und der öffentlichen Meinung, wird von den Medien tragend beeinflusst. Habermas hat 2008 erklärt, dass ohne „Impulse einer meinungsbildenden Presse, die zuverlässig informiert und sorgfältig kommentiert, [...] die Öffentlichkeit diese Energien nicht mehr spenden“<sup>170</sup> kann. Bei den Energien bezieht sich Habermas auf diejenigen, welche eine öffentliche Kommunikation der BürgerInnen erzeugen und die Öffentlichkeit orientieren kann. Gleichzeitig muss der politische Bereich transparenter und anpassender handeln.<sup>171</sup> Zusammenfassend meint der Autor, dass die Öffentlichkeit eine qualitativ hochwertige Presse ohne starkem Wirtschaftscharakter benötigt, welche dazu führt, dass die Bevölkerung inhaltlich gut informiert werden kann. Dadurch bildet sich eine Meinung, welche einen bestmöglichen, öffentlichen Diskurs erlaubt.<sup>172</sup> In dieser Masterarbeit geht es um einen solchen Diskurs, allerdings fokussiert auf ein bestimmtes Themengebiet – der Landwirtschaft. Wird die Argumentation von Habermas umgekehrt, bedeutet das, dass eine bestimmte Berichterstattung zu einer Meinungsbildung und zu Diskussionen führen kann. Dies ermöglicht die Annahme, dass Zeitungen sowohl die Öffentlichkeit informieren, als auch einen Lernprozess ihre Meinungen leiten.<sup>173</sup> Bin ich in der Lage die breite Aufteilung der politischen Diskussion und der ebenfalls politischen Bevölkerung in der Zeitungsanalyse abzudecken, kann ich davon ausgehen, dass die Meinung der Öffentlichkeit über das untersuchte Bezugfeld der österreichischen Landwirtschaft zur EU bzw. GAP darin gezeigt wird. Dies funktioniert über die Auswahl bestimmter Blätter, die regional und politisch nach logischem Vorgang versuchen, alle Diskursmöglichkeiten abzudecken. Was hier klar wird, ist die Möglichkeit in den Massenmedien eine Verbindung zur Öffentlichkeit zu finden.

Es fehlt immer noch die Argumentation, warum eine Zeitungsanalyse besser ist, als bspw. eine Umfrage. Der entscheidende Vorteil der Zeitungsanalyse im Vergleich zu anderen empirischen Möglichkeiten, liegt in der Natürlichkeit des dargestellten Diskurses, welcher eben nicht künstlich über eine Umfrage hergestellt werden muss.<sup>174</sup>

“The existence of a genuine public sphere in which the performance of a regime and its authorities is debated by citizens and defended by political elites is a major prerequisite of democratic government, whether in a normative or an empirical perspective [...]. In modern

---

<sup>170</sup> Habermas 2008: 136.

<sup>171</sup> Vgl. Ebd.: 136.

<sup>172</sup> Vgl. Ebd.: 131ff.

<sup>173</sup> Vgl. Ebd.: 133.

<sup>174</sup> Vgl. Hurrelmann et al. 2009: 487.

Western democracies, however, public spheres are essentially constituted by the mass media, and hence the media play a key role in the social construction of political reality, including legitimacy and its normative grounding.”<sup>175</sup>

Zusätzlich zählen die Massenmedien zu den Torhütern zwischen BürgerInnen und politischer Repräsentation,<sup>176</sup> welche in der Landwirtschaft bei der EU liegt. Dabei „we submit that the quality print media continue to function as key agenda-setters and opinion-leaders in this regard”.<sup>177</sup> In der Methodologie wird anschließend zu diesem Kapitel gezeigt, welche Medien hierfür geeignet sind und wie dadurch der Begriff der wesentlichen Medien Einzug in die Arbeit hält, um die relevante Öffentlichkeit abzudecken.

#### 4.3.2. Artikulierte Bauernschaftvertretung

Die Zeitungen stellen sich komplexer dar als die Bauernschaftvertretung. Die Frage, warum Interviews mit der Vertretung nützlich sind, ist einfach damit zu erklären, dass eine richtige Auswahl an InterviewpartnerInnen die Komplexität des untersuchten Feldes besser kennt, als die durchschnittliche Öffentlichkeit, da es in ihrem Berufsfeld liegt. Die methodologischen Definitionen der Eingrenzung, dass fast nur EU-nahe Interviewpartnerschaft ausgewählt wird, erklärt nicht das Ausscheiden des möglichen Einflusses von Untergruppen innerhalb der österreichischen Landwirtschaft. Es geht vor allem um die gesuchte Verbindung zur EU, wodurch Wissen und Erfahrung zusammenspielt. Allerdings geht es auch um eine Einschätzung der TeilnehmerInnen, wodurch erst ein Vergleich entstehen kann, der die kognitive Dissonanz, sofern vorhanden, darstellt.

## 5. Methodik

Der methodische Ansatz, anhand dessen die empirische Arbeit erfolgt, dient zur Konkretisierung der Regeln, nach denen die beiden empirischen Untersuchungen, der Zeitungs- bzw. Inhaltsanalyse der geführten Interviews, gehalten werden. Für beide Analysen halte ich mich an eine qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring.<sup>178</sup>

Wie im Kapitel über die Theorie beschrieben, konkretisiert sich in der Inhaltsanalyse der Zeitungsartikel die öffentliche Meinung über das Bezugsfeld zwischen der österreichischen

---

<sup>175</sup> Ebd.: 487.

<sup>176</sup> Vgl. Ebd.: 487.

<sup>177</sup> Ebd.: 487.

<sup>178</sup> Vgl. Mayring 2010.

Bauernschaft und der EU. Was hiermit klar eingegrenzt wird ist das Themenfeld. Ich habe nicht vor, die exakte Meinung der LandwirtInnen zu erfahren, sondern nur die öffentliche Meinung und den Glauben über den Bezug und die Reaktion über EU-Policy-Wandel.

Auch bei den Interviews ging es nur indirekt darum, wie LandwirtInnen ihre Meinung der Bauernschaftvertretung kundtun. Es geht um das Bild, das die Vertretung von der Situation der österreichischen Landwirtschaft in der EU hat und wie diese Vertretung die öffentliche Meinung (Zeitungsanalyse) einschätzt.

Durch diese methodische Herangehensweise, werden die theoretische Konzeption und die Annahmen der Reaktion der Landwirtschaft auf den Policy-Wandel der EU bzw. der GAP, aufgenommen. Dabei ist es möglich, alle Forschungsfragen und alle beschriebenen Annahmen zu untersuchen und in einem Vergleich eine Antwort zu erhalten.

## **5.1. Methodik der Zeitungsanalyse**

Als nächstes folgt die methodologische Grundkonzeption der Inhaltsanalyse der Zeitungsartikel (ab hier: Zeitungsanalyse), welche Philipp Mayring und seine Technik der qualitativen Inhaltsanalyse als Konzept nutzt.<sup>179</sup> Anschließend wird die Auswahl der Quellen (genutzte Zeitungen) und der Zugang beschrieben. Weiter ist die räumliche und zeitliche Komponente der Quellenauswahl vorzunehmen (Zeitraum und Frageworte für die Analyse). Zuletzt fehlt noch eine klare Darstellung, wie meine Zeitungsanalyse praktisch ausgesehen hat, ohne die Ergebnisse vorwegzunehmen.

### *5.1.1. Die methodologische Konzeption*

Die Zeitungsanalyse soll ordinal skaliert sein<sup>180</sup> und die Struktur soll die Inhalte wiedergeben. Dies bedeutet, ich kann Mayrings qualitativem Ablaufmodell einer Inhaltsanalyse nach skalierender Strukturierung folgen.<sup>181</sup> „*Strukturierung*: Ziel der Analyse ist es, bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern, unter vorher festgelegten Ordnungskriterien einen Querschnitt durch das Material zu legen oder das Material aufgrund bestimmter Kriterien einzuschätzen.“<sup>182</sup> Dieses Ablaufmodell beinhaltet acht Schritte:

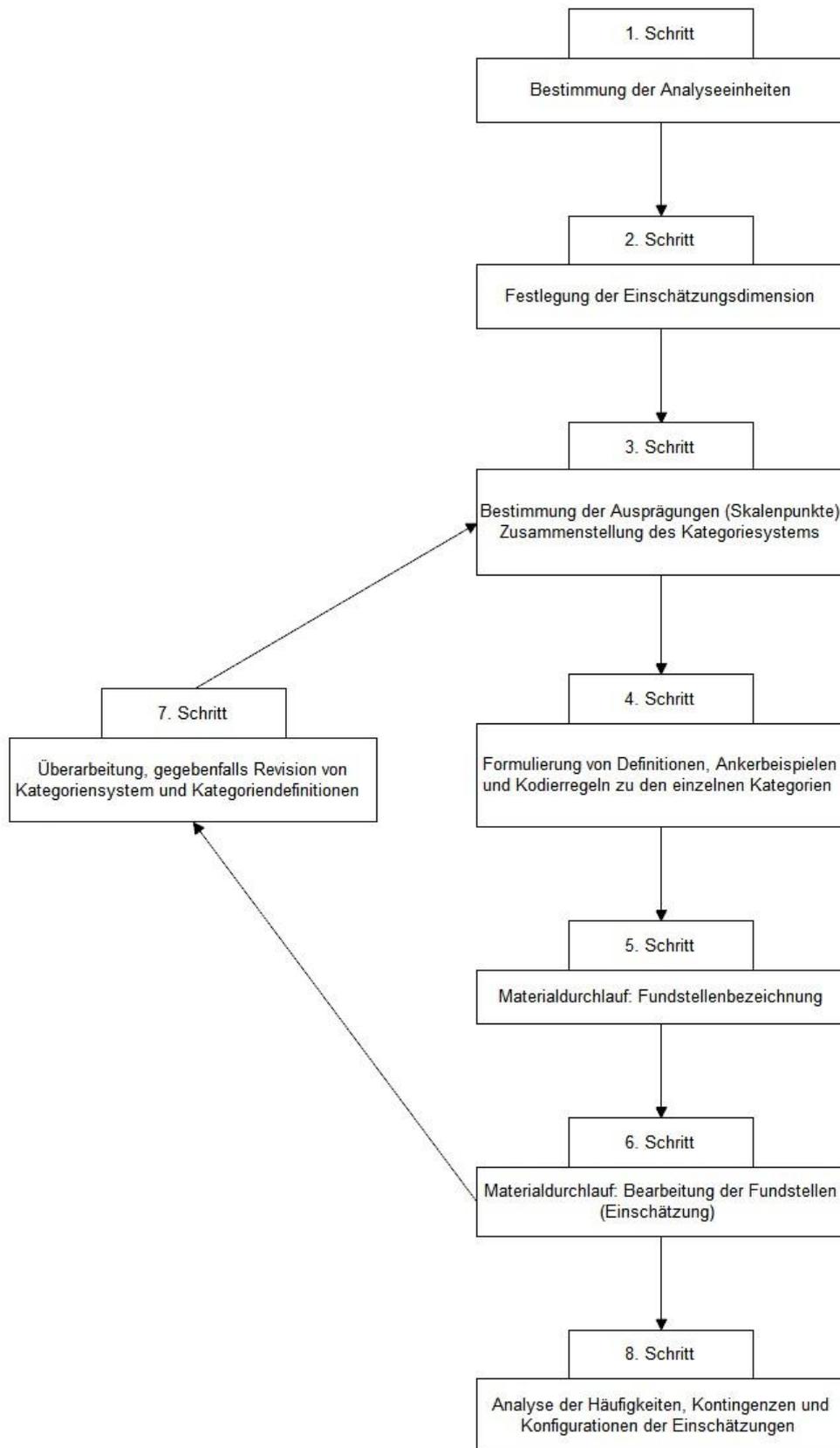
---

<sup>179</sup> Vgl. Ebd.

<sup>180</sup> Vgl. Ebd.: 18.

<sup>181</sup> Vgl. Ebd.: 101ff.

<sup>182</sup> Ebd.: 65.



**Abb. 5.1:** Ablaufmodell skalierender Strukturierung nach Philipp Mayring<sup>183</sup>

<sup>183</sup> Vgl. Ebd.: 102 [Gezeichnet von Autor].

Die Analyseeinheit ist, wie beschrieben, mit der Forschungsfrage der Arbeit und dem Kapitel über Theorie verbunden. Es geht am Schluss um eine Deutung der Qualität (positiv/negativ) der Zeitungsartikel in den verschiedenen Jahren. Das Ergebnis zeigt dann einen Verlauf dieser Qualität. Die Artikel müssen nach positiven und negativen Aspekten untersucht werden. Gleichzeitig muss geklärt werden, ob ein Bericht überhaupt sinnvoll für die Arbeit ist. Somit gibt es zwei Momente bei Mayrings drittem Schritt der skalierenden Strukturierung:<sup>184</sup> Zuerst habe ich die Zeitungsberichte überflogen, um die unnützen und doppelten ausschließen zu können. Unnützlich waren sie dann, wenn sie nicht exakt den Bezug der österreichischen Bauernschaft zur EU oder GAP beschrieben. Die zwei größten Gruppen waren dabei Kulturprogramme und Artikel, die zwar Landwirtschaft und EU zum Thema hatten, aber nicht österreichische BäuerInnen betrafen. Beispiele können diese Umstände gut erklären: Da ich den Wortstamm „Bauer“ und den Begriff „Europäische Union“ ausgewählt habe (Abschnitt 5.1.3), werden auch Programme angezeigt, in denen bspw. Bauernmärkte beworben werden, sowie Podiumsdiskussionen, in denen es um die Situation der EU geht.<sup>185</sup> Auch das Beispiel der „nicht-Österreich-Relevanz“ ist gut vorstellbar, da ich mich nicht über die Wortsuche, sondern über die Zeitungsauswahl auf Österreich fokussiert habe. Deshalb wird bspw. ein Artikel gefunden, in dem die Abwahl der polnischen Bauernpartei zu einem neuen Pro-EU Premier geführt hat.<sup>186</sup> Oder es werden Afrikas soziale Probleme aufgezeigt, in denen die ugandische Landwirtschaft, sowie die EU als Investor vorkommen, aber der Artikel österreichische BäuerInnen und die EU-Policies nicht tangiert.<sup>187</sup> Der Ausschluss doppelter Berichte ist dann notwendig, wenn ein Zeitungsartikel im System der APA doppelt vorkommt. Dies kann auf zwei Gründe zurückzuführen sein. Einerseits kann es aus technischen Gründen geschehen, dass Artikel doppelt angezeigt werden. Da die Darstellung der Berichte chronologisch erfolgt, ist das Auffinden solcher Fehler und deren Ausschluss relativ einfach. Andererseits besteht die Möglichkeit, dass gewisse Zeitungen einen Artikel in verschiedenen Ausgaben oder redaktionellen Räumlichkeiten exakt gleich abdrucken. Dies ist besonders bei der „Kleinen Zeitung“ der Fall, da das regionale Blatt in der APA prinzipiell als ein Blatt gesehen wird, obwohl es in der Steiermark, in Kärnten und Osttirol unterschiedliche Auflagen gibt. Hierbei ist die Unterscheidung nötig, ob es sich bei den Artikeln um eine eins zu eins Kopie handelt, die von den Geschäftsstellen exakt gleich abgedruckt wurden oder ob kleine Anpassungen stattgefunden haben. Diese Anpassungen finden sich im Titel,

---

<sup>184</sup> Vgl. Ebd.: 102.

<sup>185</sup> Vgl. Kronen Zeitung 30/09/2016: 33.

<sup>186</sup> Vgl. Riepl 23/10/2007: 6.

<sup>187</sup> Vgl. Schindwein 31/04/2014: 4.

Schriftkörper und der Autorenschaft. In solchen Fällen habe ich nur die exakten Kopien aus der Stichprobe ausgeschlossen und als doppelt gekennzeichnet. Die Begründung ist wie folgt: Eine genau gleiche Abschrift, die bspw. aus der Steiermark kommt und auch in Osttirol wiedergegeben wird, kann nicht als eigener Zeitungsartikel gesehen werden, da das Ziel des Einflusses auf die Gesellschaft gleich bleiben muss. Die Erweiterung des Gebietes beeinflusst nicht die Wirkung auf die Gesellschaft, da deren Teile in dem Fall von der Redaktion als ident gesehen werden. Sofern die Abschrift kleinste Anpassungen beinhaltet, ist dies darauf zurückzuführen, dass die Geschäftsstellen der Zeitungen es für notwendig erachtet haben, in den verschiedenen Regionen, Anpassungen vorzunehmen, da sie den Einfluss auf die jeweilige Leserschaft unterschiedlich beurteilen. Dies begründet sich aus der Interpretation, dass die Gesellschaft in den Bundesländern in diesen Fällen anders auf die Information des Artikels reagiert, was Anpassungen erfordert. So sind fast identische Berichte in verschiedenen Regionen als unterschiedliche Artikel zu verstehen und werden nicht als doppelte aus der Stichprobe ausgeschlossen. Bei diesen Situationen ist ein Vergleich nötig, um eine Entscheidung über den Ein-, oder Ausschluss zu treffen, obwohl diese in den einzelnen Fällen sehr einfach ist, da die kleinen Veränderungen bei einer schnellen Lektüre sofort zu finden sind. In einzelnen Fällen ist nur ein Wort anders als beim Vergleichsartikel. Aus Einfachheitsgründen und damit keine Fehlinterpretation stattfinden kann, habe ich in diesen Fällen trotzdem die Artikel als unterschiedlich gesehen und einzeln gezählt.

Im zweiten Schritt geht es um die eigentliche Einschränkung die zeigt, wie ein Artikel eingeordnet werden kann. Die einzelnen Berichte müssen also einen klaren Bezug zwischen österreichischer Bauernschaft und EU beinhalten. Nur dadurch sind wir in der Lage zu verstehen, wie die öffentliche Meinung das Bezugsfeld sieht. Was leicht erklärbar ist, kann auch in der Umsetzung fast immer einfach sein, obwohl AutorInnen manchmal sowohl positive als auch negative Komponenten in die Texte einfügen und selten zu Worten wie „gut“, oder „schlecht“ greifen. Die Aufgabe ist es in diesen Fällen zu verstehen, welches Thema der/die AutorIn jeweils angesprochen hat und ob dieses positiv oder negativ dargestellt wird. In den meisten Fällen gelingt dies hervorragend, was zeigt, dass insgesamt nur 13,11% der untersuchten, nützlichen Artikel als neutral/ambivalent/unklar dargestellt sind. Die restlichen 86,89% können eindeutig zu positiv oder negativ zugeordnet werden. In einem ersten Materialdurchlauf (Abb. 5.1: Schritt 5),<sup>188</sup> mit einer Vorauswahl und einer ähnlichen Herangehensweise zur endgültigen Analyse, werden mehrere Themen in den Untersuchungsjahren gefunden und in der Probe fixiert. Jedoch sind diese Themen in

---

<sup>188</sup> Vgl. Mayring 2010: 102.

verschiedenen Artikeln teils positiv, teils negativ dargestellt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Frage um die Zulassung des Genmais „Pioneer 1507“ im Jahre 2014. Die Kleine Zeitung schreibt in der Steiermark sehr negativ darüber,<sup>189</sup> während die Oberösterreichischen Nachrichten nicht nur die Hysterie um genmodifizierte, landwirtschaftliche Produkte verringern will, sondern die Anwendung von Gentechnik sogar angepriesen hat.<sup>190</sup>

Hier kann eine Art relevanter Zeitungsartikel erkannt werden. Es geht um EU-Policies, die durch die GAP ermöglicht werden und direkten Einfluss auf die österreichische Landwirtschaft haben, sobald sie in Brüssel entschieden werden. Auch die direkte Nennung der großen GAP-Reformen und wie in der Theorie dargestellt die Reaktionen darauf, spielen hier eine Rolle.<sup>191</sup> Die zweite große Gruppe beinhaltet Themen, welche mit finanzieller Unterstützung, Hilfszahlungen und den Direktzahlungen zusammenhängen.<sup>192</sup> Weitere kleinere Themen der relevanten Zeitungsartikel können ebenfalls zugeordnet werden, aber spielen eine geringere Rolle.

Somit bin ich in der Lage einen letzten Materialdurchlauf zu starten, der es mir ermöglicht, geordnet nach der skalierenden Strukturierung vorzugehen, welche nützlich verbunden mit meinen Forschungsfragen und Annahmen, den theoretischen Fokus beachtend, ein schlüssiges Ergebnis liefert.

### *5.1.2. Die Zeitungsauswahl*

Die Zeitungsanalyse hat zum Ausgangspunkt, dass österreichische LandwirtInnen einer der Untersuchungsgegenstände sind. Dies erlaubt es, die Zeitungsauswahl räumlich auf Österreich zu begrenzen. Das Land hat eine Vielzahl an Zeitungen, sowohl bundesweite, überregionale, regionale aber auch kleinere oder stärker spezialisierte Tagesblätter und Zeitschriften. Die Auswahl der richtigen Zeitungen richtet sich nach zwei Punkten: Erstens ist die Frage der Erreichbarkeit und der Möglichkeit die Suchanfragen abzurufen gegeben. Dies wird durch den Informationsdienst APA möglich. Er beinhaltet die Berichterstattung aus 350 Medien und allen österreichischen Tageszeitungen ab 1990 auf digitaler Art und Weise.<sup>193</sup> Zudem ist der Zugang durch die Universitätsbibliothek Wien ermöglicht.

Die räumliche, politische und sinnvolle Abdeckung durch Tageszeitungen ist ebenfalls von Bedeutung. Die Begründung dafür ist, dass ich nicht nur aber stark regionale Tageszeitungen nutze, um auch Quellen zu erhalten, welche regional näher an der Landwirtschaft sind. Somit

---

<sup>189</sup> Vgl. Zottler 13/02/2014: 36.

<sup>190</sup> Vgl. Lehner 13/02/2014: 6.

<sup>191</sup> Vgl. Kleine Zeitung 23/12/2003: 20.

<sup>192</sup> Vgl. Oberösterreichische Nachrichten 03/10/2014: SPE4.

<sup>193</sup> Vgl. Universitätsbibliothek Wien MetaLib - Datenbanken 2016: [Online].

entstehen räumlich zwei Arten von Tageszeitungen: Die bundesweiten und die regionalen Blätter. Die politische Konzeption ist nicht unbedingt relevant für diese Arbeit, aber wird dennoch eingehalten, da in allen Untersuchungsjahren die ÖVP den Landwirtschaftsminister gestellt hat (Josef Pröll, Nikolaus Berlakovich und Andrä Rupprechter).<sup>194</sup> Vor allem bei den bundesweiten Blättern will ich deshalb mindestens eine links-rechts (oder liberal-konservativ) Aufteilung der Zeitungen, die dazu führt, dass ich in der Lage bin auch die Zeitungen und deren Nuancen zu erwischen, die eher pro- oder contra-ÖVP sind. Ich gehe auch davon aus, dass regionale Blätter eher über regional betreffende News berichten, die sich mit Landwirtschaft beschäftigen, weshalb der Fokus und die Mehrheit auf regionale Tageszeitungen gerichtet wird. Die Sinnhaftigkeit hierbei ist es zu versuchen, so viele Bundesländer wie möglich abzudecken. Durch die Auswahl gelingt dies nur nicht mit Niederösterreich, Wien und dem Burgenland. Themenspezifische Zeitungen und Zeitschriften der Landwirtschaft, wie der Landwirtschaftszeitung oder der Bauernzeitung, wurden deshalb ausgelassen, da diese Blätter stark von BäuerInnen konsumiert werden. Da ich allerdings die öffentliche Meinung zum Bezugsfeld der Bauernschaft zur EU untersuche, ist die Meinung der LandwirtInnen nur Teil dieser Untersuchung und würde den Forschungsfragen und Annahmen widersprechen. Auch ausländische Blätter sind uninteressant, da zwar die europäische Komponente vorhanden ist aber Österreich so gut wie nie darin vorkommt. Eine exakt gleiche Suchanfrage mit dem Zusatz Österreich, bei einer gleichen Anzahl und ähnlichen Auswahl an Zeitungen aus Deutschland, ergibt für die Suchperiode 2003-2004 insgesamt bloß 43 Meldungen. Im Vergleich dazu stehen die insgesamt 885 (inkl. Unnützen), wenn ich die Auswahl auf österreichische Zeitungen eingrenze aber keine Länderspezifisierung hinzugebe.

Die Vorannahmen erlauben es mir aus 24 österreichischen Tageszeitungen auszuwählen, doch da einige eine Bevorzugung einer der oberen Kategorien bedeuten würde und einige Zeitungen nicht mehr existieren, hat sich die Anzahl auf acht begrenzt:

- Der Standard (bundesweit, nach Eigeneinschätzung größtes liberales Printmedium)
- Die Presse (bundesweit, nach Eigeneinschätzung größtes konservatives Printmedium)
- Kleine Zeitung (Steiermark, Kärnten und Osttirol)
- Kronen Zeitung (bundesweit, größtes Printmedium Österreichs)
- Oberösterreichische Nachrichten (Oberösterreich)
- Salzburger Nachrichten (Salzburg)

---

<sup>194</sup> Vgl. BMLFUW 2018: [Online].

- Tiroler Tageszeitung (Tirol)
- Vorarlberger Nachrichten (Vorarlberg)

Hiermit schaffe ich, abgesehen von den bundesweiten Zeitungen, sechs von neun Bundesländer aufzunehmen. Allerdings ist räumlich Wien, Niederösterreich und das Burgenland nicht durch eigene Blätter abgedeckt. Wien ist Österreichs Hauptstadt und bevölkerungsreichstes Bundesland und dennoch wichtiger landwirtschaftlicher Raum. Niederösterreich ist das flächenmäßig größte Bundesland und das Burgenland ist ein bedeutsamer Weinstandort. Deshalb war es wichtig auch diese Räume aufzunehmen. Alle Zeitungen haben die genannten Bundesländer teils als Thema in Berichten, wodurch die Aufnahme erfolgt. Zusätzlich ist das ein weiterer Grund für die Nutzung von überregionalen, bundesweiten Blättern.

### 5.1.3. Die Eingrenzung der Quellenlage

Die Eingrenzung der Quellenlage beinhaltet neben den richtigen Suchworten im APA Onlineservice auch die zeitlichen Räume und Begründungen der Auswahl dafür.

Die Grundlage für die richtigen Suchworte geben mir die Forschungsfragen und das untersuchte Bezugsfeld. Neben der Eingrenzung auf Österreich (die schon durch die Zeitungsauswahl geschehen ist) finden sich zwei Gegenstände in der Sicht der Gesellschaft des untersuchten Bezugsfeldes. Diese sind die LandwirtInnen und die EU samt GAP. Beide müssen in jedem untersuchten Artikel auf die eine oder andere Weise vorhanden sein. Da es für beide Untersuchungsgegenstände Synonyme oder Abkürzungen gibt, die in Zeitungen verwendet werden, kann kein bestimmtes Suchwort pro Gruppierung genutzt werden. Der APA-Onlineservice bietet bei der Abfrage von Suchworten die Möglichkeit diese, über eine Boolesche Suche auf verschiedene Art und Weise zu verknüpfen und automatisch zu erweitern. Die genutzten Booleschen Operatoren sollen hier aufgezeigt werden:

- Phrasensuche: Wenn ein Begriff unter Anführungszeichen gesetzt wird, wird alles darin als ein Begriff gesehen und nur das angezeigt, was exakt darinsteht, z.B. wird das Suchwort „Wiener Festwochen“ eingetippt, findet sich kein Artikel, in dem nur „Festwochen“ steht sondern nur Berichte, bei denen der gesamte Begriff vorhanden ist.
- ODER: Dies ist kein ausschließendes ODER. Wenn zwei Suchworte begriffliche oder inhaltliche Ähnlichkeit haben sollte ODER verwendet werden, damit wird ein Artikel immer angezeigt, wenn entweder einer oder beide Begriffe vorhanden sind.

- UND: Das UND ermöglicht den Ausschluss von Artikeln, die nur einen der beiden damit verbundenen Begriffe beinhaltet.
- Klammern (): Klammern ermöglichen bspw. zwei ODER-Begriffe zu verbinden. Wenn aber nach dem letzten der Begriffe ein UND steht, so verbindet es zuerst die UND Begriffe und kann somit dem ODER im Weg stehen. Z.B. (Auto ODER Wagen) UND (Benzin ODER Diesel) ≠ Auto ODER Wagen UND Benzin ODER Diesel, weil beim Zweiten zuerst gesucht wird wo Wagen UND Benzin zu finden ist, beim anderen werden alle durchsucht.
- Platzhalter \*: Das \* kann als Platzhalter für Wortteile gesetzt werden. Z.B. Roh\* findet alle Begriffe mit Roh am Anfang, wie Rohöl, Rohkost, Rohmaterial usw.<sup>195</sup>

Auf diese Weise habe ich die richtigen Begrifflichkeiten und Verbindungen gefunden. Im Feld „Suchwort“ habe ich deshalb folgendes angeführt:

**(Landwirt\* ODER Bauer\*) UND („Europäische Union“ ODER GAP)**

Die erste Klammer verbindet den Untersuchungsgegenstand der Bauernschaft und beinhaltet sowohl den Wortstamm „Landwirt“, als auch den Stamm „Bauer“. Eine Großzahl an Begriffen sind dabei aufgetreten: Landwirtschaftskammer, Landwirtschaftsministerium, Landwirte, Landwirtschaft, Bauern, Bauernbund, Bauernvertreter, Bauernpartei usw. Die zweite Klammer beinhaltet den Untersuchungsgegenstand der EU bzw. die hier wichtigen Teile des prinzipiellen Begriffes „Europäische Union“ und „GAP“, was für die Untersuchung des Bezugfeldes aufgrund des Policy-Wandels wichtig wird. Teilweise sind Homonyme für „Bauer“ und „GAP“ aufgetreten. Beim Begriff „Bauer“ geht es um das Baugewerbe. „GAP“ wird als das englische Wort für Kluft, wie bei „Gender-Gap“, aufgefunden. Dennoch handelt es sich dabei lediglich um Ausnahmen und hat die Zeitungsanalyse nicht behindert.

Die zeitliche Begrenzung wird nach Hurrelmann et al.<sup>196</sup> auf vier Jahre gelegt. Diese habe ich aus drei Gründen gewählt. Der erste Zeitraum ist zwischen dem 23.06.2003-23.06.2004 (ab hier Untersuchungsjahr 2003), da das Anfangsdatum die Entscheidung zur oben beschriebenen GAP-Reform in der EU bedeutet. Der zweite und dritte Zeitraum, jeweils die gesamten Jahre 2007 und 2014 habe ich deshalb gewählt, weil sie immer das erste Jahr des neuen mehrjährigen Finanzrahmens der EU bedeuten, was bspw. für die Direktzahlungen von

<sup>195</sup> Vgl. Austrian Press Agency 2017: [Online].

<sup>196</sup> Vgl. Hurrelmann et al. 2009: 488ff.

Bedeutung ist. Zuletzt habe ich den Zeitraum vom 30.04.2016-30.04.2017 (ab hier 2017) gewählt, um eine aktuelle Darstellung zu erlangen. Die letzte Zeitspanne ist deshalb so gewählt, da ich im Mai 2017 die Zeitungsanalyse durchgeführt habe (also war es für die Zeit am aktuellsten).

#### 5.1.4. Zusammenfassung der Methodik: Zeitungsanalyse

Somit ergibt sich eine Suchanfrage und eine Zeitungsanalyse über die APA, die mit den Suchworten:

**(Landwirt\* ODER Bauer\*) UND („Europäische Union“ ODER GAP)**

in den Untersuchungsjahren 2003, 2007, 2014 und 2017 in den acht österreichischen Tageszeitungen Standard, Presse, Kleine Zeitung, Kronen Zeitung, Oberösterreichische Nachrichten, Salzburger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung und Vorarlberger Nachrichten insgesamt mit 885 Zeitungsartikel dotiert ist, wobei nur ein Teil davon genutzt werden kann:

	2003	2007	2014	2017	<b>Gesamt*</b>
<b>Gesamt*</b>	102	67	99	70	<b>338</b>

\* Ohne neutrale, doppelte und unnütze Artikel (also nur uneingeschränkt brauchbar)

**Tab. 5.1:** Nutzbare Zeitungsartikel pro Jahr

Es bleibt eine Anzahl von 338 nutzbaren und nicht doppelten Berichterstattungen, welche für die Berechnung herangezogen werden. In den Ergebnissen finden sich eine Übersicht über die Gesamtzeit zwischen 2003-2017 um die Gesamtsituation zu erhalten. Zudem erfolgt eine Auswertung der einzelnen Jahre, die einen Vergleich untereinander inkludiert. Auch die einzelnen Zeitungen werden auf Häufigkeiten untersucht, um ausschließen zu können, dass ein bestimmtes Blatt die Oberhand bei den Artikeln übernimmt. Zuletzt fehlt noch der relevante Teil, die Auswertung der Entwicklung der Qualität der Berichte im Zeitrahmen von 14 Jahren, welcher zeigt, ob mit der Zeit die Berichterstattung und somit die Reaktion über die GAP-Policies positiver oder negativer aufgenommen worden ist. Am Ende folgt eine Zusammenfassung und eine Verbindung der erlangten Werte mit den Forschungsfragen und Annahmen.

## 5.2. Methodik bei der Analyse der Interviews

Die methodologische Grundkonzeption der Interviews (ab hier: Interviewanalyse) folgt ebenfalls Philipp Mayrings Konzept der qualitativen Inhaltsanalyse und befindet sich im ersten Teil der Methodik.<sup>197</sup> Ansonsten weist sie zwei weitere Teile auf:

Beim Ersten geht es um alle Informationen zu den Befragungen, wie das Zustandekommen, die InterviewpartnerInnen, Ort und Zeit usw. Beim Zweiten geht es um die Methode der Transkription und wie die Analyse der Inhalte genutzt wird.

### 5.2.1. Die methodologische Konzeption

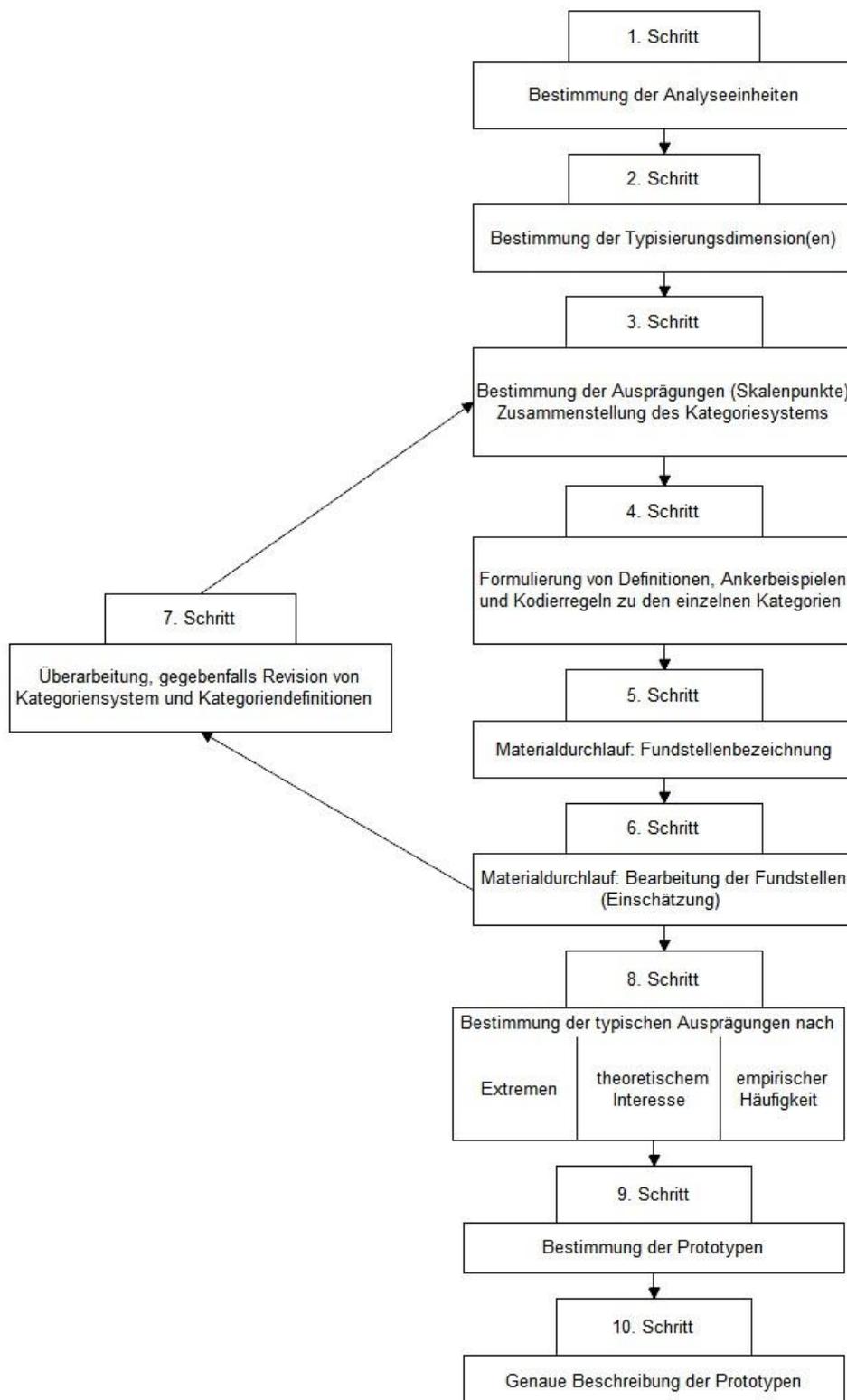
Wie bereits angesprochen, konzentriere ich mich bei der Analyse der Interviews ebenfalls auf Philipp Mayring und seine qualitative Inhaltsanalyse. Die Technik ist etwas diversifiziert zu sehen. Die Interviewanalyse beinhaltet, wie die Zeitungsanalyse, eine ordinal skalierte Prüfung, diese ist aber dem qualitativen Ablaufmodell einer Inhaltsanalyse nach typisierender Struktur untergeordnet.<sup>198</sup> Im Prinzip ist das Modell ähnlich aufgebaut wie das der skalierenden Struktur,<sup>199</sup> beinhaltet aber zehn Schritte:

---

<sup>197</sup> Vgl. Mayring 2010.

<sup>198</sup> Vgl. Ebd.: 98-101.

<sup>199</sup> Vgl. Ebd.: 102.



**Abb. 5.2:** Ablaufmodell typisierender Strukturierung nach Philipp Mayring<sup>200</sup>

<sup>200</sup> Vgl. Ebd.: 100 [Gezeichnet von Autor].

Im Vergleich zwischen den beiden Analysen bedeutet dies, dass in der Praxis die Bearbeitung der Fundstellen bei den Interviews anders abläuft. Es ist hier besser geeignet die bestimmten Aussagen, welche aufgrund meiner Fragen getätigt werden, zu untersuchen. Dafür macht es weniger Sinn die einfache und quantitative Häufigkeit von bestimmten Mustern zu zählen, weil die Fragestellungen während der Interviews auf einen zeitlichen Punkt, anstatt auf die Anzahl von positiven und negativen Aussagen fokussiert sind. Es geht im Endeffekt um drei Interviews und nicht um hunderte Zeitungsartikel.

Die Analyseeinheit vom ersten Schritt ist wieder mit der Forschungsfrage und der Theorie der Masterarbeit verbunden (wie bei der Zeitungsanalyse). Bei der Typisierungsdimension geht es um einen jeweiligen Inner-Interview-Vergleich von Seiten der GesprächspartnerInnen. Der Vergleich hat drei Punkte, welche untereinander verbunden werden. Im Ersten geht es um eigene Erfahrungen, welche die Teilnehmenden an den Befragungen in Relation zur EU gemacht haben. Im zweiten Schritt geht es um die Einschätzung und Erfahrung, wie die tatsächliche Beziehung zwischen EU und Bauernschaft aussieht. Beim Dritten handelt es sich um eine Abschätzung, wie die Öffentlichkeit das Bezugsfeld sieht. Punkt zwei und drei werden miteinander verglichen, wodurch die kognitive Dissonanz untersucht wird. Sobald dies geschehen ist, wird das Ergebnis mit der ersten Frage um die eigene Erfahrung verglichen, wodurch die Kognition erklärt werden kann und das Problem des persönlichen Einflusses (welches ein Hinweis gegen die Dissonanz sein könnte) beseitigt wird. Die Festlegung, Formulierung und Definition der Kategorien ist den drei Punkten des Vergleichs untergeordnet und kann an den Fragen des Interviewers (also mir) festgesetzt werden. Die Materialdurchläufe werden anhand der Transkription der Befragungen geführt, welche nach Kuckartz, bzw. Susanne Fuß und Ute Karbach geordnet und strukturiert sind.<sup>201</sup> Da es nicht um eine Häufigkeitsfrage geht, sondern um konzentrierte Aussagen, welche aufgrund von meinen Fragen getätigt werden, wird im achten Schritt keine Zählung vorgenommen. Es geht um die Beantwortung der Frage, wie geartet und wie stark die Aussagen sind, welche aufgrund des theoretischen Interesses dieser Arbeit definiert werden können. Sobald die Artung und Stärke klar ist, kann definiert werden, welche Art und Form von Prototypen bei den Befragten besteht. Die Prototypisierung ist keine Polarisierung,<sup>202</sup> jedoch erzeugt es ein ungefähres Bild, das die österreichische Vertretung der Landwirtschaft von der untersuchten Beziehung hat.

---

<sup>201</sup> Vgl. Fuß/Karbach 2014.

<sup>202</sup> Vgl. Mayring 2010: 101.

Der Vorgang hält sich konkret an die Transkriptionen. In einem Schritt wurde geklärt, wie und ob die drei oben genannten Punkte definiert werden können. Zweitens habe ich die Transkriptionen durchgelesen und alle überflüssigen Teile ausgeschlossen. Hierzu zählen Floskeln, private oder ausschweifende Themen. Beim ersten tatsächlichen Durchlauf wird jeder Teil dem jeweiligen der drei Punkte untergeordnet und zusammengefasst. Dadurch entstehen die Verbindungen der Stärke und Zuordnung der Aussagen mit dem theoretischen Interesse. Zuletzt habe ich aufgrund dieser Vorarbeit drei einfache Prototypen erstellt, welche mit Fragen definiert werden, um im letzten Materialdurchlauf auffindbar und genau eingrenzbar zu sein:

- Wie ist das Verhältnis zwischen dem/der Interviewten zur EU, sowie zu den BäuerInnen?
- Wie sieht der/die Interviewte den Bezug der BäuerInnen zur EU?
- Wie schätzt der/die Interviewte die Ergebnisse der Zeitungsanalyse ein, sowohl was die Gesamtheit, als auch die Entwicklung betrifft?

Im letzten Materialdurchlauf geht es um die Kontrolle und eine letzte Einordnung der Prototypen. Zugleich vereinfache und verallgemeinere ich die Typen, damit sie mit den Ergebnissen der Zeitungsanalyse vergleichbar werden. Dies betrifft vor allem den dritten Punkt der Einschätzung, wie die vorige Untersuchung ausgefallen ist.

Also bin ich in der Lage, nach der typisierenden Strukturierung, welche sich mit den Forschungsfragen und Annahmen verbindet, in Theorie und Praxis ein nützliches Ergebnis zu erreichen, welches zuverlässig und vergleichbar mit der Zeitungsanalyse ist.

## 5.2.2. Die InterviewpartnerInnen

### 5.2.2.1. *Die Auswahl*

Die Auswahl der GesprächspartnerInnen ist, laut Theorie und Untersuchungsgegenstände, sehr wichtig, um anwendbare Ergebnisse der Interviews erhalten zu können. Die Interviewten müssen in österreichischen Landwirtschaftsorganisationen tätig sein. In diesen Organisationen sollen sie eine gewisse Nähe zur EU haben, indem ihre Funktion entweder durch viel Kontakt mit der EU geprägt ist oder sie den eigentlichen Kontakt zur EU darstellen. Es bedarf einer langjährigen Erfahrung im Gebiet, sodass nur ein kleiner Teil an KandidatInnen übrig bleibt. Organisationen gibt es viele in Österreich, allerdings gibt es gewisse Präferenzen. Neben dem Landwirtschaftsministerium BMLFUW können das Gesundheitsministerium und die AMA nützlich sein, da ihre Zusammenarbeit mit der EU stark ist. Genossenschaften, Kammern und

parteinahe Organisationen zählen auch dazu, da sie eine wichtige Schnittstelle zwischen der Landwirtschaft und der GAP bedeuten und stark in der Zivilgesellschaft implementiert sind. Ein bis zwei InterviewpartnerInnen in diesem Bereich reichen aus, um alle Bereiche abzudecken. Da Genossenschaften stärker mit den LandwirtInnen zusammenarbeiten, schließe ich diese Gruppe aus, was die Auswahl auf Kammern und parteinahe Organisationen einschränkt. Die österreichische Landwirtschaftskammer ist allerdings am besten geeignet, weil die Interessen die gesamte Bauernschaft abdeckt, anstatt nur einen Teil. Auf der anderen Seite gibt es Organisationen wie die Via Campesina, den Bauernbund oder politische Parteien welche geeignet wären. Bei Parteien ist es wichtig, dass der Kontakt zur Bauernschaft und zur EU gegeben ist. Interessant wäre eine oppositionelle Sichtweise mit aufzunehmen, was die Möglichkeiten auf wenige Parteien eingrenzt.

#### 5.2.2.2. Kontaktaufnahme und Terminerstellung

Der Erstkontakt hat mit dem BMLFUW, der AMA, der Landwirtschaftskammer, dem Bauernbund und der Via Campesina stattgefunden. Über die Homepage der jeweiligen Organisation habe ich E-Mails versendet, in denen mein Anliegen festgelegt wurde:

Geschätztes Ministerium,

als Student der Politikwissenschaften an der Universität Wien, schreibe ich gerade meine Masterarbeit über das Thema „Verhältnis zwischen Österreichischer Bauernschaft und Europäischer Union“. In diesem Rahmen würde ich gerne mit relevanten Akteuren im untersuchten Verhältnis in Kontakt treten.

Der genaue Grund für meine Anfrage ist, ob Sie mir die Möglichkeit bieten, ein Interview mit geeignetem Personal des Ministeriums zu führen. Ziel davon wäre es, gewisse Annahmen meiner Arbeit zu klären und weitere Informationen zu sammeln. Die gesuchten Informationen betreffen vor allem Ihre Erfahrungswerte, die Sie als Ministerium, von der österreichischen Bauernschaft sammeln konnten und können, da ich einen starken, direkten Kontakt mit diesem Teil der Gesellschaft von Ihrer Seite her, annehme. Der direkte Kontakt liegt im Fokus meiner Arbeit, da ich mich auf Ihr Urteil verlassen würde.

Diese Nachricht zielt auf einen Erstkontakt zwischen Ihnen und mir, das mir hilft zu verstehen, ob oder wie Sie bereit wären, mir ein solches Interview zu ermöglichen. Ich freue mich und danke Ihnen auf eine mögliche Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
Valentino Sudaro

Antworten sind von Seiten des BMLFUW, der Landwirtschaftskammer und der Via Campesina eingegangen. Die ersten beiden haben großes Interesse an einem Interview gezeigt, wobei nach einigem E-Mail-Verkehr, eine Person vorgeschlagen wurde. Die Via Campesina hat dankend abgesagt und auf ein, im Herbst 2017, erschienenes Buch verwiesen. Die AMA und der Bauernbund haben sich nicht gemeldet. Zu einem späteren Zeitpunkt habe ich das Gesundheitsministerium und den ehemaligen Nationalratsabgeordneten der Grünen Wolfgang Pirkhuber angeschrieben. Herr Pirkhuber hat zugesagt, das Gesundheitsministerium sieht sich allerdings nicht in der Lage die Meinung der Gesellschaft wiederzugeben, was einer Absage gleichgekommen ist.

Das erste Gespräch hat mit Dipl.-Ing. Nikolaus Morawitz von der österreichischen Landwirtschaftskammer am 9. Juni 2017 stattgefunden. Bei Morawitz handelt es sich um den Leiter der Fachabteilung EU und Internationale Beziehungen, Sozialpartnerschaft, Statistik der Kammern. Er war bereits vor dem EU-Beitritt Österreichs und bis 2013 bei der COPA (Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen) für die Landwirtschaftskammer tätig. Seit 2003 ist Morawitz in der EU-Abteilung in Wien.<sup>203</sup> Somit hat er in den Untersuchungsjahren viel Erfahrung über das untersuchte Thema sammeln können.

Das zweite Interview wurde mit Dipl.-Ing. Christa Bauer vom BMLFUW am 26. September 2017 durchgeführt. Bauer ist seit 2013 Leiterin der Abteilung EU-Koordination Landwirtschaft des Ministeriums.<sup>204</sup> 1993 ist sie in Paris in das BMLFUW eingestiegen, wo sie 1998 die Leitung der Koordinierungsbesprechungen der EU in der OECD übernommen hat. 2006 hat sie die Leitung der Abteilung Landwirtschaftsangelegenheiten in der Ständigen Vertretung Österreichs in Brüssel übernommen und ist 2013 zu ihrer momentanen Position nach Wien gekommen.<sup>205</sup> Somit hat auch sie große Erfahrung im Agrarsektor, nicht nur im internationalen Bereich, sondern auch speziell für Österreich und der Kooperation mit der EU. Allerdings hat die Kontaktaufnahme und das endgültige Interview lange gedauert, weil während des E-Mail-Verkehrs mit dem Ministerium mehrmals die KontaktpartnerInnen gewechselt wurden, da ich zu besser spezialisierten Personen geleitet worden bin.

Das dritte Interview habe ich mit Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber von den Grünen am 24. November 2017 abgehalten. Pirkhuber ist zwischen 1999 und 2017 Nationalratsabgeordneter der Grünen gewesen und selbst Landwirt in Oberösterreich. Seine Tätigkeiten haben sich im

---

<sup>203</sup> Vgl. Interview-Nr. 1: Zeile 128-129.

<sup>204</sup> Vgl. Teixeira da Silva 2016: [Online].

<sup>205</sup> Vgl. Ebd.: [Online].

Parlament bis hin zum stellvertretenden Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses erstreckt. Zusätzlich hat er in dieser Funktion regelmäßig an Agrarmeedings auf Einladung von EU-Kommission, Rats-Präsidentenschaft bzw. des EU-Parlaments teilgenommen. Er sitzt der Organisation „Biokontrollservice Österreich“ vor, die den biologischen Anbau von Handels- und Verarbeitungsbetrieben kontrolliert. Somit ist Pirkhuber gut geeignet, um meine Fragen zu beantworten.

#### 5.2.2.3. *Fragenkataloge*

Die Fragenkataloge sind sehr ähnlich zueinander gestaltet und beinhalten eine Dreiteilung der Fragen. Im ersten Block geht es um eine Darstellung der jeweiligen Tätigkeit und eine einleitende Wissenssammlung über die jeweilige Person. Im zweiten Schritt geht es um die Einschätzung, wie das Bezugsfeld der LandwirtInnen zur EU gesehen wird. Im dritten Teil steht die offene Diskussion über die Einschätzung der medialen Öffentlichkeit. Der erste Teil ist unterteilt in einen Bereich, in dem es um die Bauernschaft geht und einen, in dem es um das Verhältnis zwischen der EU und dem/der Interviewten, aber auch Österreich insgesamt geht. Im zweiten Teil geht es um die Erfahrung, Einschätzung und somit Kognition der Situation. Da bis dahin das Wissen über das Ergebnis der Zeitungsanalyse nicht besteht, habe ich um eine Einschätzung der allgemeinen Lage und der Langzeitentwicklung gebeten. Im letzten Schritt – nach der Einschätzung – folgt die Darstellung meiner Ergebnisse der Zeitungsanalyse und eine Interpretation von Seiten der Interviewten, auch was ihre Schätzungen betrifft. Aufgrund der Reaktion auf die Darstellung meiner Ergebnisse und einem bewussten Nachfragen, kann ich zeigen, ob und wie sich eine kognitive Dissonanz entwickelt hat.

#### 5.2.3. *Interviews*

Die Interviews haben in einem Zeitraum von knapp fünf Monaten stattgefunden. Alle drei waren anfänglich etwas schwierig, da die Erklärung, was ich mit meiner Arbeit bezwecke relativ komplex ist. Vor allem die Konzentration auf die Sicht der Öffentlichkeit und der Ausschluss der Bauernschaft selbst sind zwei Themen, welche teils nicht gut verständlich sein können. Allerdings hat sich jedes der Interviews sehr produktiv gestaltet, sodass ich bei allen die veranschlagte Zeit überschritten habe.

### *5.2.3.1. Ort, Zeit und Umstände*

Bei Morawitz hat das Interview in der Schauflergasse 6 im ersten Bezirk in Wien, dem Bürogebäude der Landwirtschaftskammer Österreich, am 21. Juni 2017 um 9:00 Uhr, stattgefunden. Ich bin direkt vom Interviewpartner begrüßt und in seinem Büro an einem Besuchertisch gebracht worden. Kurz danach hat das Gespräch begonnen, nachdem ich mit und ohne Aufnahme die Erlaubnis dazu eingeholt habe. Die Atmosphäre kann anfänglich als etwas zwiespältig eingeschätzt werden, da das Gespräch mein erstes war und für Morawitz auch nicht klar war, worum es gehen würde. Zum Ende hat es sich allerdings deutlich gebessert. Ein zweiter Gesprächspartner wurde dazu geholt und so hat Dr. Josef Siffert, der Referatsleiter der Presse und Kommunikation der Kammer, in den letzten 15 Minuten das Gespräch erweitert. Das Interview hat ungefähr 50 Minuten gedauert und kann am Ende als sehr erfolgreich bezeichnet werden.

Das Interview mit Bauer hat am 26. September 2017 um 15:30 Uhr stattgefunden. Ich bin in ein Nebengebäude des BMLFUW am Stubenring 12 im ersten Bezirk in Wien eingeladen worden. Dort hat mich Frau Lachmayer, die Assistenz der EU-Leitung des BMLFUW empfangen und, nach einem kurzen Telefonat wurde ich Frau Bauer vorgestellt. Diese hat uns in einen Konferenzraum mit einem großen Tisch geführt, wo wir gegenüber Platz genommen haben. Nach einer kurzen Einleitung und der Einholung der Erlaubnis zur Aufnahme, hat das Interview begonnen. Bauer ist sehr wissbegierig gewesen, worum es in meiner Arbeit geht und hat sofort und mehrmals Zwischenfragen gestellt. Diese Fragen hat sie gestellt um zu klären, ob sie in der Lage sei, mir nützliche Antworten zu geben. Die veranschlagten 30 Minuten haben nicht gereicht. Die Aufnahme selbst dauert ungefähr eine Stunde, 30 Minuten. Allerdings ist das Gespräch nach dem Interview noch etwa 30 Minuten weitergegangen. Dieser Dialog ist besser gestartet und ich habe genauer erläutern können, welche Fragen ich habe und welche Ausgangspunkte wichtig sind. Bauer ist sehr freundlich und hat stets betont, was sie mir mit Sicherheit sagen könne und wo sie eine Schätzung abgeben muss, was für die Ausarbeitung besonders hilfreich ist.

Das Gespräch mit Pirkhuber hat am 24. November 2017 um 12:00 Uhr begonnen. Der Interviewpartner ist diesmal zu mir in die Büroräumlichkeiten der Fa. LMH Engineering in der Wipplingerstraße 33 im ersten Bezirk in Wien gekommen, wo wir fast eine Stunde miteinander gesprochen haben. Bevor die Aufnahme begonnen hat, habe ich mir die Erlaubnis eingeholt. Mit der Anforderung, dass die genutzten Quellen vor der Veröffentlichung an Pirkhuber zur Durchsicht übermittelt werden, habe ich die Aufnahme gestartet. Der Interviewpartner kennt sich in der Materie der Landwirtschaft sehr gut aus und hat offen und

klar seine Gedanken mitgeteilt. Die Offenheit hat sehr geholfen das Gespräch innerhalb einer Stunden abzuschließen, sodass alle Fragen ausführlich behandelt werden konnten. Das gegenseitige Verständnis, was den Zweck der Arbeit betrifft – die mediale Berichterstattung und die Interviews bilden bei der Untersuchung die zentralen empirischen Grundlagen und nicht die Landwirtschaft selbst – hat ebenfalls das Gespräch äußerst erfolgreich werden lassen. Die langjährige landwirtschaftliche und politische Expertise war relevanter als die politische Sichtweise auf die untersuchten Punkte, was einer Untersuchung entgegengestanden wäre. Das zeigt sich darin, dass der Gesprächspartner häufig in Brüssel unterwegs gewesen ist und als Geschäftsführer des Biokontrollservice Österreich im Rahmen der Biokontrolle nach objektiven Grundlagen der EU-Verordnung 834/2007 zum biologischen Landbau tätig ist.<sup>206</sup> Das Gespräch kann zusammenfassend auch als sehr erfolgreich gesehen werden.

#### *5.2.3.2. Technik und Anwendung*

Alle Konversationen sind mit meinem digitalen Stereo-Diktiergerät aufgenommen, das jeweils ruhig am Tisch platziert wurde. Die Dateien sind im MP3-Format sehr deutlich hörbar. Für die Wiedergabe habe ich das Programm VLC-Player genutzt und über MS-Word in Text übertragen. Der genannte Player ist in der Lage die Geschwindigkeit der Aufnahme ohne unangenehmer Verzerrung zu verlangsamen, was eine erfolgreiche und schnelle Übersetzung ermöglicht. Alle Transkriptionen sind von mir teils am selben Tag, teils am Tag nach dem Interview erstellt worden. Im nächsten Unterabschnitt dieses Kapitels finden sich die methodischen Grundlagen für die drei Transkriptionen, die ich genutzt habe.

#### *5.2.4. Die Transkriptionen*

Das Ausgangsmaterial ist klar definiert. Die Interviews werden nach bestimmten, theoriegeleiteten Kriterien geführt und geleitet. Dabei geht es um einfache Interviews mit narrativem Charakter und werden mit VertreterInnen der österreichischen Bauernschaftvertretung geführt.<sup>207</sup> Die Nutzung dieser Interviews wird über die jeweilige Transkription ermöglicht. In diesem Kapitel geht es um das methodische Konstrukt, nachdem die Übertragung in Schrift erfolgt ist. Sie folgt den Regeln von Udo Kuckartz, das in Susanne Fuß<sup>208</sup> und Ute Karbachs „Grundlagen der Transkription - Eine praktische Einführung“<sup>208</sup> dargestellt und erweitert wird. Die Begründung hinter dieser Auswahl liegt in der

---

<sup>206</sup> Vgl. Rat der EU 2007: [Online].

<sup>207</sup> Vgl. Mayring 2010: 52-53.

<sup>208</sup> Fuß/Karbach 2014.

Ausgangsposition der Arbeit. Da es um eine qualitative Inhaltsanalyse mit typisierender Struktur geht<sup>209</sup> ist es nützlich, wenn dies vergleichbar mit den Transkriptionsarten ist. Fuß/Karbach haben nach Kuckartz die Grundsätze für eine qualitative Inhaltsanalyse mit zwingend kategorisierendem Ergebnis dargestellt.<sup>210</sup> Bei einem Transkript gibt es 14 Regeln, die Kuckartz genau beschrieben hat:

#### **Transkriptionsregeln nach Kuckartz (2014)**

1. „Es wird wörtlich transkribiert, also nicht lautsprachlich oder zusammenfassend. Vorhandene Dialekte werden nicht mit transkribiert, sondern möglichst genau in Hochdeutsch übersetzt.
2. Sprache und Interpunktion werden leicht geglättet, d.h. an das Schriftdeutsche angenähert. Zum Beispiel wird aus „Er hatte noch so’n Buch genannt“ => „Er hatte noch so ein Buch genannt“. Die Satzform, bestimmte und unbestimmte Artikel etc. werden auch dann beibehalten, wenn sie Fehler enthalten.
3. Deutliche, längere Pausen werden durch in Klammern gesetzte Auslassungspunkte (...) markiert. Entsprechend der Länge der Pause in Sekunden werden ein, zwei oder drei Punkte gesetzt, bei längeren Pausen wird eine Zahl entsprechend der Dauer in Sekunden angegeben.
4. Besonders betonte Begriffe werden durch Unterstreichungen gekennzeichnet.
5. Sehr lautes Sprechen wird durch Schreiben in Großschrift kenntlich gemacht.
6. Zustimmende bzw. bestätigende Lautäußerungen der Interviewer (mhm, aha, etc.) werden nicht mit transkribiert, sofern sie den Redefluss der befragten Person nicht unterbrechen.
7. Einwürfe der jeweils anderen Person werden in Klammern gesetzt.
8. Lautäußerungen der befragten Person, die die Aussage unterstützen oder verdeutlichen (etwa Lachen oder Seufzen), werden in Klammern notiert.
9. Absätze, der interviewenden Person werden durch ein „I:“, die der befragten Person(en) durch ein eindeutiges Kürzel, z.B. „B4:“, gekennzeichnet.
10. Jeder Sprechbeitrag wird als eigener Absatz transkribiert. Sprecherwechsel wird durch zweimaliges Drücken der Enter-Taste, also einer Leerzeile zwischen den Sprechern deutlich gemacht, um so die Lesbarkeit zu erhöhen.
11. Störungen werden unter Angabe der Ursache in Klammern notiert, z.B. (Handy klingelt).
12. Nonverbale Aktivitäten und Äußerungen der befragten wie auch der interviewenden Person werden in Doppelklammern notiert, z.B. ((lacht)), ((stöhnt)) und Ähnliches.
13. Unverständliche Wörter werden durch (unv.) kenntlich gemacht.
14. Alle Angaben, die einen Rückschluss auf eine befragte Person erlauben, werden anonymisiert.<sup>211</sup>

<sup>209</sup> Vgl. Mayring 2010: 98-101.

<sup>210</sup> Vgl. Fuß/Karbach 2014: 27ff.

<sup>211</sup> Ebd.: 28.

Die 14 Punkte sind genau definiert, obwohl nicht alle Regeln aufgezählt werden. In meinen Transkripten halte ich mich daran, allerdings werden sie mit Fuß/Karbach erweitert. Diese haben, neben einer Beschreibung und Definition der verschiedenen Punkte, auch eine Erweiterung dieser, zu einem Auswahlkatalog mit acht Modulen erstellt.<sup>212</sup> Manche sind bei Kuckartz ausreichend beschrieben, andere nicht, weshalb eine Erweiterung der Transkriptionsregeln erforderlich ist. Die Module Sprachglättung, Pause, Sprachklang, nicht-sprachliche Ereignisse und Interaktion sind in den vorigen 14 Punkte ausreichend beschrieben.<sup>213</sup> Bei den Modulen Lautäußerungen, Wortabbrüchen und Verschleifungen, sowie Zeichensetzung und Unsicherheit, Unterbrechung und Auslassung ist eine solche Erweiterung nötig. Wortabbrüche werden eingetragen. Z.B. ist bei der Stelle „[...] die wiederum mit der Kom- mit der Europäischen Union abrechnet [...]“<sup>214</sup> das Wortteil „Kom-“, für Kommission ausgesprochen und somit in die Transkription übernommen worden. Verschleifungen, die ein schnelles Aufeinanderfolgen von Satzteilen mit einem &-Zeichen verbinden sollen, sind hingegen in keiner der Transkriptionen zu finden, da sie einem angenehmen Lesefluss widersprechen und keinen inhaltlichen Vorteil hätten.<sup>215</sup> Bei Lautäußerungen gibt es drei Unterformen. Sinntragende Lautäußerungen, wie „Mhm“ für „Ja“ wird immer ausgeschrieben. Zuhörersignale und Planungsäußerungen, wie „Hmm“ werden teils übertragen. Hier halte ich mich partiell an Kuckartz‘ sechste bis achte Regel.<sup>216</sup> Die 13. Regel erklärt den Vorgang bei Unsicherheiten. Auslassungen finden keine statt, allerdings Unterbrechungen. Diese setze ich in Klammern und führe die Zeitangabe am Ende der Klammer ein, wie z.B. (B verlässt den Raum #01:22:02 – 01:25:34#). Das Modul Zeichensetzung hält sich bspw. bei Pausen an Kuckartz Regeln. Ansonsten existiert nur die normale Interpunktion.<sup>217</sup> Bei Abkürzungen, Zeiten, Zahlen und einzelnen Buchstaben (z.B. beim Buchstabieren) halte ich mich an Fuß/Karbach. Abkürzungen werden nur dann genutzt, wenn sie so ausgesprochen werden. So ist das lateinische „etc.“ mit „et cetera“ ausgeschrieben, wenn es so ausgesprochen wird. Sofern Abkürzungen, wie bei meiner Zeitungsauswahl „TT“ oder „VN“ vom Sprechenden so gesagt werden, sind sie auch so in die Transkription zu übertragen. Zeiten werden in Zahlen geschrieben, wie z.B. 1997, aber

---

<sup>212</sup> Vgl. Ebd.: 37ff.

<sup>213</sup> Vgl. Ebd.: 38ff.

<sup>214</sup> Interview-Nr. 1: Zeile 163-164.

<sup>215</sup> Vgl. Fuß/Karbach 2014: 61.

<sup>216</sup> Vgl. Ebd.: 45.

<sup>217</sup> Vgl. Ebd.: 38ff.

ausgesprochene Zahlen werden ausgeschrieben und einzelne Buchstaben groß übertragen.<sup>218</sup> Die hier dargelegten Regeln führen zu einem sogenannten Grundtranskript oder einfachem wissenschaftlichen Transkript.<sup>219</sup>

Es fehlen noch drei definatorische Punkte. Dabei handelt es sich um das Eintragen der Zeitmarken, der Zeilennummerierung und dem Transkriptionskopf. Die Zeitmarken werden nach dem Muster #hh:mm:ss# am Anfang jedes Absatzes eingetragen, sowie an Zwischenrufen und Einwüfen.<sup>220</sup> Die Zeilennummerierung findet am linken Rand des Word-Dokumentes statt, ist fortlaufend und wird für die Zitierung der Interviews als Platzhalter nötig. Der Transkriptionskopf wird nach einer angepassten Form des erweiterten Transkriptionskopfes am Anfang der jeweiligen Übertragung geschrieben und beinhaltet die Punkte: Projekt, Interview-Nr., Audiodatei, Datum/Uhrzeit der Aufnahme, Ort, Dauer, Datenerhebung, Befragte Person(en), Einwilligung zum Interview, Interviewer, Transkribent und Besonderheiten.<sup>221</sup>

Die Notwendigkeit und Möglichkeit der Anonymisierung ist nicht gegeben, weshalb alle Namen hier genannt werden. Um dies datenschutzrechtlich ermöglichen zu können, habe ich die Erlaubnis sowohl schriftlich, als auch mündlich von den Interviewten eingeholt. Die schriftliche Erlaubnis erfolgt per E-Mail vor dem Interview und kann beim Autor auf Ansuchen kontrolliert werden. Die Mündliche wurde direkt vor Ort eingeholt und ist teilweise in der Aufnahme hörbar und somit im Transkript zu finden. Wenn eine Erlaubnis einer Person fehlt, so habe ich diesen Abschnitt aus der Transkription entfernt oder deren Aussagen nicht übertragen. Wenn Personen besondere Datenschutzanforderungen haben, so wird dies im dazugehörigen Abschnitt der Methodik behandelt.

#### 5.2.5. Zusammenfassung der Methodik: Interviewanalyse

Die Interviews, gehalten mit Personen, welche langfristige Erfahrung im Rahmen der österreichischen Landwirtschaft und der EU haben, sind, genauen Regeln folgend, transkribiert worden. Dadurch haben sie ihre tertiäre Funktionalität erhalten,<sup>222</sup> welche die Weiterverarbeitung zu ordinal skalierten, sozialwissenschaftlichen Inhaltsanalysen mit typisierender Strukturierung zulässt. Die Auswertung der Inhaltsanalyse folgt im nächsten Kapitel 6.2 und beinhaltet die Beantwortung zur zweiten Forschungsfrage und dem zweiten Teil der Annahmen. Die Untersuchung der kognitiven Dissonanz, im Vergleich mit der

---

<sup>218</sup> Vgl. Ebd.: 107ff.

<sup>219</sup> Vgl. Ebd.: 61ff.

<sup>220</sup> Vgl. Ebd.: 78-79.

<sup>221</sup> Vgl. Ebd.: 83.

<sup>222</sup> Vgl. Ebd.: 25-26.

Zeitungsanalyse, sowie ein Ausschnitt der Meinung der Bauernschaftvertretung wird somit, durch die Umsetzung dieser Methodik, im theoretischen Rahmen der Europäisierung ermöglicht.

## **6. Auswertung der Daten**

Das vorliegende Kapitel, beinhaltet die Zeitungs- und Interviewanalyse.

Die Zeitungsanalyse besteht aus vier großen Abschnitten. Zuerst erfolgt eine Gesamtanalyse der vier Untersuchungsjahre. Die Relevanz dieses Abschnitts liegt im Rahmen einer Gesamtübersicht, über das untersuchte Bezugsfeld. Im nächsten Teil geht es um die Betrachtung der jeweiligen Jahre, welche dazu dienen, die spezifischen Themen der Untersuchungsjahre verständlich zu machen und allgemein ein besseres Verständnis über das Bezugsfeld zu erzeugen. Beim dritten Teil handelt es sich um die Untersuchung, ob die Auswahl der acht Zeitungen richtig gestellt war und welche Besonderheiten die jeweiligen Tagesblätter haben. Der letzte Teil behandelt die wichtigste Komponente der Arbeit, da die Forschungsfragen und Annahmen hiermit analysiert werden. Der Vergleich zwischen den vier Untersuchungsjahren zeigt die Entwicklung des medial ersichtlichen Bezugsfeldes zwischen der österreichischen Landwirtschaft und der EU. Das Ergebnis ermöglicht somit die Weiterentwicklung der Thesen, die in der Einleitung festgelegt sind.

Die Interviews sind in der Auswertung dreigeteilt. Beim ersten Teil handelt es sich um die Zusammenfassung jedes Interviews. Dies ermöglicht einen Einblick in die allgemeine Situation der jeweiligen Gespräche. Der zweite Abschnitt beinhaltet die Inhaltsanalyse nach Mayring's Methode der typisierenden Struktur.<sup>223</sup> Ich unterteile und betrachte vereinzelt die Übereinstimmung der Aussagen der Interviews mit den Annahmen und Forschungsfragen der Arbeit. Im letzten Schritt gilt es eine verallgemeinernde Verbindung der Interviewanalysen zu erhalten. Dadurch kann ich allgemeine Aussagen über die Untersuchungspunkte und Akteure treffen, welche mit der Zeitungsanalyse verglichen werden können.

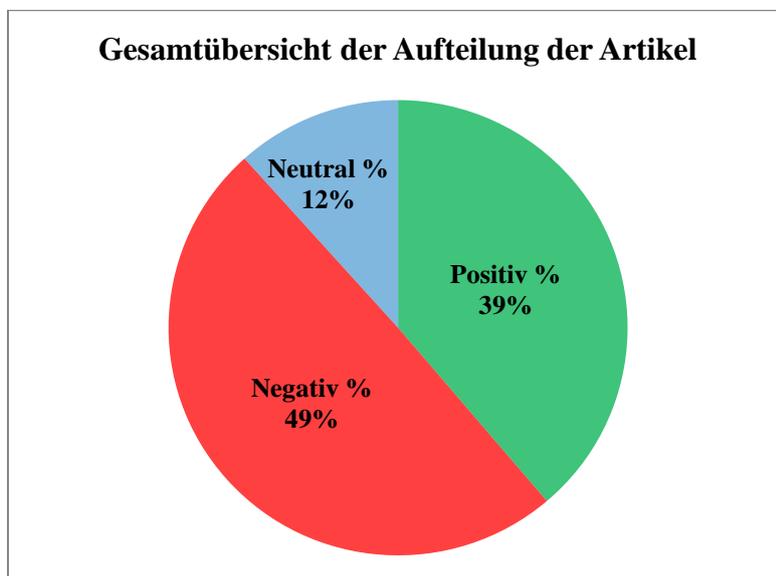
---

<sup>223</sup> Vgl. Mayring 2010: 98-101.

## 6.1. Zeitungsanalyse

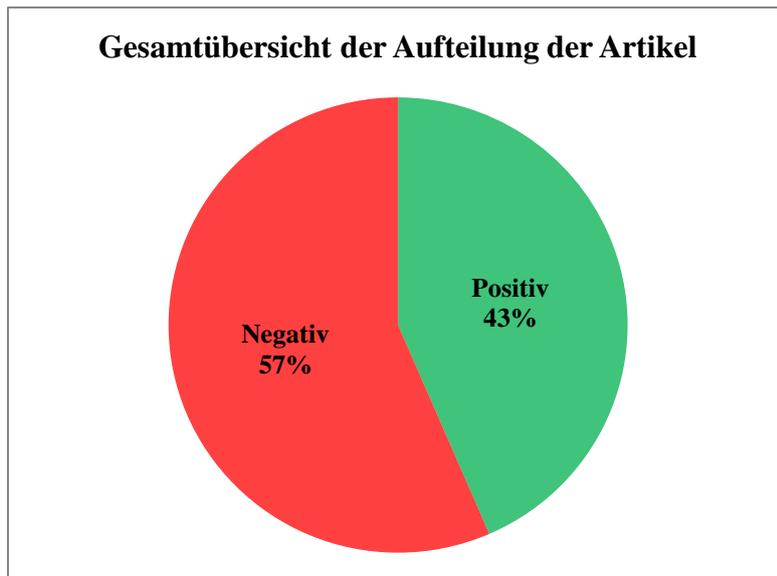
### 6.1.1. Die Gesamtübersicht

Die Gesamtübersicht, eine Zusammenfassung der vier Untersuchungsjahre, zeigt im Prinzip eine negative Berichterstattung über das Bezugsfeld der österreichischen Bauernschaft zur EU. Dabei (Abb. 6.1) werden insgesamt 49% negative (191 Berichte), 39% positive (147 Berichte) und 12% neutrale Artikel (51 Berichte) gefunden, sofern die Zahl durch die Gesamtzahl der 389 nutzbaren Zeitungsartikel ermittelt wird. Allerdings sind die neutralen Artikel für die Arbeit irrelevant und zweitrangig, weshalb die neutrale Berichterstattung, wie unnütze Artikel zwar teilweise genannt, aber nicht untersucht wird.



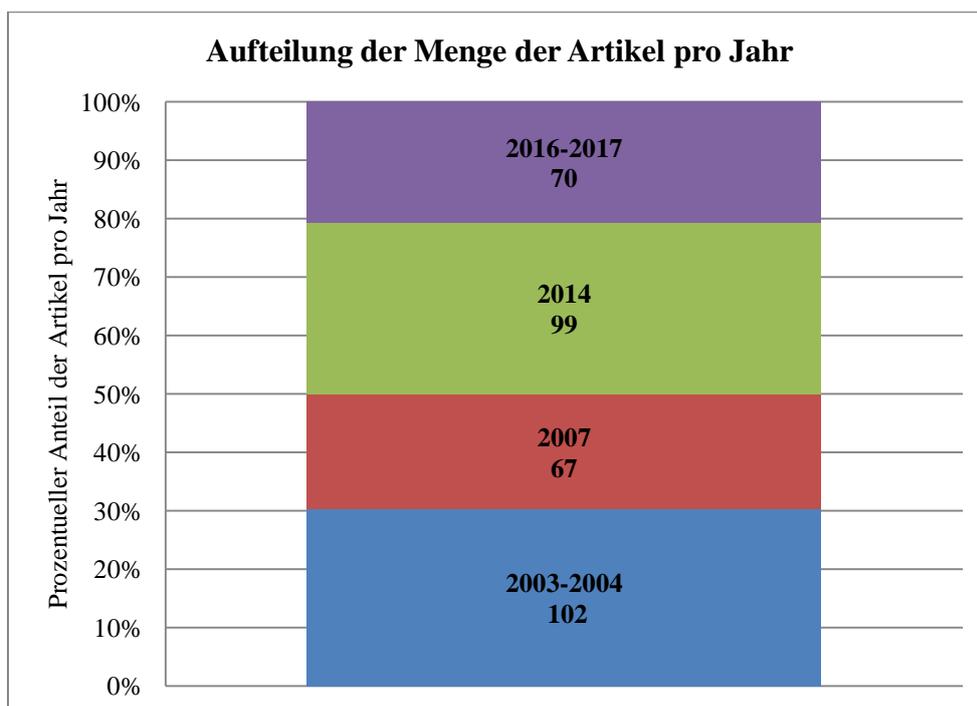
**Abb. 6.1:** Gesamtübersicht der Aufteilung der Zeitungsartikel

Die restlichen 338 Berichte (Abb. 6.2), sind zu 57% negativ und 43% positiv. Der Unterschied liegt somit bei etwa 14%-Punkten. Alle Darstellungen und Berechnungen dieses Kapitels basieren auf eigenen Berechnungen, welche aufgrund meiner Zeitungsanalyse zustande gekommen sind. Sie zeigen eine übersichtsmäßig stärkere negative Berichterstattung seit 2003.



**Abb. 6.2:** Gesamtübersicht der Aufteilung der Zeitungsartikel ohne neutrale

Die Menge der relevanten, nutzbaren Zeitungsartikel, welche in der Analyse verwendet werden, spielt eine Rolle, wenn eine Frage auftaucht, wie wichtig die unterschiedlichen Jahre sind (Abb. 6.3). Im Untersuchungsjahr 2003 sind insgesamt 102 Artikel (und 25 zusätzliche Neutrale) zu finden, welche 30,18% der nutzbaren Gesamtzahl ausmachen, ohne wiederum Neutrale zu rechnen. Darauf folgt das Jahr 2014 mit 99 (und 17 Neutralen), folglich 29,29%. 2017 hat 70 (und 4 Neutrale), also 20,71% und 2007 verfügt über 67 (und 5 Neutrale) Zeitungsartikel, daher 19,82%.



**Abb. 6.3:** Aufteilung der Menge der Zeitungsartikel pro Jahr ohne neutrale

Die Erklärung für die unterschiedliche Dichte an Artikeln, liegt auf der Hand. Es gibt Jahre, in denen mehr relevante Berichte entstehen, da in diesen entweder Reformen oder Policies und die Reaktionen darauf thematisiert werden. Die Handhabung der verschiedenen Anzahl löse ich durch die prozentuelle Angabe, welche sich immer auf die Gesamtzahl des jeweiligen Jahres konzentriert.

Das Ergebnis der gesamten Zusammenfassung der Zeitungsanalyse ist eindeutig negativ konnotiert und spiegelt die getroffene Annahme über die mediale Öffentlichkeit wider. Allerdings betrifft dieses Resultat nicht den Rahmen der Europäisierung und den zweiten Teil der ersten Annahme, welcher einen Wandel erwartet. Im Rest des Unterkapitels werden deshalb die einzelnen Untersuchungsjahre, die verschiedenen Zeitungen und – das zentrale Thema des Wandels der Policies im Rahmen der Europäisierung – die Entwicklung der Berichterstattung des gesamten Zeitraumes 2003-2017 dargestellt, was zu einer Antwort der gesamten ersten Forschungsfrage und Annahme führen kann.

### *6.1.2. Die vier Untersuchungsjahre*

#### *6.1.2.1. Das Jahr 2003*

Das Jahr in dem von der Anzahl her am meisten berichtet wird, ist vor allem wegen der 2003 beschlossenen GAP-Reform gewählt worden. Die Gründe der Reform sind vielseitig und bedeuten einen tiefgreifenden Einschnitt in die GAP und EU-Landwirtschaft.<sup>224</sup>

Zwischen dem 23.06.2003 und 23.06.2004 finde ich 287 Zeitungsartikel über die APA-Plattform. Davon sind 135 unnütz (davon vier doppelt), 26 neutral (davon eines doppelt) und weitere 24 positiv oder negativ, die mehrmals vorhanden sind. Es bleiben demnach 102 (35,54% von der Gesamtzahl) nützliche Artikel übrig, wovon 62 (60,78%) negativ und 40 (39,22%) positiv konnotiert sind. Das erste Untersuchungsjahr hat somit ein Drittel mehr negative, als positive Berichte, der Unterschied liegt, auf die Gesamtzahl berechnet, bei 20%. Die negative Haltung ist auf verschiedene Dinge zurückzuführen. Die zentralen Themen, die in diesem Untersuchungsjahr besprochen werden, rangieren zwischen der EU-Agrarreform (GAP-Reform) und der Osterweiterung. Die GAP-Reform spielt vor allem am Anfang des Untersuchungszeitraumes eine vorherrschende, aber positive Rolle.

„Herzstück der Agrarreform ist die Entkoppelung von Förderung und Produktion. [...]

Landwirtschaftsminister Josef Pröll bezeichnet die Einigung als "gangbaren Weg". [...]

---

<sup>224</sup> Vgl. Massot 2017: 2-3 [Online].

"Eigentlich sehr zufrieden" ist der Tiroler Bauernbundobmann Toni Steixner mit der Reform. "Unsere Hauptanliegen wie die verlängerte Milchkontingentierung bis 2014 und den Verzicht auf die Entkopplung der Mutterkuhförderung haben wir durchgebracht", freut sich Steixner. Er rechnet auch weiterhin mit einem stabilen Milchpreis für die Tiroler Bauern.<sup>225</sup>

Am Ende des Untersuchungsjahres ist die Meinung gekippt, sodass von den insgesamt 21 relevanten Artikeln nur acht positive, aber dafür 13 negative Berichte gezählt werden. Grund dafür ist der Unmut der steirischen KürbisbäuerInnen über mögliche Subventionsausfälle.<sup>226</sup> Ebenfalls negativ fällt die Sicht auf die Brüsseler Bürokratie aus, worin nur einer von 13 Artikeln positiv ist. Häufig geht es um Flächennachmessungen und Sanktionen.<sup>227</sup> Weitere negative Artikel betreffen die anstehende EU-Osterweiterung,<sup>228</sup> die aufkeimende Gentechnik in der EU-Landwirtschaft<sup>229</sup> und EU-Budget-Verhandlungen, in denen es scheint, als würde die Landwirtschaft weniger Subventionen erhalten.<sup>230</sup> Weniger Themengebiete waren positiv konnotiert. Die Förderungen und Subventionen gehören unter anderem dazu. Von 20 relevanten Artikeln können 13 als positiv erachtet werden und nur sieben als negativ. Hingegen sind bestimmte Sonderregelungen, wie der Erhalt des Namens Marmelade<sup>231</sup> und die Arbeit vom EU-Agrarkommissar Franz Fischler, sehr positiv dargestellt.<sup>232</sup>

Für die Landwirtschaft in Österreich ist 2003-2004 sehr viel geschehen. Die Untersuchung zeigt, dass keines der Themen nur positive oder negative Texte vorweisen kann. Verschiedene Medien schreiben zu unterschiedlichen Themen, ungleich positiv oder negativ. Einige Themengebiete werden bleiben und andere, wie die große GAP-Reform von 2003, verschwinden in den weiteren Untersuchungsjahren fast von der Bildfläche der österreichischen Tageszeitungen.

#### *6.1.2.2. Das Jahr 2007*

Das Untersuchungsjahr 2007 habe ich vor allem gewählt, weil dort der neue, siebenjährige Haushaltsrahmen der EU umgesetzt wurde.<sup>233</sup> Auch die zweite Osterweiterung mit den Ländern Rumänien und Bulgarien fand statt. Der letzte und auch sehr relevante Punkt ist die Umsetzung, der 2003 beschlossenen GAP-Reform der Entkoppelung von Produktionsmenge

---

<sup>225</sup> Tiroler Tageszeitung 27/06/2003: 5.

<sup>226</sup> Vgl. Peternel 17/06/2004: 22.

<sup>227</sup> Vgl. Link 23/07/2003: 19.

<sup>228</sup> Vgl. Salzburger Nachrichten 28/05/2004: 16.

<sup>229</sup> Vgl. Salzburger Nachrichten 18/10/2003.

<sup>230</sup> Vgl. Salzburger Nachrichten 10/02/2004: 15.

<sup>231</sup> Vgl. Kronen Zeitung 06/03/2004: 12.

<sup>232</sup> Vgl. Winkler 07/03/2004: 4.

<sup>233</sup> Vgl. BMF 2017: 16 [Online].

und stattdessen die Koppelung an die Größe des Betriebes (wobei die Milchquote davon bis 2015 ausgeschlossen bleibt).<sup>234</sup>

Trotz der großen Themenauswahl habe ich in diesem Jahr mit 67 Artikel am wenigsten Berichte nutzen können. Allerdings liegt die Gesamtzahl der Funde mit 167 deutlich höher. Somit sind exakt 100 nicht verwendbar, die sich aus 90 unnützen (davon sieben doppelt), fünf neutralen und fünf positiven oder negativen, aber doppelten Berichten zusammensetzt. Die 67 (40,12% von der Gesamtzahl) sind aufgeteilt in 27 (40,3%) positive und 40 (59,7%) negative Artikel. Auch hier ist eine negative Deutung des Bezuges sichtbar, allerdings sind die Nachrichten etwas positiver geworden. Wenn 2003 noch 60,78% negativ sind, sind es 2007 nur mehr 59,7%. Der Anstieg von positiven Zeitungsartikel zwischen den beiden Untersuchungsjahren beträgt somit etwa 1,08% und ist gering, aber vorhanden.

Die Gründe, die aus dem Untersuchungsjahr 2007 ersichtlich werden, sind nahe der Begründung, warum dieses Jahr zuvorderst genutzt werden sollte. Ein gutes Beispiel ist die mehrfache Nennung des erneuerten LEADER-Programms in der Periode 2007-2013. Mit dieser Periode ist das LEADER-Programm zu einem eigenen, relevanten Förderungstopf geworden. „Mit 83,44 Millionen Euro stehen für die kommenden sieben Jahre viermal mehr Fördermittel zur Verfügung als bislang.“<sup>235</sup> Diese Fördermittel werden im Rahmen der zweiten Säule der GAP über den ELER-Fonds getragen und im neuen Finanzrahmen beschlossen und verankert. Es bleibt noch zu betonen, dass zwar die Nennung von Förderungen häufiger negativ abgebildet ist – von 29 relevanten Artikel sind 16 negativ – allerdings wird, wie eben gezeigt, sehr häufig das LEADER-Programm positiv dargestellt. Die negative Berichterstattung hat andere Gründe, wie z.B. Betrugsfälle bei Förderungen.<sup>236</sup> Es gibt auch andere negative Zeitungsartikel für LandwirtInnen in Österreich, wie z.B. die grassierende Überbürokratisierung, die sechs von sieben Male kritisiert wird.<sup>237</sup> Oder die Problematik des Galileo-Projekts, das im neuen Finanzrahmen wenig Platz gefunden hat und obwohl 2013 geplant wurde das Projekt mit frischem Steuergeld zu retten, konnte aufgrund des neuen Finanzrahmens nicht sofort damit angefangen werden.<sup>238</sup> Das Galileo-Projekt ist für die Zeitungsanalyse aus zwei Gründen relevant und nutzbar. Erstens wäre die neue Technologie ausgezeichnet geeignet, um die Landwirtschaft produktiver zu gestalten, zweitens geht es um die Idee, dass das fehlende Geld für das Projekt aus dem Agrartopf

---

<sup>234</sup> Vgl. Massot 2017: 2ff. [Online].

<sup>235</sup> Oberösterreichische Nachrichten 10/11/2007: 26.

<sup>236</sup> Vgl. Salzburger Nachrichten 17/11/2007: 78.

<sup>237</sup> Vgl. Tragler 10/04/2007: 30.

<sup>238</sup> Vgl. Winkler 03/11/2007: 2-3.

genommen werden sollte.<sup>239</sup> Der erste Grund ist deshalb negativ konnotiert, weil das Projekt nicht weitergeführt wurde. Der zweite Grund ist negativ, weil dadurch die Förderungen und Direktzahlungen im betroffenen Finanzrahmen geringer ausgefallen wären. Weitere negative Punkte sind der „Grüne Pakt“ in Tirol, die Natura 2000-Projekte und der anstehende „Health-Check“,<sup>240</sup> sowie das Anhalten des Bauernsterbens.<sup>241</sup> Die Osterweiterung spielt 2007 auch eine gewisse Rolle in den Zeitungsartikeln. Sie ist, aufgrund der Möglichkeiten für Österreichs Landwirtschaft in Rumänien und Bulgarien Fuß zu fassen, eher positiv konnotiert.<sup>242</sup>

Insgesamt bietet 2007 immer noch eine negative Darstellung der Öffentlichkeit auf den Policy-Wandel, der von der EU ausgeht. Allerdings fixiert sich die Qualität nicht mehr auf eine negative Berichterstattung. Vor allem wenn es um die Finanzierung und Subventionierung von BäuerInnen in Österreich geht, ist oft eine positive Präsentation des Bezugfeldes zu sehen, aber nur, wenn mehr Fördergelder fließen als zuvor oder angenommen. 2007 ist ein ruhigeres Jahr als 2003, aber es zeigt besser, wie stark die Form, Höhe und Entwicklung der Finanzierung der einzelnen LandwirtInnen mit der Reaktion der medialen Öffentlichkeit zusammenhängt.

#### *6.1.2.3. Das Jahr 2014*

Für die Auswahl des Untersuchungsjahres 2014 gibt es eine Begründung. Es betrifft den Beginn des neuen, mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Das Jahr ist außerdem durch die Sanktionen gegen Russland, den ungarischen Alleingang bei der Enteignung von Grundpächtern in Ungarn selbst (wird fast immer als unnütz gekennzeichnet), sowie um mehrere Diskurse von Seiten der BäuerInnen gegen die Ausweisung von Natura 2000-Schutzgebieten geprägt.

Obwohl die Themenauswahl hier sehr fokussiert ist, konnte ich am zweitmeisten Artikel nutzen. Insgesamt sind es 249 Berichte. Davon sind 126 (davon neun doppelt) unnütz, 18 (davon einer doppelt) neutral und jeweils vier positiv und zwei negativ, die zwei Mal vorhanden sind. Dies ergibt 99 (39,76% von der Gesamtzahl) nutzbare Artikel, von denen 45 (45,45%) positiv und 54 (54,55%) negativ sind. Das Ergebnis ist somit, sechs Jahre nach der vorigen Untersuchung, erneut positiver ausgefallen. Es gibt also einen Anstieg von etwa

---

<sup>239</sup> Vgl. Ebd.: 2-3.

<sup>240</sup> Vgl. Tiroler Tageszeitung 04.05.2007: 4. [Vgl. Kogler 08/03/2007: 33.], [Vgl. Kübeck 21/11/2007: 34.].

<sup>241</sup> Vgl. Salzburger Nachrichten 03/07/2007: L8.

<sup>242</sup> Vgl. Paschinger 09/10/2007: 23.

5,15% positiven Zeitungsartikeln wie zum Voruntersuchungsjahr und im Vergleich zu 2003 sind es 6,23%.

Der Grund für die Nutzung des Jahres 2014, also der neue Finanzrahmen der EU, wurde mehrmals als Thema in diesem Untersuchungsjahr aufgenommen. Insgesamt 21 Mal wird über den neuen Rahmen bzw. die neue Förderungsperiode berichtet. Die Relation liegt bei zwölf positiven und neun negativen Artikeln. Zwar ist somit die Reaktion auf den Finanzrahmen eher positiv, aber nicht nur. Die Begründung bei den positiven Berichten ist zuvorderst auf die großzügigen Förderungen, im LEADER-Projekt zu finden, die stark in ländliche Gebiete geflossen sind und fließen werden. Dies wird sowohl bei BäuerInnen, als auch in der Gesellschaft und Politik gut aufgenommen.<sup>243</sup> Der negative Ast ist hingegen vielfältiger. Neben Problemen mit der Umwelt und Blumenwiesen, gibt es noch ein zentrales Argument, welches die Situation betrifft. Nicht alle landwirtschaftlichen Betriebe haben von der neuen Förderungsperiode profitiert, sondern haben Einbußen bei der Subventionierung hinnehmen müssen.<sup>244</sup> Der Konflikt der EU mit Russland, welcher zu Wirtschaftssanktionen von Seiten der EU geführt hat, ist im Jahr 2014 am zweithäufigsten vertreten. Es ist überraschend, dass von 16 Nennungen sechs positiv sind. Die Erwartungshaltung war, dass der Konflikt sehr negativ für die EU ausfällt. Allerdings wird die Begründung verständlich, da neben den Exportausfällen für die österreichische Landwirtschaft, die EU betroffene BäuerInnen finanziell unterstützt hat, durch Kauf von Obst und Gemüse<sup>245</sup> oder durch prinzipielle Preisstützungen.<sup>246</sup> Auch die Überbürokratisierung im landwirtschaftlichen Rahmen,<sup>247</sup> die Kritik an TTIP-Verhandlungen<sup>248</sup> und die Kritik an neuen Natura 2000-Regelungen<sup>249</sup> sind stark negativ in der Öffentlichkeit dargestellt. Der letzte Punkt betrifft die 20-jährige EU-Mitgliedschaft Österreichs.<sup>250</sup> Von sechs betreffenden Artikeln waren vier positiv und nur zwei negativ geschrieben. Die Begründung liegt für die Landwirtschaft im positiven Ausgang und der starken Förderung der Landwirtschaft in der EU.

Neben den starken negativen Darstellungen von Russland über die TTIP-Verhandlungen, bis hin zur Überbürokratisierung gibt es zwei positive Punkte, die für die Landwirtschaft von tragender Relevanz sind. Die Tatsache, dass 20 Jahre nach dem Beitritt der EU die Berichterstattung bei so langfristigen Themen wie der Mitgliedschaft positiv gestaltet ist,

---

<sup>243</sup> Vgl. Pack 13/12/2014: 17.

<sup>244</sup> Vgl. Oberösterreichische Nachrichten 03/10/2014: SPE4.

<sup>245</sup> Vgl. Kleine Zeitung 15/08/2014: 32.

<sup>246</sup> Vgl. Tiroler Tageszeitung 13/12/2014: 21.

<sup>247</sup> Vgl. Leutner 22/09/2014: 22.

<sup>248</sup> Vgl. Klosterer 08/08/2014: 32.

<sup>249</sup> Vgl. Tiroler Tageszeitung 30/01/2014: 4.

<sup>250</sup> Vgl. Salzburger Nachrichten 16/04/2014: 17.

zeigt eine positive Entwicklung, die nur durch kurzfristige Themen, wie dem Russland-Konflikt, zeitweilig unterbrochen wird. Dieses Fazit für 2014 betrifft allerdings nur die Landwirtschaft.

#### *6.1.2.4. Das Jahr 2017*

Das letzte Untersuchungsjahr hat vor allem Aktualitätsgründe. Der Zeitraum, gewählt zwischen 30.04.2016 und 30.04.2017, ist aus Zeitgründen die beste Untersuchungsmöglichkeit für die Analyse. Gleichzeitig gibt es in Österreich und international in diesem Zeitraum einige Geschehnisse, die die österreichische Landwirtschaft beeinflusst haben. Zwei große Themengebiete sind dabei der Brexit und die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA. Allerdings hat nicht alles in der österreichischen Landwirtschaft oder der EU Relevanz. Trumps Wahl kann in Zukunft einiges ändern, aber für die Momentaufnahmen ist seine Wahl irrelevant. Dafür sind die CETA- und TTIP-Verhandlungen für Österreichs Landwirtschaft und Öffentlichkeit wichtig. Es bleibt weiterhin die Situation der Förderungen bedeutsam, jedoch gibt es kein einheitliches und inhaltliches Thema, warum ich diesen Zeitraum gewählt habe. Die Relevanz liegt somit anfänglich bloß auf zwei Dingen, die Aktualität und die Kontrollfunktion des Untersuchungsjahres.

Die Ergebnisse für das letzte Jahr, welches am zweitwenigsten Artikel geliefert hat, zeigen eine klare Entwicklung. Nur eineinhalb Jahre nach dem vorigen Untersuchungsjahr gibt es 182 Zeitungsartikel. Es werden 100 unnütze, vier neutrale und jeweils vier positive und negative, doppelte Berichte gezählt. Es bleiben 70 (38,46% von der Gesamtzahl) nutzbare Artikel übrig, wovon 35 (50%) positiv und 35 (50%) negativ sind, was eine Nivellierung der Qualität bedeutet. Der Anstieg von positiven Berichten im Vergleich zum vorigen Untersuchungsjahr 2014 liegt bei etwa 4,55%. Insgesamt ist der Bezug der österreichischen Landwirtschaft zur EU in den heimischen Medien zwischen dem ersten und letzten Jahr sogar um 9,7% verbessert dargestellt. Der Anstieg wird im letzten Abschnitt des Kapitels näher untersucht.

Die Darstellung der öffentlichen Meinung und Reaktion auf Policy-Wandel in positiv und negativ ist für die Zeitungsanalyse, für das letzte Untersuchungsjahr äußerst diversifiziert. Allerdings gibt es einige Themen die häufiger vorkommen. Die Jahre 2016-2017 sind durch mehrere globale oder mindestens internationale Geschehnisse geprägt, die auch die EU beeinflusst haben. Der Einfluss ist in der österreichischen Landwirtschaft zu spüren. Vor allem was die Verhandlungen um die Freihandelsabkommen CETA und TTIP betrifft gibt es sehr viele Artikel, welche das Thema von vielen Seiten betrachten. Insgesamt sind es 17,

wovon nur drei positiv konnotiert sind. Die zentrale Begründung für die negative Reaktion, ist eine Untergrabung der Hygiene- und Gesundheitsaspekte, sowie ungerechte Konkurrenz aus Kanada und den USA, die in der EU, nach dem Unterzeichnen, zu vielfältigen Problemen führen würden.<sup>251</sup> Die Betrachtung der positiven Berichterstattung zeigt die Reaktion auf das Verhandlungsgeschick der EU. CETA und TTIP sind darin als möglicher Vorteil gekennzeichnet, da sie einen neuen Markt bedeuten. Dies wäre nur dann der Fall, wenn sie richtig verhandelt werden würden, was bei CETA der Fall war.<sup>252</sup> Am zweithäufigsten geht es wieder um Förderungen und fließendes Geld von Seiten der EU. Wie im Untersuchungsjahr 2014, sind die Förderungen positiv dargestellt, wobei im Jahr 2017 eine positivere Reaktion zu finden ist. Von 15 relevanten Artikeln sind nur drei negativ. Der Grund liegt in erster Linie in verschiedenen Förderungswellen, welche teils spezifisch eingeleitet werden mussten. Ein Beispiel dafür ist der Kampf gegen den Feuerbrand.<sup>253</sup> Nur das Greening, also die Forderung von Seiten der EU, „[...] ab 15 Hektar ‚ökologische Vorrangflächen‘“<sup>254</sup> zu kultivieren, welches mit finanziellen Mitteln unterstützt würde, wurde weitgehend kritisch gesehen. Weitere Themen sind die Milch-Politik der EU und die Umweltpolitik, welche zur Hälfte positiv und negativ gezeigt werden. Interessanterweise ist der Brexit für die Landwirtschaft in Österreich eher positiv dargestellt, wobei Großbritannien schlechte Zeiten bevorstünden.<sup>255</sup> Weitere Themen, die bereits in Voruntersuchungsjahren auftauchen, kommen vereinzelt vor. Hierzu zählt die Überbürokratisierung, der Russland-Konflikt und die Natura 2000-Politik, die alle eine mehr oder weniger negative Reaktion darstellen.

Neben den Themen die stark behandelt werden, zeigt dieses Untersuchungsjahr zum ersten Mal eine Nivellierung der positiven und negativen Zeitungsartikel. In der gesamten Untersuchung ist 2017 das einzige Untersuchungsjahr, in dem nicht die negative Berichterstattung die Überhand behält. Die Begründung liegt nicht unwahrscheinlich bei der Situation der Förderungen von Seiten der EU. Dennoch hat sich ein Wandel abgezeichnet, der im Kapitel über die Entwicklung des Bezugfeldes näher betrachtet wird.

### 6.1.3. Der Standpunkt der Zeitungen

Wie in der Methodik festgelegt, gibt es Gründe für die Wahl der acht genutzten Tageszeitungen. Die grobe Zweiteilung in bundesweite und regionale Blätter ist der erste Schritt. Nachher erfolgt die weitere Aufteilung der regionalen Blätter auf die einzelnen

---

<sup>251</sup> Vgl. Dragy 15/05/2016: 38.

<sup>252</sup> Vgl. Böhm 10/09/2016: 8.

<sup>253</sup> Vgl. Vorarlberger Nachrichten 03/09/2016.

<sup>254</sup> Küntzle 11/02/2017: 32.

<sup>255</sup> Vgl. Der Standard 31/01/2017: 16.

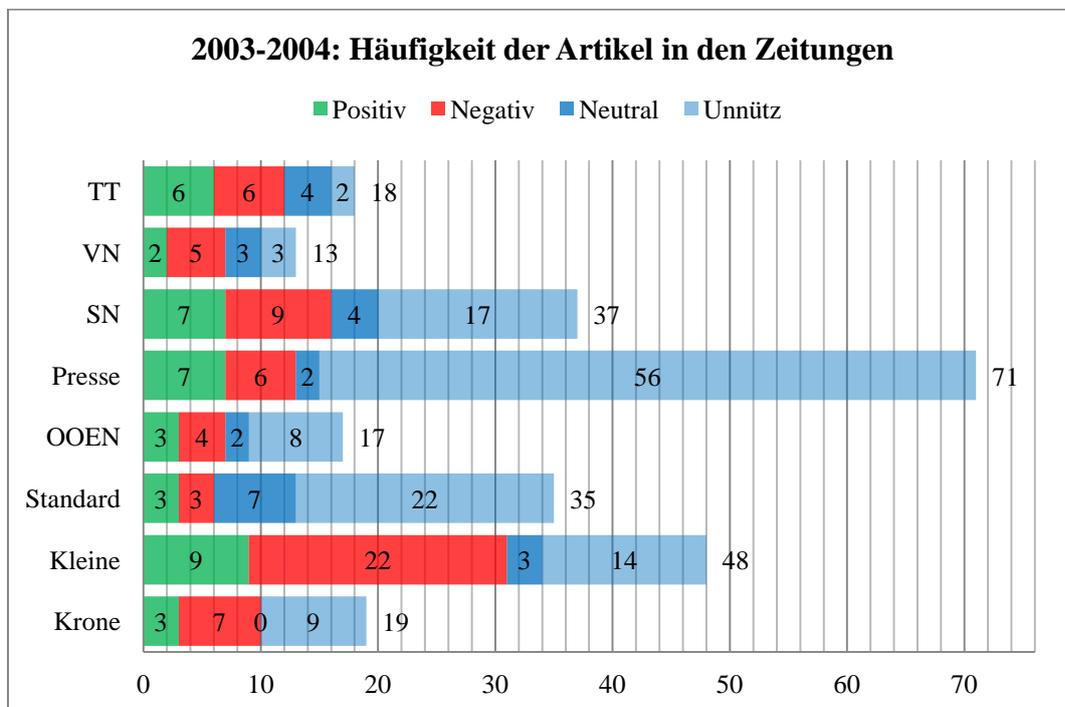
möglichen Bundesländer. Die drei bundesweiten Zeitungen sind grundsätzlich auf der links-rechts-Skalierung einzuteilen. Die Frage für dieses Unterkapitel lautet, ob Unterschiede in der Häufigkeit und Art der Berichterstattung (positiv/negativ/neutral/unnutz), sowohl zwischen den Zeitungen, als auch zwischen den Untersuchungsjahren zu finden sind. Die Begründung für dieses Kapitel ist mehrdeutig. Ich möchte damit zeigen, wie Zeitungen zueinander und zu sich selbst, über die Jahre über die untersuchten Beziehungen berichten. Wenn die Untersuchung keine einseitige Richtung der Zeitungen aufzeigt, so ist bewerkstelligt, dass die Zeitungsauswahl diversifiziert genug ist. Es wird allerdings Tagesblätter geben, die am Ende mehr oder weniger relevante Artikel als Inhalt haben. Die Begründung kann hierbei zweierlei sein. Entweder handelt es sich um bundesweite Blätter, von denen ich mir insgesamt mehr Artikel erwarte oder es handelt sich um Zeitungen die zwar regional sind, aber in jedem Bundesland teils eigens aufgearbeitet werden, wie z.B. die Kleine Zeitung. Ein letzter Grund ist, dass ich beobachten möchte, ob und wie gewisse Zeitungen eher positiv oder negativ berichten und ob es von ihrer politischen Ausgangssituation abhängt.

Die folgenden vier Diagramme zeigen die Häufigkeit und Aufteilung der vier Untersuchungsjahre mit den einzelnen Zeitungen. Am Ende findet sich die Zusammenfassung der vier Jahre, in gestapelter Weise, mit einem Endpunkt von 100%, welcher die jeweilige Aufteilung der einzelnen der acht Zeitungen prozentuell grafisch darstellen soll (obwohl die Anzahl der Berichte in den Säulen zu finden ist). Diese letzte Grafik zeigt eine Übersicht und die Stärke der Zeitungen zu sich selbst und im Vergleich zu den anderen, aber im Allgemeinen.

#### *6.1.3.1. Die Zeitungen im Jahr 2003*

Wie im vorigen Kapitel gezeigt, ist das Jahr 2003 prinzipiell am negativsten von allen Untersuchungsjahren. Die Kleine Zeitung hat sowohl bei diesen negativen, als auch bei der positiven Berichterstattung übermäßig viele Artikel. Von den Nützlichen sind 31 von 48 Stück in diesem Tagesblatt zu finden und nur 17 Unnutze oder Neutrale. Vor allem ist die negative Haltung hier verstärkt sichtbar. Von den 31 nützlichen Artikeln sind bloß neun positiv und insgesamt 22 negativ. Interessant ist, dass bis auf die Presse keine der hier untersuchten Zeitungen, eine großteils positive Berichterstattung hat, obwohl die Tiroler Tageszeitung und der Standard, mit jeweils sechs für die TT und drei für den Standard zugeordnet, auf positiv und negativ, ausgeglichen sind. Die Abb. 6.4 zeigt ebenfalls, dass die TT, die Vorarlberger Nachrichten, die Kleine Zeitung und die Krone mehr nützliche Artikel, als neutrale oder unnütze haben. Es sticht dabei ins Auge, dass vor allem die Presse, mit 56

unnützen Zeitungsartikeln, breiter gefächert berichtet und dieses Jahr insgesamt als Ausreißer gelten könnte. Zusammengefasst gibt es die beiden Ausreißer Presse und Kleine Zeitung, wobei erstere durch die Anzahl der unnützen Berichte heraussticht und die Zweite an der Menge der nützlichen, aber vor allem negativen Artikel. Die höhere Häufigkeit von Reportagen in bundesweiten Blättern kann in diesem Jahr bestätigt werden, wenn alle Artikel betrachtet werden – also auch Unnütze und Neutrale. Dies ist erklärbar durch die breitere Berichterstattung von bundesweiten Blättern. Im Falle vom Untersuchungsjahr 2003 haben der Standard, die Presse und die Kleine Zeitung jeweils sehr viele Artikel veröffentlicht und nur die SN sticht als reines Regionalblatt mit 47 Reportagen an dritter Stelle heraus. Die Kronen Zeitung ist 2003 ebenfalls ein Sonderfall, weil es von der Anzahl der Artikel im mittleren Rahmen rangiert, obwohl es sich dabei um ein bundesweites Blatt handelt.



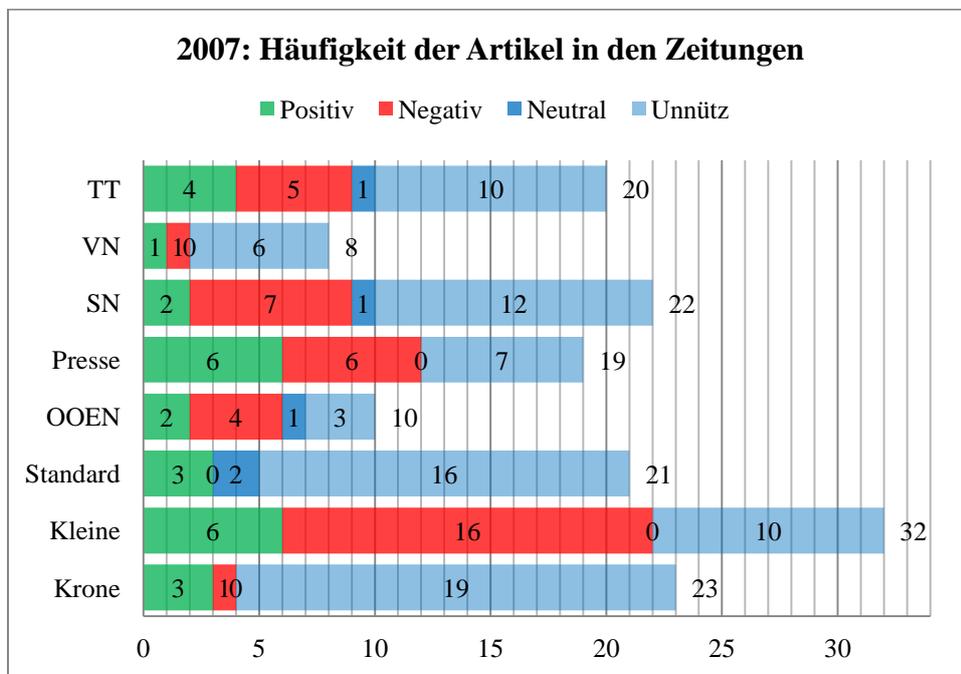
**Abb. 6.4:** Häufigkeit der einzeln zählbaren Zeitungsartikel in den acht Zeitungen 2003-2004

### 6.1.3.2. Die Zeitungen im Jahr 2007

Wie im vorigen Untersuchungsjahr hat die Kleine Zeitung wieder eine vorgezogene Rolle eingenommen und sticht mit 16 negativen von 22 nützlichen Artikeln hervor, dafür liegt sie, was die neutralen und unnützen Berichte betrifft, nur im Mittelfeld. Die Presse, bekannt als konservatives Blatt, so wie auch die Meinung der BäuerInnen in der EU ist,<sup>256</sup> hat, was die

<sup>256</sup> Vgl. Hix 1999: 161.

nützlichen Artikel betrifft, im Vergleich zur SN aufgeholt und den zweiten Rang erreicht. In diesem Jahr gibt es allerdings eine Nivellierung der Qualität der Zeitungsartikel der Presse, mit jeweils sechs Berichten auf der negativen und positiven Seite. Beim Standard und der Krone gibt es eine Umwandlung von einer neutralen/negativen Haltung, zu einer Positiven. Dieser Wandel ist sehr interessant und unterstreicht die Vielseitigkeit der Quellen, was mir erlaubt die Untersuchung weiterzuführen, da keine einseitige Berichterstattung von den Zeitungen anzunehmen ist. Die restlichen Tagesblätter sind zum vorigen Untersuchungsjahr gleich oder ähnlich geblieben. Nur die unnützen und neutralen Berichte sind interessant zu betrachten, da sie nicht mehr speziell bei einer Zeitung zu finden sind, wie dies 2003 bei der Presse der Fall ist. Obwohl die Kronen Zeitung nunmehr mit 19 unnützen Artikeln an erster Stelle steht.

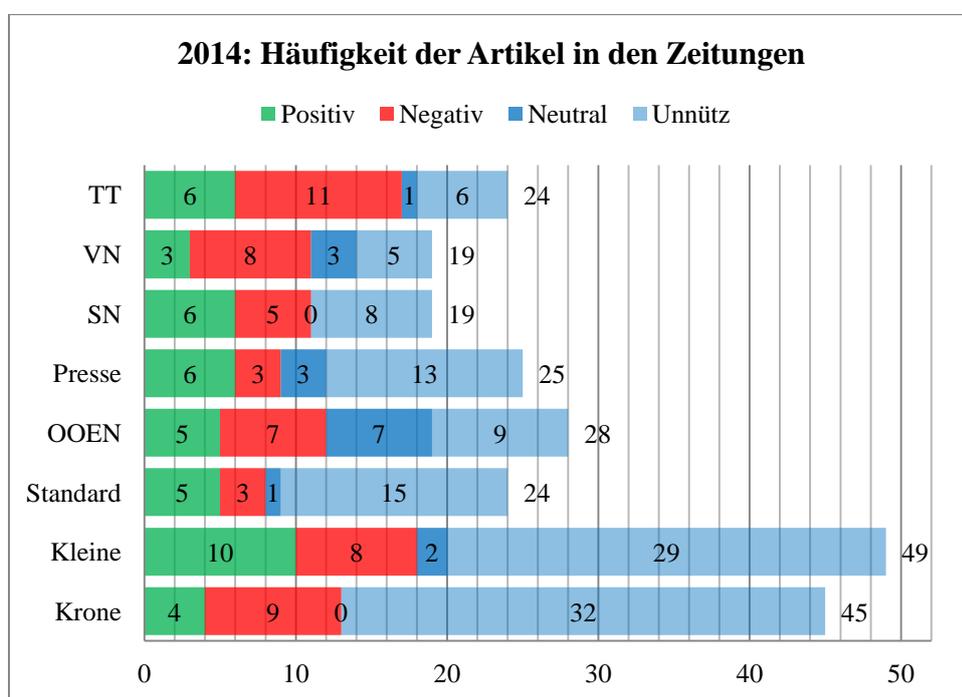


**Abb. 6.5:** Häufigkeit der einzeln zählbaren Zeitungsartikel in den acht Zeitungen 2007

### 6.1.3.3. Die Zeitungen im Jahr 2014

Das Untersuchungsjahr 2014 hat sich anders entwickelt als die anderen beiden Jahre. Auch hier unterstützt dies mein Vorhaben, da ich nicht davon ausgehen muss, dass eine Zeitung sehr einseitig und häufiger oder weniger häufig berichtet. Obwohl die Kleine Zeitung mit 18, immer noch die höchste Anzahl an nützlichen Artikeln aufweist, sind nur mehr acht negative, aber dafür zehn positive Artikel. Die Umkehr im Vergleich zu den vorigen Untersuchungs Jahren ist äußerst scharf. Weiter hat die Presse den zweiten Platz an die TT

abgegeben, welche die Reaktion der Beziehung der LandwirtInnen in Österreich zur EU noch verschlechtert darstellt, wie jeweils in den vorigen Jahren 2003 und 2007, mit elf von 17 nützlichen Artikeln. Die Kronen Zeitung, VN und die OÖN haben sich in den Jahren zuvor zurückgehalten und sind mit 2014 plötzlich zu den höheren Plätzen der Menge der nützlichen Artikel aufgestiegen. Sogleich ist kaum eine bemerkenswerte Änderung der Qualität ihrer Berichte zu finden. Alles in allem gibt es eine größere Tendenz Richtung positiver Berichterstattung in diesem Jahr, vor allem aufgrund der Umkehr der Kleinen Zeitung. Spannend ist auch, dass bei der Krone und der Kleinen Zeitung sehr häufig unnütze Berichte zu finden sind, jeweils 32 und 29.

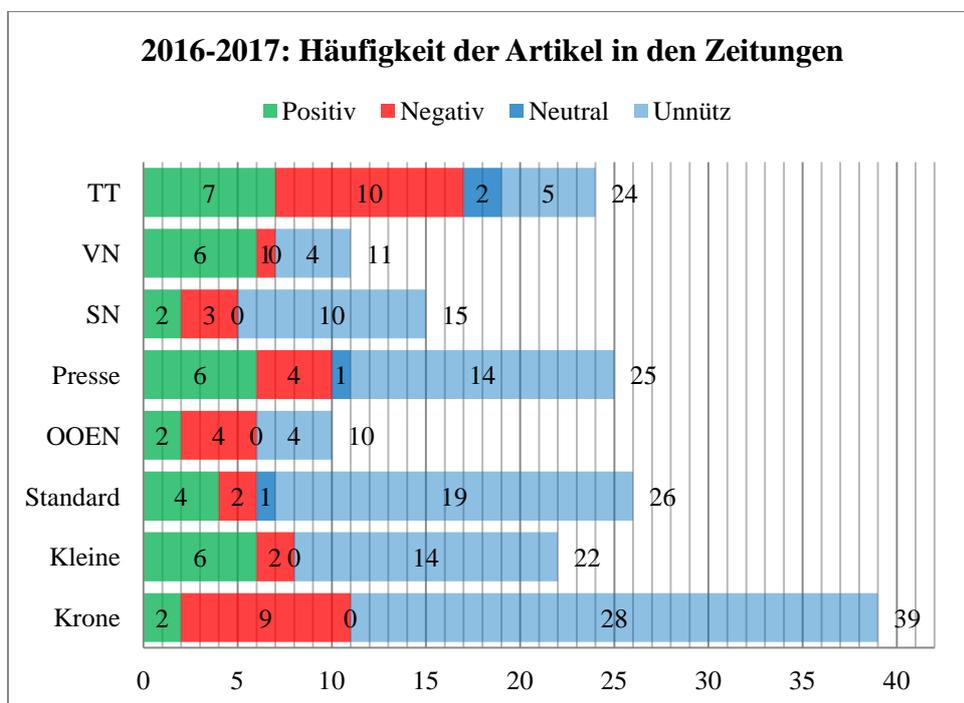


**Abb. 6.6:** Häufigkeit der einzeln zählbaren Zeitungsartikel in den acht Zeitungen 2014

#### 6.1.3.4. Die Zeitungen im Jahr 2017

Würde die Kleine Zeitung in diesem Untersuchungsjahr wieder am meisten Artikel vorweisen, könnte dies ihre Dominanz in der Analyse bedeuten. Obwohl die Zeitung in verschiedenen Bundesländern unterschiedliche Auflagen veröffentlicht, wäre dieses eindeutige Übergewicht problematisch, da die Berichterstattung zu einseitig wäre. Allerdings bestätigt sich die Möglichkeit nicht, denn einerseits hat die Kleine Zeitung 2017, nach der TT, nur mehr am zweitmeisten Artikel und andererseits ist die Ausprägung der Zeitungsartikel in jedem Jahr anders ausgefallen. Wie angesprochen hat die TT am meisten nützliche Artikel

vorzuweisen. Von 17 Nützlichen sind allerdings zehn negativ. Die Kronen Zeitung und die Presse haben ebenfalls viele nützliche Beiträge beizusteuern, wobei die Krone mit neun negativen von elf nutzbaren Artikeln äußerst negativ und die Presse, mit sechs positiven von zehn nutzbaren Berichten, eher positiv berichtet haben. Die Nivellierung erklärt sich, im Bezug zu den Zeitungen, durch eine stärkere positive Berichterstattung der Zeitungen mit weniger relevanten Artikeln. Hierzu zählen 2017 die Kleine Zeitung, der Standard, die Presse und die VN. Außerdem gibt es wieder eine starke Tendenz zu unnützen Berichten, besonders bei der Kronen Zeitung mit 28 unnützen Reportagen, dem Standard mit 19 und der Kleinen Zeitung und der Presse mit jeweils 14.

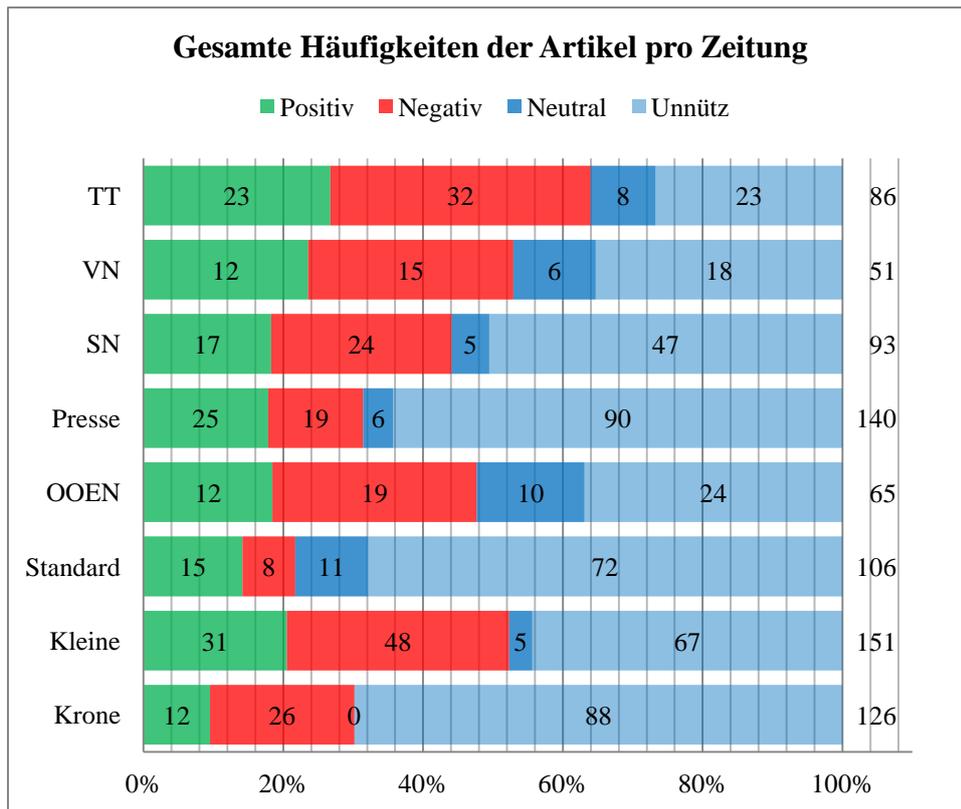


**Abb. 6.7:** Häufigkeit der einzeln zählbaren Zeitungsartikel in den acht Zeitungen 2016-2017

#### 6.1.3.5. Zusammenfassung zu den Zeitungen

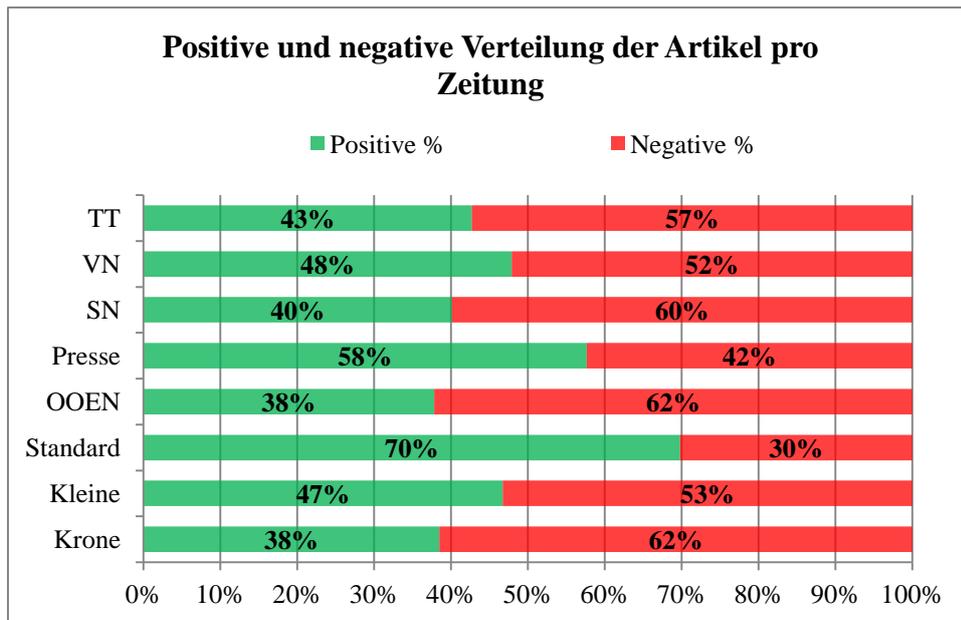
Was für meine Zeitungsanalyse spricht, betreffend der Zeitungen, ist die diversifizierte Sichtweise der einzelnen Zeitungen in den verschiedenen Jahren. Fast jede Zeitung hat einen Wandel in der Berichterstattung zwischen den Jahren unternommen. Eine vorher definierbare Tendenz ist nicht auszumachen. Damit ist die Diversifizierung der Tageszeitungen gut gelungen und die allgemeine Aufteilung der einzelnen Jahre bewährter. Zu betonen bleibt die scheinbare Vormacht der Kleinen Zeitung, welche allgemein gegeben ist, sich aber im letzten Jahr nicht erhärtet. Die Begründung dafür ist relativ einfach damit zu benennen, dass die

Kleine Zeitung nicht nur in einem Bundesland veröffentlicht wird und jede Auflage als eigene Zeitung von der APA gesehen wird, da sich die Artikel zumeist etwas voneinander unterscheiden. Zuletzt bleibt die Betrachtung der einzelnen Tageszeitungen über die vier Jahre, wie in der Abb. 6.8 dargestellt wird. Die Gesamtmenge der Artikel bei den einzelnen Zeitungen sind am Ende jeden Balkens zu finden. Auch hier zeigt die Kleine Zeitung ihre Vormacht, mit 151 Reportagen, obwohl 72 neutral/unnützlich sind (die Erklärung liegt wieder in der vielfältigen Ausarbeitung des Blattes in den verschiedenen Bundesländern). Zudem erhärtet sich meine Annahme, dass bundesweite Zeitungen insgesamt mehr Berichte haben. Der Standard hat mit 106 am wenigsten, die Krone 126 und die Presse mit 140 am meisten Artikel. Jeder Balken ist intrinsisch gegeben und erreicht am Ende hundert Prozent der eigenen Anzahl, somit sind die einzelnen Balken nur auf die jeweilige Zeitung bezogen. Hierbei sieht man eine gewisse Aufteilung von unnützlich/neutralen zu nützlichen Berichten, welche von Zeitung zu Zeitung unterschiedlich sind. Während der Standard, die Kronen Zeitung und die Presse sehr viele, nicht nutzbare Zeitungsartikel vorweisen können, sind auflagenschwächere Blätter, wie die TT, VN, OÖN und SN äußerst stark von der Landwirtschaft geprägt. Wenn die Methodik mit betrachtet wird, also die Kontrolle, ob der Zeitungsartikel die mediale Reaktion auf den Policy-Wandel beschreibt, der von der EU ausgeht und die Landwirtschaft in Österreich beeinflusst, so ist klar, dass regionale Blätter eher über regional relevante Themen schreiben. Sehr häufig betrifft dies z.B. bei der TT, ob Tiroler BäuerInnen Subventionen erhalten oder nicht. Solche Zeitungsartikel sind in den bundesweiten Blättern seltener zu finden.



**Abb. 6.8:** Gesamte Häufigkeiten pro Zeitung und Verteilung

Abschließend fehlt die Übersicht der einzelnen Zeitungen, ob sie insgesamt eher positiv oder negativ über das Bezugsfeld berichten, wenn nur die nutzbare Stichprobe genutzt wird, wie ich es in Abb. 6.9 darstelle. Nur der Standard mit fast 70% positiven Berichten und die Presse mit fast 58% haben insgesamt eine eher positive Stimmung über die untersuchte Beziehung. Das konkurriert mit ihren politischen Grundlagen, da ich davon ausgegangen bin, dass das konservativere Blatt positiver berichten würde als das liberalere. Der Grund dafür ist die politische Nähe der konservativen Partei zu den LandwirtInnen. Andererseits wird die Tendenz durch die wirtschaftsliberale Ausgangsposition der EU erklärbar, welche mit dem Standard gut korrelieren kann. Im vierten Quantil liegen die VN, Kleine Zeitung, TT und SN. Es gibt nur zwei Zeitungen, welche mit positiven Berichten im dritten Quantil liegen und zwar die Kronen Zeitung und die OÖN. Zusätzlich konnte kein einziger Artikel der Kronen Zeitung als neutral erachtet werden. Die regionalen Blätter befinden sich alle in einem, knapp zehn Prozent starken Rahmen zwischen 37,8% positiver Artikel bei der OÖN und 47,9% positiver Artikel bei der VN, jedoch liegen alle unter 50%, was insgesamt eine schlechte Stimmung bedeutet.



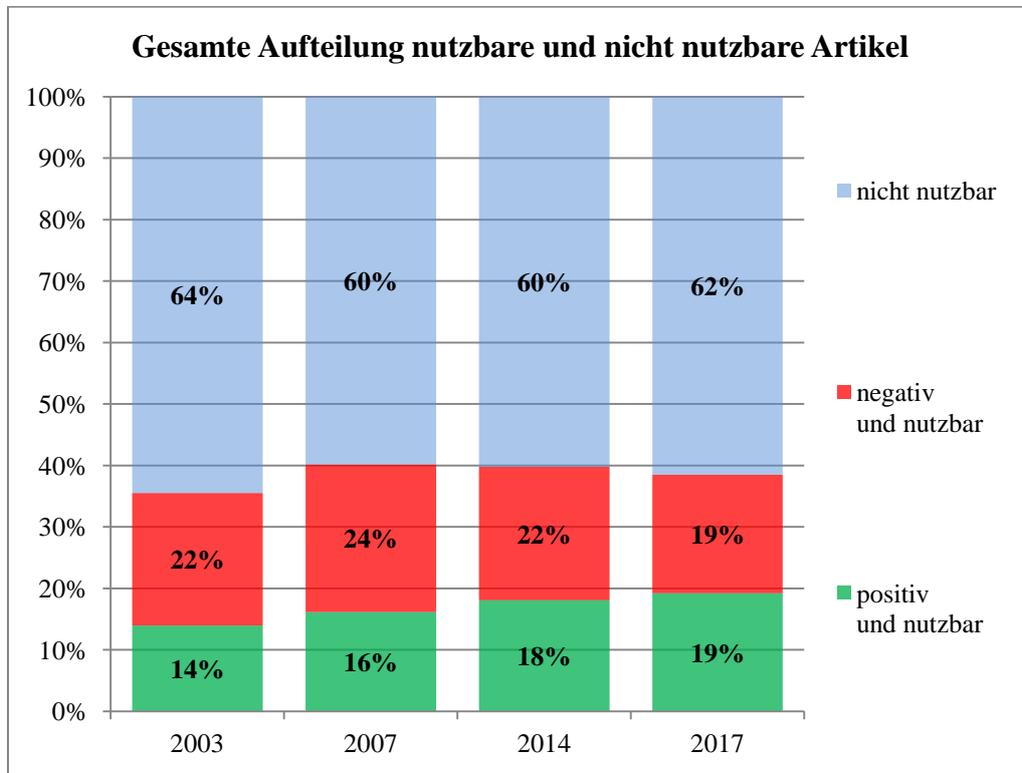
**Abb. 6.9:** Prozentuelle Verteilung der Zeitungsartikel auf die verschiedenen Zeitungen in positiv und negativ

Ob diese Sichtweise immer gegeben war oder insgesamt ein gewisser Prozess stattgefunden hat muss geklärt sein, denn dies betrifft den eigentlichen Untersuchungsrahmen und wird deshalb im nächsten Teil geprüft. Allerdings bleibt die Sicherheit, dass die Reaktionen auf EU-Themen im Rahmen der Landwirtschaft in Österreich insgesamt eher negativ aufgefasst werden. Das jetzige Kapitel kann zusätzlich zeigen, dass keine Zeitung die Überhand hat, was ansonsten eine Art Informationsmonopol, inklusive Manipulation, im untersuchten Rahmen bedeuten würde.

#### 6.1.4. Die Entwicklung des Bezugfeldes

Im vorigen Teil geht es darum, wie die Reaktion der Medien und damit der Öffentlichkeit auf EU-Themen in der österreichischen Landwirtschaft ausgesehen hat, wenn die einzelnen Zeitungen betrachtet werden. Ebenfalls interessant ist die Kontingenzierung der nutzbaren zu den nicht nutzbaren (neutralen und unnützen) Zeitungsartikel. Prozentuell gesehen gibt es keine bedeutenden Entwicklungen. Das erste Untersuchungsjahr 2003 hat mit 35,5% Nutzbaren am wenigsten und 2007 mit 40,1% am meisten. 2014 lag bei 39,8% und 2017 bei 38,5%, wie in der Abb. 6.10 gezeigt wird. Somit liegt die Schwankungsbreite zwischen den Jahren bei unter 5%. Allerdings muss ich stets mehr als die Hälfte der Artikel verwerfen. Diese Situation liegt im methodologischen Ansatz, der sich darauf konzentriert hat, dass nur jene Berichte genutzt werden, die ausschließlich die gesuchten Kriterien miteinschließen. Da allerdings der mögliche Rahmen viel breiter ist, überrascht dieses Vorergebnis nicht und

ermöglicht, wie gezeigt, immer noch 338 nutzbare Zeitungsartikel aufgeteilt auf vier Untersuchungsjahre.



**Abb. 6.10:** Prozentuelle Aufteilung der nutzbaren und nicht nutzbaren Zeitungsartikel zwischen den Jahren

Die Gesamtübersicht ist bereits im ersten Teil dieses Kapitels dargestellt, allerdings fehlt die wichtigste Untersuchung für diese Arbeit noch. Theoretisch, wie empirisch wird von einem Top-down gesteuerten Wandel in der Policy ausgegangen. Die Untersuchung konzentriert sich auf die öffentliche Reaktion solchen Wandels. Auch deswegen werden vor allem Jahre untersucht, die einen Policy-Wandel bedeuten. Nur das Untersuchungsjahr 2017 gehört nicht dazu, obwohl auch dort auf Veränderung eingegangen werden kann. Diese angedeutete Entwicklung kann nur in einem gewissen Zeitrahmen ermittelt werden. Deshalb ist der erste Teil nicht ausreichend, auch wenn er deutlich negativ ausgefallen ist. Die Veränderung stellt die relevante, empirische Komponente und folgt im Rest dieses Kapitels.

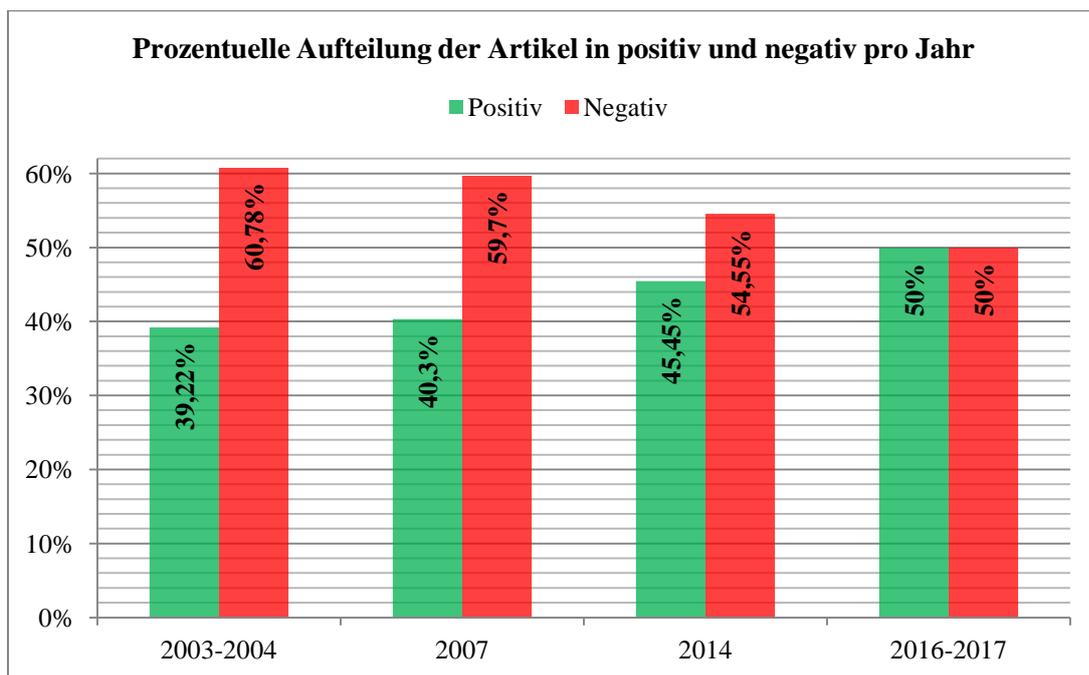
Die Reaktion der Öffentlichkeit kann sich in 14 Jahren mehrfach verändern. Eine langfristige Untersuchung, wie diese Art der Zeitreihenanalyse, kann exakt eine solche Entwicklung feststellen. Deshalb bildet sie den Kernpunkt meiner Analyse und der Frage, wie die mediale Öffentlichkeit den Bezug zwischen österreichischer Landwirtschaft und GAP bzw. der EU gesehen hat. Ebenfalls beantwortet das Resultat die Frage um die erste Annahme. Zusätzlich

ist es ausschlaggebend für den Vergleich mit den Interviews und ergibt den Verbindungspunkt zur dargestellten Theoriekonzeption der Europäisierung.

	2003	2007	2014	2017	Gesamt
<b>Positiv</b>	40 (39,22%)	27 (40,3%)	45 (45,45%)	35 (50%)	<b>147</b>
<b>Negativ</b>	62 (60,78%)	40 (59,7%)	54 (54,55%)	35 (50%)	<b>191</b>
<b>Gesamt</b>	<b>102</b>	<b>67</b>	<b>99</b>	<b>70</b>	<b>338</b>

**Tab. 6.1:** Die hier genannten Zahlen zählen ausschließlich nutzbare Artikel. Die Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamtzahl des jeweiligen Jahres

Wie in Tab. 6.1 gezeigt wird, ist eine gewisse Entwicklung zu sehen. In den vier Untersuchungsjahren gibt es einen stetigen Anstieg von positiven Artikeln zu negativen. Wenn 2003 noch 39,2% positiv sind, steigt es 2007 schon auf 40,3%, sieben Jahre später erreicht es die 45% Marke mit 45,45% und im letzten Untersuchungsjahr 2017 ergibt die Rechnung eine 50/50-Verteilung der Berichte. Grafisch ist die Entwicklung besser erkennbar.

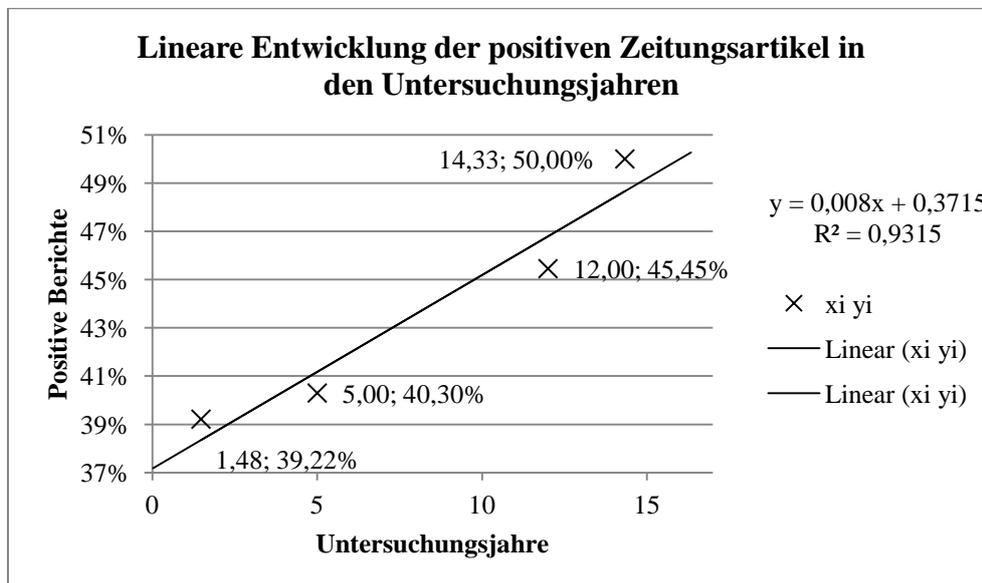


**Abb. 6.11:** Positive und negative Aufteilung in jedem Jahr ohne nicht nutzbare und neutrale Artikel

Es werden in den 14 Jahren zwischen 2003 und 2017 bloß vier Jahre untersucht. Deshalb reicht eine lineare Regressionsanalyse aus, um zu verstehen wie stark der Anstieg der positiven im Vergleich zu den negativen Artikeln ist. Grafisch und methodologisch ist die vorige Grafik und Berechnung für eine lineare Trendlinie nicht nützlich, da sie die

unterschiedliche Entfernung der Jahre außer Acht lässt. In der folgenden Berechnung löse ich das Problem, indem ich die Tage mit einbeziehe an denen die Zeitungsanalyse jeweils losgeht, sowie die Jahre zwischen den tatsächlichen Untersuchungsjahren, um eine lineare Regression, mit dem Bestimmtheitsmaß  $R^2$ , mit  $y = m \times x + b$  zu erreichen. Dabei beschränke ich mich ausschließlich auf die nutzbaren und positiven Artikel.

Beginnend mit der linearen Regressionsanalyse nach  $y = mx + b$  habe ich  $m = \frac{n \times \sum_{i=1}^n xi yi - \sum_{i=1}^n xi \times \sum_{i=1}^n yi}{c}$  mit 0,00803 ermittelt und  $b = \frac{\sum_{i=1}^n xi^2 \times \sum_{i=1}^n yi - \sum_{i=1}^n xi yi \times \sum_{i=1}^n xi}{c}$ , mit 0,3715 beim Startpunkt 0 der Bemessung im Jahre 2002, wenn  $C = n \times \sum_{i=1}^n xi^2 - (\sum_{i=1}^n xi)^2$  hier 429,9 ergibt. Dies bedeutet, bei normalen Zuständen ergäbe eine Prognose für das Jahr 2002 37,15% positive Zeitungsartikel und für das Jahr 2018  $y = 0,00803 \times 16 + 0,3715 = 0,5001$ , also 50,01% zum ersten Mal mehr positive als negative Berichte. Bei dieser Bestimmung befindet sich  $R^2$  bei 0,93. Allerdings sind nur vier Punkte in der Abb. 6.12 eingezeichnet, die die Menge der positiven Berichte pro Jahr kennzeichnen, was die Stichprobe relevant macht. Trotzdem ist der Zuwachs an positiven Artikeln per anno auf durchschnittlich 0,8% gesetzt. Also bei einer Stichprobe von 125 Artikel pa. bedeutet dies, dass pro Jahr ein negativer Bericht zu einem positiven wird.



**Abb. 6.12:** Entwicklung der positiven Zeitungsartikel im Untersuchungszeitraum

### 6.1.5. Zusammenfassung der Zeitungsanalyse

Die gesamte Übersicht über die Zeitungsanalyse zeigt, dass die erste Annahme Bewährung findet. Der erste Teil der ersten Forschungsfrage ist ebenfalls zu beantworten. Die 338 nutzbaren Zeitungsartikel aller Untersuchungsjahre zeigen mit insgesamt 57% eine negative Berichterstattung. Die Reaktion der medialen Öffentlichkeit auf den EU-Policy-Wandel in Österreich hat sich dennoch zwischen den Jahren linear und stetig gebessert. Von einem deutlichen Überhang an negativen Berichten, mit 20% Unterschied zu den positiven, im Untersuchungsjahr 2003, entwickelt sich die Berichterstattung zu einer ausgeglichenen im Jahr 2017. Es ist laut dieser Studie wahrscheinlich, dass ab 2018 mehr positive als negative Artikel über das Feld berichten. Die Wahrscheinlichkeit hängt davon ab, ob keine tiefgreifenden Policy-Änderungen zustande kommen, die die Beziehung stark erschüttern können. Die Möglichkeit besteht z.B. durch den Brexit, allerdings ist dies nicht Thema der Arbeit. In dieser Arbeit konnte in der medialen Öffentlichkeit festgestellt werden, dass die Meinung der definierten Öffentlichkeit zum Bezugsfeld besser wird. Die Gesellschaft geht immer mehr davon aus, dass die Landwirtschaft in Österreich von der EU in vielen Fällen profitiert. Die Ausarbeitung der einzelnen Jahre zeigt unter anderem die verschiedenen Gründe, wovon sie profitiert, zu denen insbesondere die finanzielle Unterstützung zählt, die direkt von der EU über die GAP und AMA an die BäuerInnen geleistet wird, auch wenn sie mit verschiedenen Aufgaben verbunden ist. Die GAP-Reform von 2003, welche anfänglich eher stark kritisiert wird, hat offensichtlich langfristig einen positiven Einfluss auf die Meinung zur EU gehabt. Einzelne Zeitungen haben keinen besonderen Einfluss auf das Ergebnis. Der Vorteil daraus ist, dass meine Auswahl offensichtlich richtig aufgestellt ist, sodass ich davon ausgehen kann, dass von den Tageszeitungen keine charakterverändernden Fehlerquellen ausgehen. Diese Fehlerquellen können sowohl bei der Diversität der Bauernschaft, als auch bei der Methodologie der Arbeit ausgeschlossen werden.

Die Beantwortung des ersten Teils der ersten Forschungsfrage, wie die Medien die Entwicklung des Bezuges zwischen GAP und LandwirtInnen darstellen ist folgende: Prinzipiell ist sie negativ, aber der Prozess führt mittel- und langfristig zu einer positiven Berichterstattung über das Bezugsfeld und auf die Reaktion der Medien auf den Policy-Wandel, was den theoretischen und angenommenen Faktor bewährt. Denn in der Annahme gehe ich davon aus, dass es einen Wandel gibt und zwar ins Positive. Diesen Wandel kann ich anhand der hier vorliegenden Analyse eindeutig zeigen. Es bleibt aber wichtig, dass die vorgenommene Zeitungsanalyse noch nicht die kognitive Dissonanz der Bauernschaftvertretung zeigen kann, aber mit den Interviews kann ich den dazu nötigen

Ausgangspunkt für diesen Kognitionsvergleich ermöglichen – der dann mit der Betrachtung der Zeitungen verglichen wird.

## **6.2. Inhaltsanalyse der Interviews**

### *6.2.1. Zusammenfassung der Interviews*

#### *6.2.1.1. Interview 1*

Das Interview hat vormittags im Büro von Herrn Morawitz stattgefunden. Überblicksmäßig ist es mir anfänglich nicht sehr gut gelungen die Forschungsfragen und Annahmen gut und verständlich zu erklären. Vor allem der Punkt, dass nicht das direkte Verhältnis der BäuerInnen zur EU untersucht wird, habe ich nicht eindeutig erläutern können. Nach der kurzen Vorstellung und den einleitenden Worten hat meine Befragung begonnen, indem ich die Funktion von Morawitz und der Landwirtschaftskammer Österreich erfragt und das direkte Verhältnis zur Landwirtschaft eruiert habe. Ein direkter Kontakt mit der bundesweiten Dachorganisation der Kammern zu der Bauernschaft ist kaum gegeben und liegt eher auf der persönlichen Ebene. Allerdings ist auf Länderebene der Kontakt über Funktionäre sehr stark.<sup>257</sup> Hier ist das Missverständnis aufgekommen, da von einer quantitativen Untersuchung über das Verhältnis der Bauernschaft zur EU ausgegangen wurde. Deshalb hat Morawitz einen anderen Zugang zur Problematik der Datenschutzgründe vorgeschlagen, die mir in einer quantitativen Untersuchung den Zugang zu BäuerInnen verwehren würde. Zu diesem Zeitpunkt habe ich klar gemacht, dass für die Arbeit keine Umfrage von Nöten ist, wodurch das anfängliche Missverständnis aufgelöst wurde.

Von meiner Seite kam es zu einem Themenwechsel zur Person Nikolaus Morawitz und seinen Wissensstand, sowie seine Erfahrung zur EU und Bauernschaft in Österreich. Der Punkt ist wichtig, da ich theoretisch und praktisch von einem erfahrenen Interviewpartner ausgehen kann. Somit kann ich sicherstellen, dass sich die Person im Einflussbereich befindet, den ich brauche.

Im nächsten Schritt haben wir über Franz Fischler und die Arbeit von Morawitz in Brüssel gesprochen. Da er bereits Anfang der neunziger mit dem Aufbau der Beziehungen zwischen EU und Österreich tätig war und bis 2003 in Brüssel gearbeitet hat, ist der Punkt der Erfahrung ebenfalls abgedeckt. Seitdem ist der Leiter der EU-Abteilung der

---

<sup>257</sup> Vgl. Interview-Nr. 1: Zeile 41-45.

Landwirtschaftskammer in Wien tätig, was ebenfalls das Wissen über die innerösterreichische Situation bedeutet.

Somit konnte ich zum inhaltlichen Thema übergehen. Zuerst ist über das Verhältnis zwischen den Kammern und der EU gesprochen worden. Diese ist ziemlich gut über die Generaldirektion der Landwirtschaft gekennzeichnet, welche ihre Schutz- und Förderfunktion mehr ausübt, als alle anderen Direktionen und ebenfalls über mehr Fördermittel verfügt. Das Verhältnis der Kammern zur EU kann somit als gut bezeichnet werden. Der nächste Schritt ist es, den untersuchten Bezug zu erfragen. Morawitz hat hierzu eine klare Darstellung ermöglicht, indem er das Bezugsfeld wie dasjenige der restlichen Bevölkerung zeigt, obwohl die Bauernschaft wenig direkten Kontakt zur EU habe. Der „fehlende“ Kontakt liegt in der Bezahlung der Fördermittel in Österreich, die über die AMA verteilt werden und nicht direkt über die Union. Da sie allerdings Subventionen von der EU erhalten, gibt es eine gewisse Verbindung. Diese ist zweierlei zu sehen. Entweder erhalten die BäuerInnen etwas von Seiten der EU oder sie werden kontrolliert, ob die erhaltenen Förderungen legitim sind. Im ersten Fall sind BäuerInnen gut auf die EU zu sprechen und umgekehrt gibt es bei Kontrollen Schwierigkeiten zur Bauernschaft. Um den Bezug zu konsolidieren unternehmen die Kammern mit den LandwirtInnen Ausflüge nach Brüssel oder veranstalten andere Events. Alles in allem wird aber das Bezugsfeld und das Verhältnis als schlecht bezeichnet: „Es ist immer alles schlecht was so weit weg ist und bei den Bauern ist das nicht viel anders.“<sup>258</sup>

Der nächste Punkt beinhaltet die Zusammenfassung meiner Untersuchungsarbeit, inklusive der Modalitäten, Methodik und Ergebnisse, da ich im Interview die nötigen Antworten schon finden kann. Allerdings habe ich im Anschluss um eine mögliche Erklärung der Entwicklung in der Zeitungsanalyse gebeten. Morawitz hat drei Gründe für die gute Entwicklung innerhalb der Analyse gefunden. Der erste Punkt betrifft die Reformen, welche aber länger gebraucht hätten um zu greifen.<sup>259</sup> Der zweite Grund ist die prinzipielle Darstellung der Bauernschaft per se. Zuerst wurden sie bemitleidet, heute werden sie als relevanter Teil der Gesellschaft gesehen, da sie den Tourismus und die Ländliche Entwicklung erst ermöglichen.<sup>260</sup> Der dritte Punkt erklärt sich durch die Relevanz- und Themenverschiebung der „[...] Bereiche der EU, die heute den Menschen wichtiger werden.“<sup>261</sup>

Meine nächste Frage betrifft die Zukunft für EU-BäuerInnen und den Brexit. Österreich würde vom Brexit eher verschont bleiben, da es im landwirtschaftlichen Bereich wenig

---

<sup>258</sup> Ebd.: Zeile 160-161.

<sup>259</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 246-250.

<sup>260</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 259-263.

<sup>261</sup> Ebd.: Zeile 264-265.

Exporte gibt, trotzdem könnte es zu Problemen mit Irlands Viehwirtschaft kommen. Weitere Themen sind die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. An diesem Zeitpunkt angekommen, habe ich alle notwendigen Informationen erfragt um meine Fragen zu beantworten, weswegen ich das Interview abubrechen dachte. Doch Morawitz hat vorgeschlagen Josef Siffert, den Referatsleiter der Kommunikation der Kammern, ins Gespräch einzuladen um eventuell weitere Informationen zum Bezugsfeld zu erhalten. Relevant ist im restlichen Dreiergespräch nur mehr zu erwähnen, dass die Zeitungsanalyse eine sehr gute Information für die Landwirtschaft und die Organisation darstellt und dies aus verschiedenen Erklärungsmöglichkeiten. Entweder es ist das Verständnis für die Landwirtschaft gestiegen, indem die verschiedenen Organisationen die Rolle der LandwirtInnen besser transportiert hätten. Oder es geht um eine Veränderung des Verhaltens der Medien, die eine ausgewogenere Berichterstattung gewählt haben. Allerdings ist diese Darstellung zu hinterfragen, da ein Konflikt immer interessanter sei als ein Nicht-Konflikt.<sup>262</sup> Allgemein enthält das Gespräch alle nötigen Punkte und ist von meiner anfänglichen niederen Wirksamkeit, zu einem sehr positiven und ertragreichen Interview geworden. Auch die zweite Meinung ist sehr interessant, vor allem in der Hinsicht, dass die Landwirtschaftskammer ein Interesse an solchen Studien hat, um ihre Arbeit zu verbessern, oder zu kontrollieren.

#### *6.2.1.2. Interview 2*

Das zweite Interview hat doppelt so lang gedauert wie das erste und hat mehr Inhalt. Dies liegt in der gelernten Fähigkeit, meine Anliegen besser zu formulieren, sodass von Anfang an ein sicherer Einstieg ermöglicht wurde. Die Befragung hat in einem Konferenzsaal des BMLFUW stattgefunden, direkt neben dem Büro von Frau Christa Bauer, der Interviewpartnerin und Leiterin der EU-Koordination des Ministeriums. Nachdem wir abgeklärt haben, wo wir uns im Gespräch inhaltlich treffen, habe ich sofort die Fragen vorgestellt. Auch Bauer hat eine Kritik an möglichen Umfragen geäußert, da sie nur einen gewissen Wahrheitsanspruch setzen würden. Die Darstellung von Hix aus dem Jahre 1999 ist zu kritisieren, da laut Bauer die LandwirtInnen nicht stark Anti-EU waren, obwohl sich die Leiterin nicht trauen würde eine Abschätzung über die jetzige Situation abzugeben. Themen wie der Brexit, würden das Ergebnis stark beeinflussen.

Die erste bewusste Frage betrifft die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft seit Österreichs EU-Beitritt. Dazu hat Bauer erklärt, dass sich die Ziele der GAP seit ihrer Gründung im Prinzip nicht geändert haben. Da sich allerdings das Umfeld verändert habe, hat

---

<sup>262</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 466-467.

sich die Arbeitsweise der GAP ständig an die neue Realität anpassen müssen. Der größte Grund hierfür kann in der Globalisierung gefunden werden, die den Markt und die Wirtschaft stark beeinflusst habe. Dieser Einfluss erschwert die Chancen für die Landwirtschaft in der neuen Realität zu bestehen. Doch da jedeR von der Landwirtschaft beeinflusst wird, weil alle essen müssen, würde deshalb die EU versuchen, die GAP so gut als möglich zu gestalten. Dies bedeutet, in Anbetracht ihrer Ziele, die Strategie ständig anzupassen. Ein Beispiel sei die Preis- und Marktvolatilität. Auch die Teilnahme am ÖPUL und der biologische Anbau seien als Veränderung wichtig.<sup>263</sup>

Der nächste Schritt beinhaltet die Frage um die Aufgaben des Landwirtschaftsministeriums und darum, wie die EU Österreich beeinflusst und umgekehrt. Auch Bauer behauptet eine Top-Down-Entwicklung festgestellt zu haben. Aber die EU würde aus oben genannten Gründen versuchen, die GAP erfolgreich zu führen. Vor allem die allgemeine Relevanz der Landwirtschaft für die Nahrungsmittelerzeugung spielt eine große Rolle. Aufgrund dessen hat man auch eine Öffentlichkeitskonsultation durchgeführt.

In einem weiteren Schritt haben wir genau geklärt, wie und wo sich die Zuständigkeiten des BMLFUW befinden, sowie die der EU und ihrer Teile. Eine weitere Frage betrifft die Einschätzung der Landwirtschaft in der EU über die GAP. In der Antwort wird klar, dass die GAP von der Entwicklung in der Welt getrieben ist, dass die Ziele in der Vergangenheit zwar erreicht, aber übererfüllt wurden, was zu viel Kritik geführt hat. Somit musste die EU die GAP mehrmals reformieren. Die heutige Zeit bedeutet für die GAP zwei neue Herausforderungen. Eines ist die Preisvolatilität, das andere die Umweltprobleme. Für beide hätte man schon Lösungsansätze parat, obwohl z.B. Freihandelsabkommen eher problematisch gesehen werden, auch wenn sie positiv sein könnten. Aber LandwirtInnen sind nur dann gegen Freihandelsabkommen, wenn die Chancen (neuer Märkte) geringer eingeschätzt werden, als die Probleme (von mehr Konkurrenz).

Die GAP ist sehr stark in der Förderung der Landwirtschaft. Die Begründung für die Subventionierung des Wirtschaftszweiges liegt für Bauer in der Notwendigkeit dieser, da die Landwirtschaft ohne Unterstützung nicht überleben könne.<sup>264</sup> Somit verteidigt die Leiterin den hohen Anteil am EU-Budget. Wir haben zudem das schwächere Bauernsterben und die Generationennachfolge bei BäuerInnen aufgegriffen, sowie die Produktivität in der EU. Das Import-/Exportverhalten der EU sei vorbildhaft, wenn das Verhältnis der EU-Landwirtschaft zu ärmeren Regionen untersucht wird. Über diese Thematik sind wir in das Gespräch

---

<sup>263</sup> Vgl. Interview-Nr. 2: Zeile 192-196.

<sup>264</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 556-560.

gekommen, wie Bauer den Bezug zwischen der Landwirtschaft und der EU sieht. Das Verhältnis des Ministeriums zur EU sei immer gut gewesen, obwohl man sich angepasst hat, was die Top-down-Situation zeige. Das Verhältnis zum BMLFUW sei immer sehr intensiv gewesen und man weiß sich unterzuordnen und problemlösend zu agieren. Deshalb ist das Ministerium stets offen gewesen und dies von der Spitze bis zur Basis.<sup>265</sup> Das schlechte Bild der EU käme allerdings von der Globalisierung und nicht vom EU-Beitritt Österreichs. Da jeder von Nahrungsmittel beeinflusst ist, ist wichtig zu erwähnen, dass Eurobarometer-Ergebnisse essentiell für die Untersuchung der Landwirtschaft sind. Hier habe ich die Sicht Bauers über die Öffentlichkeit bemerkt. Der Schlusssatz der Einschätzung beinhaltet die Relevanz der GAP für die Landwirtschaft und EU. Es geht um die Produktion von Lebensmitteln und um alle anderen Serviceleistungen, wie Umwelt, Tierschutz und Landschaftspflege.<sup>266</sup>

Da ich eine eindeutige Einschätzung der Situation erhalten habe, bin ich zur letzten Thematik übergegangen, der Vorstellung der Zeitungsanalyse. Die Einschätzung ist exakt, wie in den Annahmen dieser Arbeit dargestellt.<sup>267</sup> Es wird auch eine Erklärung dazu gegeben, warum dieser Glaube existiert. Wie im vorigen Interview ging es dabei um die Rolle der Medien. Nach meiner Offenlegung der Ergebnisse und der Verblüffung von Seiten der Leiterin, ist es um eine vorzeitige und kurzfristige Suche nach Gründen der falschen Darstellung bei der Entwicklung von Seiten Bauers gegangen. Am Ende ist das Gespräch in eine private Diskussion um die EU und ihre Rolle in der Welt gemündet. Da allerdings alle relevanten Fragen geklärt waren, ist dieser Teil zweitrangig.

Das Interview kann als sehr hilfreich und nützlich für die Arbeit gesehen werden und unterstützt die Arbeit bei der Untersuchung der Rolle der Bauernschaftvertretung.

### *6.2.1.3. Interview 3*

Das dritte Interview mit dem ehemaligen Grünen Nationalratsabgeordneten Wolfgang Pirkhuber, ist sehr erfolgreich verlaufen. Der Einstieg kommt mir mit der Darstellung von Hix 1999<sup>268</sup> und dem Grund, warum ich eine Neuauflage wünsche, die aber einen indirekten Ausgangspunkt sucht, gelegen. Die Einschätzung von Pirkhuber ist so, dass er zwar 1996 die Einschätzung ähnlich sehen würde, aber nicht für Österreich. Da ich diese Frage stellen wollte, haben wir uns gut im Interessensfeld getroffen. Zuerst allerdings habe ich um eine

---

<sup>265</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 747-753.

<sup>266</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 780-793.

<sup>267</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 803-828.

<sup>268</sup> Vgl. Hix 1999: 161.

Einschätzung gebeten, wie er und die Grünen im landwirtschaftlichen Sektor politisch aktiv sind. Daraufhin hat Pirkhuber eine Aufzählung von Wahlerfolgen und Misserfolgen auf Länderebene der Landwirtschaftskammern vorgenommen, die darlegten, dass die Zustimmungsraten in dieser Berufsgruppe, zumindest in manchen Regionen nahe der Durchschnittszahlen für Grüne im ländlichen Raum liegen. Auch das Interesse an biologischem Anbau ist bei österreichischen LandwirtInnen stark gegeben. Vor allem wird hierbei die Expertise der Grünen BäuerInnen hervorgehoben. Zu diesem Zeitpunkt habe ich klären müssen, dass ich keine spezielle Meinungsforschung in der Landwirtschaft betreibe, sondern das Bild der Landwirtschaft in der Gesellschaft eruieren will. Pirkhuber zeigt sich verständnisvoll und erklärt in weiterer Folge, dass die Varianz der Darstellung von Hix hinterfragt werden sollte. Die Streuung sei ähnlich wie in der Wirtschaft aufgeteilt in Groß- und Kleinbetriebe.<sup>269</sup> Große Konzerne und GroßbäuerInnen hätten größeres Interesse am Erhalt der Flächenförderungen der GAP, da jeder Hektar gleich gefördert wird.<sup>270</sup> Nach einem kurzen Austausch über mögliche quantitative Methoden sind wir zur Tätigkeit von Pirkhuber zu sprechen gekommen, vor allem was seine Rolle in der allgemeinen Landwirtschaft in Österreich bedeutet. Pirkhuber sieht einen Spannungsbogen, der von Konsens bis hin zu Dissens führt. Das Durchsetzungsvermögen der BiobäuerInnen ist einerseits gefragt, andererseits wird von Seiten der Landwirtschaftskammern immer wieder dargestellt, dass alle im selben Boot sitzen.<sup>271</sup> Relevant ist Pirkhuber's Einschätzung, wie stark die Verbindung zwischen ihm und der EU-Ebene ist. Da Pirkhuber 18 Jahre parlamentarisch tätig und stellvertretender Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses war, kann eine verstärkte EU-Aktivität bestätigt werden. Treffen der Agrarausschüsse der nationalen Parlamente, Termine mit der Kommission und fraktionsbezogene Meetings sind häufig Teil der Arbeit vom ehemaligen Nationalratsabgeordneten gewesen.

Da eine klare Darstellung der Verbindungen erfolgt ist, habe ich die GAP-Entwicklung angesprochen. Der Interviewpartner meint dazu, dass der Prozess immer der selbe gewesen sei. Seit dem Einstieg Pirkhubers in das Parlament habe es Nuancen gegeben, aber die GAP sei durchgehend im Reformprozess gewesen.<sup>272</sup> Obwohl Fischler positive Entwicklungen durch die Umschichtung der Mittel intendiert habe, um in den Verhandlungen mit der WTO eine bessere Position zu haben, ist er von der eigenen Partei kritisiert worden. Die Grünen haben den Vorschlag und die zweite Säule unterstützt. Pirkhuber hat drei kritische Punkte

---

<sup>269</sup> Vgl. Interview-Nr. 3: Zeile 133-140.

<sup>270</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 145-149.

<sup>271</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 188-194.

<sup>272</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 229-233.

genannt, warum KommissarInnen Reformprozesse anstoßen würden ohne, dass er selbst mit den jeweils vorgelegten Vorschlägen einverstanden wäre. Wichtig ist ihm erstens die Kritik an den internationalen Agrarverhandlungen, da dies ein hochpolitischer Aspekt sei. Zweitens ist die Vergemeinschaftung der Landwirtschaftspolitik in der EU besonders relevant durch die GAP. Drittens das Problem mit strukturellen Überschüssen, Mengen und Qualitätsaspekten der Lebensmittelproduktion.

Die Entwicklung der GAP seit 2003 ist so, dass Pirkhuber die Versuche der Reformen unterstützt, aber gleichzeitig die Umsetzung kritisiert, da zu starke nationale Vorbehalte herrschen würden. Deshalb hat er als Wunsch geäußert, dass die Agrarpolitik sozialer werden müsse.<sup>273</sup> Damit ist der Disput gemeint, dass es nicht reiche die Agrarpolitik als sektorale Politik zu sehen, sondern einen stärker gesellschaftspolitisch-orientierten Fokus benötigen würde.<sup>274</sup> Auch hier spielen wieder die Interessen der verschiedenen BäuerInnen eine Rolle, vor allem aufgeteilt auf Groß- und Kleinbetriebe.

Im Endeffekt geht es Pirkhuber um die soziale Komponente der Landwirtschaft. Deshalb ist die Stärkung der zweiten Säule zwar gut, aber nicht ausreichend um eine ungenügende Sozialpolitik eines Landes zu ersetzen. Bei einer sozialeren Ausrichtung der GAP würde die EU stark an Zustimmung gewinnen, da die Gegenspieler der Landwirtschaft die Interessen von Konzernen und FreihandelsvertreterInnen sind. Diese stehen bisher für Skandale. Deshalb hat Pirkhuber Fischler 2003 unterstützt, da der Fokus vom reinen quantitativen Fördergedanken zu einer stärkeren qualitativen Konzentration gegangen ist.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sei die Produktionsorientierung nicht schlecht gewesen, heute seien jedoch andere Ziele und Entwicklungen wichtiger, wie die Beschäftigung, Nachhaltigkeit und der Umweltschutz. Speziell die nachhaltig sinnvolle Beschäftigungssituation sei interessant, denn zwar sehen BäuerInnen gerne Förderungen, aber ihnen wäre es lieber einen höheren Preis für ihre Erzeugnisse erlangen zu können.<sup>275</sup>

Somit ist die größte Kritik, diejenige am Freihandel und der Produktionsorientierung. Die Lösung laut Pirkhuber wäre eine stärkere Qualitätsorientierung und ein gesellschaftlicher Diskurs, was eine Anpassung der GAP bedeuten würde.<sup>276</sup> Zusammenfassend ist die Einschätzung vom ehemaligen Nationalratsabgeordneten insgesamt eher pessimistisch, da es Reformvorschläge gibt, aber keine Umsetzung und die Gesellschaft zu wenig Leverage

---

<sup>273</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 283-298.

<sup>274</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 300-303.

<sup>275</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 432-434.

<sup>276</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 468ff.

verlangt. Auf der anderen Seite gibt es den Versuch des politischen Diskurses der sozialeren GAP und Tendenzen, wie die Reform von 2003, die laut Pirkhuber positiv waren und sind. Bei der Einschätzung der Meinung der Öffentlichkeit über die Zeitungsanalyse hat der Gesprächspartner richtig gelegen, was die Gesamtübersicht betrifft, weil er von einer negativen Berichterstattung ausgegangen ist. Allerdings hat auch Pirkhuber angenommen, dass aufgrund der verstärkten Kritik an der EU, dies auch bei der Landwirtschaft in Österreich der Fall sei. Da die politische Kommunikation und interessenspolitische Machtverteilung auf EU-Ebene nicht ganz übereinstimmen, kommt es zu Schuldzuweisungen gegenüber der EU.<sup>277</sup> Die Erklärung ist, dass die Handelskonzerne Interessen haben, diese aber gefiltert über die EU in den Zeitungen angesprochen werden. Bei gesellschaftlich als negativ erachteten Themen geschieht es oft, dass Brüssel für diesen Interessenskonflikt gerade stehen muss.<sup>278</sup> Im Endeffekt geht es um die Deutungshoheit, da es viele Stakeholder gibt, die ihre Interessen nicht offen zeigen müssen. Da die Einschätzung der Entwicklung augenscheinlich nicht mit den Fakten übereinstimmt, hat Pirkhuber versucht eine Begründung dafür zu finden. Es gäbe eine grundsätzliche rechtspopulistische Tendenz in Richtung Neo-Nationalismus, weshalb öffentlich-rechtliche Medien, aber auch Zeitungen, dagegen halten, indem sie positiver über die EU schreiben. Die Osterweiterung, die anfänglich kritisiert wurde, ist insofern gelungen, als die von manchen befürchteten pessimistischen Szenarien für die Landwirtschaft nicht eingetreten sind, aber als neues Überthema die Migrationsfrage gerade von jenen Ländern forciert wird. Das Krisenbewusstsein habe insgesamt zugenommen, aber nur bei Themen die das Tagesgeschäft beeinflussen. Gleichzeitig wird die Berichterstattung positiver, da das Storytelling der GAP gut organisiert wird, da es Interesse an Geschichten gibt, die z.B. mit der Umsetzung von Projekten in der zweiten Säule der GAP zusammenhängen. Außerdem hat Pirkhuber auf die spezifische Einschränkung der Aussagen dieser Arbeit, nämlich die Analyse der medialen Berichterstattung über die EU hingewiesen, da er sich auch einen Vergleich zwischen dieser Arbeit und der tatsächlichen Meinung der LandwirtInnen wünschen würde. Alle relevanten Fragen sind ausgiebig besprochen worden, weshalb wir das Interview beendet haben. Das Gespräch ist aus meiner Perspektive sehr erfolgreich verlaufen und beantwortet ebenfalls einen Teil meiner Forschungsfragen.

---

<sup>277</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 558-560.

<sup>278</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 572-573.

## 6.2.2. Ergebnisse der Inhaltsanalyse

### 6.2.2.1. Interview 1

Nikolaus Morawitz ist die zentrale Person des ersten Interviews, deshalb konzentriere ich mich in der Inhaltsanalyse auf ihn. Da er bereits seit 1990 im Rahmen der Landwirtschaft tätig ist, sowohl für die EU, als auch für die Landwirtschaftskammer Österreich,<sup>279</sup> kann Morawitz als sehr erfahren gelten. Die Erfahrung kann genutzt werden, um die Bedeutung des Interviews zu legitimieren. Doch wie ist der Wissensstand gegenüber der Landwirtschaft und der EU konzipiert? Dies betrifft die erste Frage der Inhaltsanalyse, welche das Verhältnis der Bauernschaft und der Landwirtschaftskammer oder letzterer und der EU untersucht:

- Direkter Kontakt zwischen den BäuerInnen und Morawitz ist nicht gegeben, allerdings ein indirekter, über Funktionäre der Landwirtschaftskammern auf Länderebene. Die Zustimmung, dass somit der Interviewte als Schnittstelle und Sammelkörper des Zustandes der Landwirtschaft gelten kann, kann im Gespräch eindeutig als geliefert gelten.<sup>280</sup> Das Stimmungsbild zwischen Landwirtschaftskammer und BäuerInnen ist laut Morawitz, aufgrund der Arbeit der Funktionäre gut.<sup>281</sup>
- Der Kontakt zwischen Morawitz, bzw. der Landwirtschaftskammer Österreich, zur EU ist ebenfalls sehr stark. Dazu gehört vor allem die Vizepräsidentschaft der COPA von Seiten des Präsidenten der Oberösterreichischen Landwirtschaftskammer Franz Reisecker.

„Aber wir haben Initiativen über unseren Vizepräsidenten, der Präsident der Oberösterreichischen Landwirtschaftskammer ist der Vizepräsident der COPA und so Außenminister der dort an den Präsidialsitzungen (...) teilnimmt und dort unsere Meinung einspielt. Das läuft auf allen Fachebenen.“<sup>282</sup>

Die Frage um das Bezugsfeld der österreichischen BäuerInnen zur EU wurde ebenfalls ausreichend diskutiert. Morawitz betont:

„Das Verhältnis zur EU ist so wie generell in der Bevölkerung [...]. Es ist immer alles schlecht was so weit weg ist und bei den Bauern ist das nicht viel anders. Die Bauern haben eher in dem Sinn wenig Kontakt zur EU als solches, sondern das kommt

---

<sup>279</sup> Vgl. Interview-Nr. 1: Zeile 104ff.

<sup>280</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 41-45.

<sup>281</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 44-45.

<sup>282</sup> Ebd.: Zeile 96-99.

gefiltert auf sie zu. Sie bekommen die Zahlungen, die werden aber von der Agrarmarkt Austria ausbezahlt, die wiederum [...] mit der Europäischen Union abrechnet und die rechtlichen Rahmenbedingungen verhandelt das Landwirtschaftsministerium. Also und wir haben noch eine recht spezielle Funktion, weil wir die Anträge für Förderungen entgegen nehmen und die dann auch weiterleiten an die Kammer. Und so gesehen sind die Bauern natürlich dann immer gut zu sprechen, wenn sie kein Problem haben. Wenn irgendwie eine Kontrolle auf ihren Hof kommt und die finden etwas, sind sie natürlich schlecht zu sprechen und wenn Sie so mit einem Bauern reden, ich weiß nicht wie die da in Brüssel so, [...] kommt es sehr allgemein herüber.<sup>283</sup>

Die Schwierigkeit laut Morawitz ist die räumliche und sinnliche Entfernung zwischen Brüssel und den einzelnen BäuerInnen, weswegen er vorschlägt mehr Ausflüge nach Brüssel zu unternehmen, um der Bauernschaft zu zeigen, welche Arbeit die EU leistet.<sup>284</sup> Allgemein zeichnet der Interviewte somit den Bezug relativ schlecht aus, obwohl es, mit Hilfe inländischer Organisationen wie der Landwirtschaftskammer, zu einem harmonischeren Bild kommen kann. Aber allgemein sei die Situation eher schlecht als gut.<sup>285</sup>

Die letzte Frage behandelt die Beurteilung wie und warum die Öffentlichkeit das Bezugsfeld einschätzen könnte. Hier war es nicht mehr nötig zu fragen, welches Ergebnis Morawitz für die Zeitungsanalyse annimmt, da er die Bevölkerung, somit die restliche Gesellschaft, mit der Landwirtschaft selbst verbunden hat, weshalb ich meine Ergebnisse vorgelegt und um eine Einordnung der Entwicklung gebeten habe. Er hat versucht eine erste Einschätzung zum Ergebnis zu liefern, welche an drei Punkten hing:

- Die Reformen hätten länger gebraucht, um in der Öffentlichkeit das positivere Bild der Landwirtschaft zu erzeugen.
- Die Mitleidsfunktion gegenüber den BäuerInnen sei nicht mehr so stark, da einerseits der Bauernschaft selbst und andererseits der Landwirtschaftskammer und dem BMLFUW gelungen ist, die Funktion der BäuerInnen der Gesellschaft zu erklären, womit eine Legitimation der Subventionen stattfindet.
- Der letzte Grund hängt an einem Themenwechsel von Seiten der Öffentlichkeit, dass andere Themen an Relevanz gewonnen haben und somit die Berichterstattung über die Landwirtschaft weniger Brisanz für die Medien bedeutet.<sup>286</sup>

---

<sup>283</sup> Ebd.: Zeile 159-170.

<sup>284</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 171-173.

<sup>285</sup> Vgl. Ebd.

<sup>286</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 244-265.

Ähnliche Argumente stammen auch von Siffert, der die mediale Berichterstattung und die Fähigkeiten der Landwirtschaftskammer in den Fokus legt.<sup>287</sup>

Der Vergleich ist eindeutig. Obwohl zuerst von einer negativen Haltung der Landwirtschaft gegenüber der EU ausgegangen wird, die vergleichbar mit der Meinung der Öffentlichkeit ist, sind Argumente vorhanden, die das Gegenteil zeigen würden. Erst nach der Darstellung der Zeitungsanalyse kommen diese Argumente zur Sprache und dominieren das Gespräch. Anfänglich wurde von einem positiven Verhältnis zwischen Landwirtschaftskammer und Bauernschaft ausgegangen, weil der direkte Kontakt über die Funktionäre vorhanden ist. Dann wird das negative Bild gezeigt, wobei aber das positive Bild in den Medien, als eigener Verdienst gekennzeichnet wird.

Es kann somit klar dargestellt werden, dass einerseits von einer negativen Situation und Entwicklung ausgegangen wird, wobei sich diese aber beim ersten Widerspruch verflüchtigt und eine eindeutig positive Berichterstattung akzeptiert wird, sofern die eigene Arbeit damit eine Belohnung erfährt. Die Frage bleibt, ob und wie die Arbeit der Landwirtschaftskammer und des BMLFUW tatsächlich das Bild in den Medien gewandelt hat. Es ist insofern eine kognitive Dissonanz vorhanden, da eine zwiespältige Sichtweise der Landwirtschaft angenommen wird, die sowohl positiv als auch negativ sein könnte, sich aber eher ins Negative entwickeln würde. Erst als die Entwicklung der Zeitungsanalyse vorgestellt wird, ist das Gespräch auf die positive Seite fokussiert.

#### 6.2.2.2. *Interview 2*

Im zweiten Interview geht es um die Leiterin der Abteilung EU-Koordination des BMLFUW, Christa Bauer. Die Dreiteilung der Fragen hat auch hier hervorragend funktioniert. Somit ist für die Fragen, wie das Verhältnis zwischen dem Landwirtschaftsministerium bzw. Christa Bauer und der EU, sowie den LandwirtInnen ist, eine klare Antwort möglich:

- Der Zugang von Bauer zur Bauernschaft ist pragmatischer Natur. Da sie seit den neunziger Jahren, zuerst in Paris, dann in Brüssel für Österreich und die EU tätig war, ist ein direkter Kontakt mit vielen BäuerInnen unwahrscheinlich. Der Zugang ist so geartet, dass sie über viele Kennzahlen, wie dem Bauernsterben und der Generationennachfolge,<sup>288</sup> der Öffentlichkeitsbefragung<sup>289</sup> oder den Lösungen von

---

<sup>287</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 464-476.

<sup>288</sup> Vgl. Interview-Nr. 2: Zeile 602-605.

<sup>289</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 288-291.

Problemen, wie der Hagelversicherung<sup>290</sup> eher einen indirekten Zugang hat. Dieser Zugang gewährt eine objektivere Sichtweise für die nötigen Schritte und ermöglicht mir somit ein gutes Verhältnis zur Bauernschaft zu erkennen.

- Der Kontakt zwischen Bauer und EU ist eindeutig konkreter. Nicht nur hat sie in Brüssel gearbeitet,<sup>291</sup> sie ist jetzt für die Koordination mit der EU zuständig, indem sie Österreich im Sonderausschuss Landwirtschaft vertritt.<sup>292</sup> Somit hat sie eine direkte Verbindung nach Brüssel.

Was das Ministerium und dessen Verhältnis zur EU betrifft, so war es laut Bauer folgendes:

„Unser Verhältnis [...] das Ministerium zur EU [...], ich glaube, das war immer ein sehr intensives, allein durch die Tatsache gegeben, dass sich die meisten Bereiche angesprochen sind von der EU in unserem Haus [...]. Ich kann das jetzt natürlich erst seit '93 beurteilen wo ich in dieses Haus gekommen bin, dass auch die obere Spitze immer sehr offen war und gesehen hat, dass man einfach das Spiel spielen muss und, dass man wenn man mitspielen will am Ende des Tages [...] das immer gemacht hat. Ich glaube das hat sich schon beim Beitritt gezeigt, dass wir keine schlechte Figur gemacht haben in unserem Bereich, sondern, dass wir eben wenn wir gesehen haben auf der einen Seite wird es schwieriger, haben wir eine Alternative entwickelt dazu und das hat sich auch sehr positiv niedergeschlagen, eben mit unserem Engagement in der ländlichen Entwicklung und bis dato immer noch besteht.“<sup>293</sup>

Die Frage, wie Bauer die Verbindung zwischen der EU und den BäuerInnen sieht, habe ich sehr deutlich gestellt. Abgesehen davon ist es im Interview vermehrt zu diesem Thema gekommen. Zuerst geht es um Hix' Darstellung, die laut der Interviewten nicht richtig ist.<sup>294</sup> Bei der direkten Nachfrage kommt es dann zu einer Aufstockung der Relevanz der Landwirtschaft und der Erklärung, dass zwar die EU Top-Down Verordnungen für die Landwirtschaft erlässt, aber nie nachteilerzeugende Entscheidungen treffe, da dies für alle schlecht sei, weil jeder vom Essen abhängt und dies zumindest in kleinen Teilen als Bottom-up gesehen werden könnte.<sup>295</sup> Zusammenfassend hat Bauer die GAP als sehr positiv für die Landwirtschaft gekennzeichnet, da sie immer versucht sich an neue Herausforderungen

---

<sup>290</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 222-226.

<sup>291</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 709-714.

<sup>292</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 366-368.

<sup>293</sup> Ebd.: Zeile 747-758.

<sup>294</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 135-136.

<sup>295</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 279-288.

anzupassen, ohne auf die Meinung der BäuerInnen direkt einzugehen.<sup>296</sup> Am Ende hätte die Bauernschaft beim Eintritt in die EU Angst gehabt vor den GroßbäuerInnen in der restlichen Union, doch diese Angst sei unbegründet gewesen.<sup>297</sup> Vor allem über die zweite Säule der GAP, verbunden mit dem österreichischen ÖPUL sei man in der Lage gewesen die Befürchtungen eines Bauernsterbens, oder einer Verödung der ländlichen Gebiete zu stoppen.<sup>298</sup> Auch hier wird die pragmatische Herangehensweise der Leiterin eindeutig gezeigt. Doch anders wie ihre eigene Einschätzung, was die tatsächliche Situation der LandwirtInnen in Österreich im Bezug zur EU betrifft, hat sie eine andere Sichtweise auf die öffentliche Situation.

Die Situation und Haltung der Öffentlichkeit wurde mehrmals angesprochen, indem sie auf die Rolle der Landwirtschaft zur Lebensmittelherstellung bezogen ist.<sup>299</sup> Obwohl Bauer eindeutig positiv über die EU spricht, so behauptet sie, dass die Öffentlichkeit eher negativ darüber berichtet, weil sie die Schwierigkeiten der Globalisierung sieht, aber mit dem EU-Beitritt Österreichs verbindet:

„Sehen Sie, ich glaube diese Frage die Sie da stellen, (..) ich weiß gar nicht ob die Leute das richtig einschätzen würden, weil die wenn Sie es jetzt im Vergleich setzen zu Mitte der '90er-Jahre, wo wir beigetreten sind, dann hat sich die Stimmung einfach verschlechtert. Also ich glaube, dass da sehr viel mitgespielt hat [...] auch die Tatsache, dass die Globalisierung zusammengefallen ist mit unserem Beitritt und Auswirkungen in der Globalisierung, die hätten wir auch ohne EU-Beitritt gehabt, sind plötzlich sehr stark spürbar geworden und das hat man alles zu Lasten der EU gerechnet.“<sup>300</sup>

Trotzdem liegt die Betonung darauf, dass zwar die Situation eigentlich besser geworden ist, sie aber von der Öffentlichkeit nicht so verstanden wird. Abgesehen von der eigentlichen Verschlechterung der Stimmung über den EU-Beitritt, habe ich nachgefragt, wie die Leiterin das Ergebnis meiner Zeitungsanalyse einschätzen würde. Hierzu hat sie eine eindeutige Beurteilung abgegeben, dass die allgemeine Situation negativ sei. Auch die Entwicklung sei ins Negative geartet:

---

<sup>296</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 445-473.

<sup>297</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 717-720.

<sup>298</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 722-737.

<sup>299</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 208ff.

<sup>300</sup> Ebd.: Zeile 737-743.

„[...] Und was glauben Sie, ist die Entwicklung eher in das Negative, in das Positive, so ungefähr gleich geblieben von der Aufteilung?

[...] Das ist keine einfache Frage [...]. Ist es nicht so, ist die generelle Entwicklung nicht so, dass es immer stärker ausgeprägt ist, je schlechter die Nachricht, desto besser ist sie, weil sie dann Quoten bringt?“<sup>301</sup>

Sie gibt ein Beispiel wieder, warum sie glaubt, dass diese Einschätzung richtig sei. Die Regelung um die Gurkenkrümmung, ist von einem Medienvertreter auch noch nach dessen Aufheben zitiert worden, um Quoten zu erlangen.<sup>302</sup> Aufgrund ihrer Einschätzung ist sie sehr überrascht, dass selbst die mediale Öffentlichkeit mit der Zeit immer positiver über das Bezugsfeld zwischen der Landwirtschaft in Österreich und der EU schreibt.

Obwohl Bauer selbst sehr gut über die EU, dem Landwirtschaftsministerium und die Landwirtschaft spricht und eine positive Situation darstellt, hat sie die Situation in der Öffentlichkeit anders eingeschätzt. Die Begründung ist wiederum die Schwierigkeit der Medien, Quoten zu erzeugen, was zumeist eine negative Berichterstattung wahrscheinlicher machen würde. Interessant ist die Selbsterkenntnis, wenn es um das Ergebnis der Zeitungsanalyse geht: „Ja das ist wirklich spannend, das hätte ich sicher nicht so eingeschätzt.“<sup>303</sup> Eine kognitive Dissonanz kann hier eindeutig erkannt werden.

### 6.2.2.3. *Interview 3*

Das dritte Interview mit Wolfgang Pirkhuber muss von der Perspektive gesehen werden, dass die Grüne Partei und Pirkhuber selbst im gesamten Untersuchungsrahmen in der Opposition des Österreichischen Nationalrates gesessen sind, dies betrifft auch landwirtschaftliche Organisationen (mit kleinen Ausnahmen). Daher gehe ich davon aus, dass die Agrarpolitik negativer dargestellt wird, als bei den anderen Interviews. Zusätzlich gehe ich von einer EU-freundlichen Darstellung aus, da die Österreichischen Grünen nach Eigenschätzung Pro-EU sind.

Die erste Frage der Analyse, wie der Befragte zur österreichischen Landwirtschaft und zur EU steht, kann mehr oder weniger nahe meinen Annahmen angerechnet werden, allerdings mit der Ausnahme der BiobäuerInnen:

---

<sup>301</sup> Ebd.: Zeile 807-812.

<sup>302</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 820-828.

<sup>303</sup> Ebd.: Zeile 867.

- Pirkhuber ist selbst Bauer und gilt mit den Grünen BäuerInnen zu denjenigen mit Expertise im biologischen Anbau. Das Verhältnis zur Bauernschaft ist deshalb zweizuteilen. Einerseits geht es um das Verhältnis vom Befragten zu den Bio-BäuerInnen, andererseits zu den Nicht-Bio-BäuerInnen. Das erste Verhältnis ist gut. Er ist auch Leiter des Biokontrollservice Österreichs, was eine staatlich anerkannte Zertifizierungsstelle für den biologischen Anbau darstellt.<sup>304</sup> Zum anderen ist das Verhältnis zwischen ihm bzw. den Bio-BäuerInnen und den anderen BäuerInnen durch folgendes geprägt:

„Es gibt einen Spannungsbogen und dieser Spannungsbogen geht von direkter Konfrontation bis hin zu der These: „Wir sitzen doch alle im selben Boot.“ [...] Das kann man durchaus auch bis zum Biolandbau [...] wahrnehmen. Auf der anderen Seite gibt es dann die Position: „Da müssen sich die Biobauern durchsetzen, oder sagen wir eben mit ihren Interessen stärker artikulieren“, so weit geht es. Konfliktlinie ganz europaweit ist sicher das Thema der Industrialisierung der Landwirtschaft.“<sup>305</sup>

Dies bedeutet eine breite Sichtweise und kritische Auseinandersetzung, sowohl versöhnlich, als auch negativ zwischen Pirkhuber und der konventionell bäuerlichen und der industriellen Landwirtschaft.

Die Relevanz Grüner Agrarpolitik zeigt sich in den Wahlergebnissen bei Landwirtschaftskammerwahlen. Hier schätzt Pirkhuber das Potential nahe an den allgemeinen WählerInnenstimmen der Grünen. Somit kann im Inland eine gute Verbindung zwischen der Bauernschaft und dem Interviewpartner angenommen werden.

- Die Verbindung zur EU ist bei Pirkhuber deshalb stark, weil er von 1999-2017 im Nationalrat saß und speziell über seine Stelle als stellvertretender Vorsitzender des Agrarausschusses des Parlaments regelmäßig nach Brüssel reiste. Die Verbindung mit der EU-Ebene hat es in der Arbeit Pirkhubers also immer gegeben:

„Ich habe achtzehn Jahre praktisch parlamentarische Arbeit gemacht. Bin stellvertretender Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses gewesen und habe als solcher, weil der Vorsitzende das auch ermöglicht hat [, fast immer an diesen Treffen teilgenommen, VS]. Weil es ist immer die Frage wer vertritt das österreichische

---

<sup>304</sup> Vgl. Biokontrollservice Österreich 2011: [Online].

<sup>305</sup> Interview-Nr. 3: Zeile 188-195.

Parlament bei europäischen Foren und ich war sehr oft bei Meetings im Agrarbereich, also Agrarausschuss, Treffen von Vorsitzenden auf europäischer Ebene, beziehungsweise wenn die Vorsitzenden nicht konnten, waren die Stellvertreter dabei und als solcher habe ich sehr oft teilgenommen [...]. Und dann gab es Meetings in Brüssel selbst, wo es bei Agrarreformprozessen auch Aussprachen und Termine gab, mit der Kommission und Diskussionen. Also auf dieser Ebene [habe ich, VS] teilgenommen und die dritte Ebene ist natürlich fraktionsbezogen mit den Grünen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Nationalstaaten die im agrarischen Bereich oder im Umweltagrarischen Bereich tätig waren. Von Ministerebene bis politischer Ebene auf Abgeordnetenebene, Europaparlament oder [deutschem, VS] Bundestag [...].<sup>306</sup>

Neben seiner Tätigkeit als Bauer herrscht somit eine eindeutige Verbindung zwischen der österreichischen Landwirtschaft, sowie der EU und Pirkhuber. Diese ist teils auf politischer, teils auf persönlicher oder beruflicher Ebene. Das Verhältnis kann in der Gesamtheit als gut aber kritisch erachtet werden, bis auf eine Seite des Spannungsbogens, mit der österreichischen konventionellen Landwirtschaftspolitik. Dennoch zählt Pirkhuber zur Opposition, auch in der Landwirtschaft, was seine Meinung von einer anderen Annahme meinerseits ausgehen lässt. Auf der anderen Seite ist die prinzipiell positive Sichtweise auf die EU der Grünen sichtbar.

Die Einschätzung des Bezugfelds zwischen der Landwirtschaft in Österreich und der EU ist so, dass Pirkhuber von einem Unterschied zwischen großen und kleinen Betrieben ausgeht. Großbetriebe sind EU-weit Nutznießer der GAP, weshalb er sie eher als Pro-EU einschätzt. Dies betrifft auch und vor allem die Fördergelder, denn „[s]olange die Flächenförderung wie die EU sie gegeben hat, wie sie noch immer besteht, sind sie Nutznießer. Ob sie es öffentlich kommunizieren oder nicht ist eine andere Frage, aber sie sind sicher pro-EU solange das so läuft, dass jeder Hektar gleich gefördert wird.“<sup>307</sup> Hingegen sind kleine Betriebe nur national verortet und profitieren weniger von den Förderungen. Die Diskrepanz zwischen dem positiven Bild der EU und dem negativen Ansatz für kleinere Betriebe wird so erklärt, dass die Interessen von Großkonzernen besser in Brüssel gehört werden, während kleinere Landwirtschaften untergehen und bei Themen wie der Industrialisierung in der Agrarwirtschaft den Kürzeren ziehen. Doch die EU birgt viele Chancen und Möglichkeiten in nuancierten Politiken, wie die Reform von 2003, welche teils die Produktionskonzentration

---

<sup>306</sup> Ebd.: Zeile 205-218.

<sup>307</sup> Ebd.: Zeile 146-149.

abgeschwächt hat, was somit wiederum die positive Sichtweise der Grünen verständlich macht:

„Der Prozess war immer derselbe. Die Veränderung ist bisher eben nicht spürbar. Es hat Nuancen gegeben, also Nuancierungen in der Politik, aber [...] keinen wesentlichen [...] Reformansatz der durchgedrungen ist. Es war immer ein Reformprozess. Seit [...] `99 kann man sagen [...] ist dieser Reformprozess gelaufen. Wie er unter Fischler gelaufen ist. Fischler hat versucht damals aufgrund der internationalen Verhandlungen, WTO-Verhandlungen [...], einen ganz neuen Ansatz hinein zu bringen durch eine stärkere Umschichtung von Mitteln. Aus der ersten Säule in die zweite Säule und dieser Ansatz wurde von mir damals unterstützt, während die österreichische Bauernschaft, seine eigenen sagen wir Parteikollegen, die haben das massiv kritisiert in dem Umfeld [...]. Wir haben das, als Grüne [...] sowohl auf Europaebene, wie auch national unterstützt damals.“<sup>308</sup>

Die ausbleibenden Reformen stammen vor allem aus nationalen Widerständen. Nationale Bauernorganisationen, die die Mehrheit in der Landwirtschaft vertreten, stehen im Endeffekt positiv der EU gegenüber, weil die GAP so gute Förderungen im Agrarsektor ermöglicht, die auf nationaler Skalierung aus politischen Gründen nicht möglich wären. Also vertreten die Organisationen bei ihren Mitgliedern eine positive EU-Haltung, die auch aufgenommen wird.<sup>309</sup> Doch gleichzeitig sieht Pirkhuber kritisierbare Punkte in der GAP, wie die bereits genannten Vorteile für Großbetriebe und Handelskonzerne, die unsoziale Herangehensweise, das Bauernsterben oder die Beschäftigungspolitik.<sup>310</sup> Sofern Reformen diese Punkte stärker in die GAP implementieren würden, wäre eine soziale Agrarpolitik erreichbar,<sup>311</sup> die sich Pirkhuber erwartet, was wiederum zu mehr Zustimmung in der Gesellschaft führen würde.<sup>312</sup> Im Endeffekt sieht Pirkhuber zwar große Kritikpunkte aus der eigenen Sichtweise an der GAP, versteht aber, dass sich momentan zu wenig bewegt, da die konservative Bauernpolitik noch immer dominiert. Von der anderen Seite versucht die EU durch die eigene Politik die Landwirtschaft auf ihrer Seite zu behalten, indem über Lobbyarbeit auch bei kleineren Betrieben für die EU geworben wird.

Was die Einschätzung der Zeitungsanalyse betrifft, so hat Wolfgang Pirkhuber, wie die anderen auch, die allgemeine Übersicht und die Entwicklung der Sichtweise der

---

<sup>308</sup> Ebd.: Zeile 229-240.

<sup>309</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 317-335.

<sup>310</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 341ff.

<sup>311</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 292-312.

<sup>312</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 345-357.

Öffentlichkeit zum Bezugfeld zwischen Landwirtschaft und EU negativ eingeschätzt.<sup>313</sup> Der Unterschied den ich auf die oppositionelle Haltung zurückführen würde, ist die Abweichung von der Kritik einer medialen Öffentlichkeit, zu einer Kritik der Machtverhältnisse in Brüssel, die sich in den Medien nicht unbedingt wahrheitsgemäß wiederfinden. Es gibt eine Zweiteilung der Erklärung der Einschätzung:

- Die medial dargestellte Kritik würde sich ähnlich verhalten wie die Gesamtkritik an der EU, welche Pirkhuber als negativer zu früher eingeschätzt hat.<sup>314</sup>
- Die Interessenskonflikte werden so verschleiert, dass große Stakeholder und Lobbyteilnehmende in Brüssel Politiken durchsetzen. Sofern die Entscheidung unpopulär ist, wird die Schuld auf die EU abgewälzt, welche als Sündenbock herhält:

„Ich glaube [...], dass es nicht nur eine Frage der politischen Kommunikation ist, sondern tatsächlich Ausdruck einer realen [...], interessenspolitischen Machtverteilung und dieses Dilemma der Union, dass sie sich nicht zu sehr im öffentlichen Bewusstsein als echte Schiedsstelle verschiedener Interessen etablieren konnte, dass die öffentlichen Medien das auch nicht so kommunizieren. Die Interessenskonflikte werden verschleiert. Brüssel muss für alles gerade stehen, was nämlich intern sehr wohl benennbar wäre.“<sup>315</sup>

Da große Agrar- und Lebensmittelkonzerne in Zeitungen inserieren, kommt es aus interessenspolitischen Gründen zu Informationsdefiziten und fehlenden Hintergrundinformationen. Obwohl die Kommission versucht habe, diese defizitäre Situation anzusprechen, kommt es über die genannten Interessenskonflikte zu keiner neutralen Berichterstattung, denn aktive Stakeholder kämpfen um die Deutungshoheit.<sup>316</sup> Die Begründung bleibt somit im Rahmen der Erklärung, dass die EU auch bei der GAP kritisierbar ist, was wiederum die negative Einschätzung der Zeitungsanalyse erklären würde.

Nachdem ich die Ergebnisse offengelegt habe, hat Pirkhuber seine Sichtweise revidiert und hat eine Erklärung angeboten, wie die positive Entwicklung zu verstehen ist:

---

<sup>313</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 528-529.

<sup>314</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 558-560.

<sup>315</sup> Ebd.: Zeile 567-573.

<sup>316</sup> Ebd.: Zeile 573-584.

- Die stärkeren nationalistischen Tendenzen in Europa spielen eine Rolle, da Zeitungen deshalb versuchen sich EU-freundlicher zu geben, um den Auswirkungen dieser Politik entgegenzutreten.
- Die anfängliche Kritik an der Osterweiterung hat sich abgeschwächt, da jetzt die neuen MS aus Sicht der mitteleuropäischen BürgerInnen relativ gut integriert sind.
- Das Krisenbewusstsein hat zugenommen, aber nur wenn Personen unmittelbar davon betroffen sind.
- Aber gleichzeitig wurden die Programme der ländlichen Entwicklung doch positiv aufgenommen und Medien haben keinen wirklichen Einblick in die Landwirtschaft, weshalb die Arbeit nicht die Darstellung der BäuerInnen, sondern von einer falschen Wahrnehmung der Gesellschaft geprägt ist.<sup>317</sup> Ausgenommen davon war in den letzten Jahren der Kampf der IG-Milch-Rebellen, die den Wegfall der Quotenregelung bei Milch aktiv durch Aktionen und Protestveranstaltungen bekämpft hatten und in Österreich auch medial erfolgreich waren.

Dennoch ist auch bei Pirkhuber eine klare Tendenz sichtbar, dass das Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung und die Kritik an der EU gleichzeitig mit dem Interesse an einer Reform an Kopf und Gliedern verbunden wird. Demgegenüber werden eigene positive Einschätzungen bzw. die positiven Seiten, welche in den Zeitungen Anhang finden, deutlich geringer gewichtet. Es ist eine Art der Dissonanz erkennbar, obwohl sie eine andere Quelle hat wie bei den anderen Akteuren, die wiederum zurückführbar ist auf die oppositionelle Seite seiner politischen Agenda.

### 6.2.3. Vergleich der Interviews

Alle Interviews haben zur gleichen Einsicht gebracht. Einerseits sind alle der Meinung, dass die GAP positiv ist oder sein kann und die EU bei den BäuerInnen teils gut und teils weniger gut ankommt. Dennoch ist das Verhältnis großteils als positiv eingeschätzt worden. Speziell zwei Themen haben diese Einschätzung verstärkt kritisiert. Einerseits die ungerechte Form der Förderungen bei Pirkhuber, welche zusammenhängt mit einem Interessenskonflikt zwischen Groß- und Kleinbetrieben bzw. zwischen Freihandel und sozialen Strukturen in der Landwirtschaft, was auch Bauer in die Kritik einbringt. Andererseits wird bemängelt, dass LandwirtInnen in Österreich die Kontrollen und Strafen als negativ erachten, wie es Morawitz angesprochen hat. Dennoch sind die Förderungen und die Reformen, welche seit 2003

---

<sup>317</sup> Vgl. Ebd.: Zeile 596-613.

stattgefunden haben, fast ausschließlich als Entwicklung in die richtige Richtung begrüßt worden. Dies erklärt auch, warum der Ausgangspunkt der Sicht auf das Bezugsfeld zwischen österreichischer Landwirtschaft und EU nie nur negativ, sondern allgemein und vor allem stark positiv ist. Die bestehenden Probleme werden allgemein mit der Globalisierung, über Freihandelsabkommen, in Verbindung gesetzt. Alle drei Gesprächspartner haben gewisse Kritikpunkte angebracht, dass die EU im Allgemeinen schlecht dargestellt wird, obwohl die globalisierte Welt und deren Wirtschaftssystem die angesprochenen Probleme erzeugt, sie aber geschickt auf die EU abwälzt.

Die Einschätzung der Zeitungsanalyse ist jedes Mal gleich ausgefallen. Dabei wird die Gesamtübersicht immer negativ eingeschätzt, was mit dem Ergebnis übereinstimmt. Die Entwicklung hat keinE GesprächspartnerIn korrekt eingeschätzt. Die negative Beurteilung ist entweder so erklärt, dass die Medien mehr Vorteile hätten, wenn sie negativ berichten würden oder die Erklärung spiegelt sich in der Interessenspolitik wider. Die erste Einsicht wird bei den ersten beiden Gesprächen geteilt. Pirkhuber hat hingegen die Abschätzung auf den innerpolitischen Machtkonflikt zwischen EU und Großkonzernen gesetzt, welche das Ergebnis, sofern negativ, immer auf Brüssel abzuwälzen versuchen.

Alle InterviewpartnerInnen sind erfahren im EU- und im landwirtschaftlichen Bereich. Sie haben alle Naheverhältnisse zu beiden Untersuchungsgegenständen. Alle Interviews haben bei den Annahmen und Forschungsfragen dasselbe Ergebnis gebracht, obwohl die PartnerInnen aus verschiedenen politischen, wie institutionellen Organisationen und Institutionen stammen. Die kognitive Dissonanz kann ersichtlich gemacht werden und somit ist der zweite Teil der ersten Forschungsfrage und die zweite Annahme, sowie die Möglichkeit der Beantwortung der zweiten Forschungsfrage möglich. Die konkrete Verbindung zwischen der Zeitungs- und Inhaltsanalyse folgt im nächsten Kapitel.

## **7. Ergebnisse**

Wie ich in der Einleitung betont habe, geht es mir in der Arbeit darum, einen Einblick in die Beziehungen zwischen EU und EU-LandwirtInnen zu erhalten. Die Forschungsfragen, Annahmen, die Europäisierung als Theorie und die Methodik, sowie Empirie sind in der Lage diesen Einblick für Österreich zu gewähren. Allgemein zeigen die Akteure, die mediale Öffentlichkeit und die Bauernschaftvertretung, eine stetige Besserung des Bezugsfeldes zwischen österreichischer Landwirtschaft und EU, die aber bisher im Allgemeinen als negativ

zu betrachten bleibt. Die Beantwortung der ersten Forschungsfrage, durch die Datenauswertung der Empirie, zeigt die beiden Umstände der eindeutigen Besserung, aber des allgemein negativen Bezugfeldes:

**Wie wird in den Medien die Entwicklung des Bezugfeldes zwischen GAP und LandwirtInnen dargestellt und wie zeichnet die österreichische Bauernschaftvertretung deren eigenes Bild dieses Bezuges?**

Die Zeitungsanalyse ergibt eine prinzipiell negative Berichterstattung über das Bezugfeld der Landwirtschaft in Österreich zur EU. Aber die Entwicklung ist zwischen 2003 und 2017 eindeutig positiv gerichtet. Überwiegend positive Berichte sind zum ersten Mal ab dem Jahr 2018 für Österreich prognostiziert (sofern bestimmte Themen, wie der Brexit, diese Prognose nicht zu stark beeinflussen). Es handelt sich hierbei um die quantitative Ausarbeitung der qualitativen Grundform der Analyse, dessen bestimmende Thematiken im vorigen Kapitel zur Genüge bearbeitet werden. Die Öffentlichkeit ist bisher immer von einem negativen Umfeld für die österreichische Landwirtschaft in der EU ausgegangen, aber die Gesellschaft glaubt, dass die Situation für die LandwirtInnen mit der Zeit durch die GAP besser wird.

Auf der anderen Seite ist die Bauernschaftvertretung, sowohl von der mehrheitlichen, als auch von der oppositionellen oder institutionellen Seite, relativ zufrieden mit der GAP und mit der EU im Allgemeinen, wenn es um die Landwirtschaft in Österreich geht. Dabei geht es ausschließlich um die Meinung der Bauernschaftvertretung und nicht um die LandwirtInnen selbst. Negative Stimmen gehen bei der Bauernschaftvertretung stärker gegen Globalisierung und die neoliberale Wirtschaft. Damit kann die theoretische Problematik der Multikausalität sogar empirisch ausgeschlossen werden, da der Vertretung bewusst ist, dass es andere Einflüsse gibt, welche in der Landwirtschaft Gewicht haben können. Dies zeigt, dass sie die genannten Einflüsse von der EU und von der Globalisierung bewusst trennen können.

Andere negative Sichtweisen und Kritikpunkte betreffen das BäuerInnensterben gekoppelt an die Beschäftigungspolitik, die notwendige Produktivitätssteigerung und die (mit dem oberen Argument zusammenhängende) Preisvolatilität, aber auch die Abgrenzung der GAP in eine Spartenpolitik, getrennt von der Sozialpolitik. Dennoch würde ich aus verschiedenen Gründen die Sichtweise der GesprächspartnerInnen als eher positiv einschätzen, sogar von der oppositionellen Seite. Die Begründungen sind unterschiedlich. Bei der Landwirtschaftskammer ist die Sichtweise zum Bezugfeld sehr gut, da zwar Morawitz bemerkt, dass das Stimmungsbild, wie insgesamt in der Bevölkerung eher negativ wäre,

gleichzeitig erklärt er die positiven Seiten der GAP. Diese positiven Seiten überwiegen vor allem aufgrund des Versuches der Landwirtschaftskammern die EU in der Landwirtschaft besser zu promoten. Bei Bauer ist die Sichtweise insgesamt sehr positiv, wenn es um das Bezugsfeld geht. Nicht nur ist das Verhältnis zwischen dem Ministerium zur Landwirtschaft und der EU sehr positiv und intensiv, es gibt auch hier Versuche die positiven Seiten der EU bei der Bevölkerung vorzustellen. Zusammenfassend zu diesen beiden Gesprächen bleibt die Erkenntnis, dass zwar die Interviewten behaupten, dass die Landwirtschaft nicht sehr positiv zur EU stehen würde, aber sie selbst die Chancen und Vorteile der GAP erkennen und deshalb versuchen bei der Landwirtschaft vorzustellen. Der letzte Interviewte hat einen etwas anderen Zugang. Pirkhuber erkennt eine mögliche Entwicklung an und hat bereits 2003 Fischler bei der GAP-Reform unterstützt, er sieht aber diese Entwicklung nicht voranschreiten, sondern nur verbal ausgeführt und nie wirklich umgesetzt. Dies betrifft auch und vor allem eigene politische Vorstellungen, wie die Erkenntnis, dass die GAP auch Sozialpolitik ist und sein kann. Somit bleibt die Erkenntnis Pirkhubers, dass die österreichische Landwirtschaft sich (aufgrund der Freihandelsabkommen und anderer Dinge) negativ über die EU äußert. Der Interviewte selbst ist hingegen näher an den Chancen der EU, welche anders geleitet werden muss. Zusammenfassend erkennen also die GesprächspartnerInnen die Kritik der Landwirtschaft an der EU. Wie eingangs bestätigt ist die eigene Sichtweise zur EU allerdings durchaus positiv geprägt, sowohl insgesamt, als auch in der Entwicklung.

Damit kann die erste Forschungsfrage beantwortet werden. Die Öffentlichkeit sieht ein insgesamt schlechtes, aber besser werdendes Bezugsfeld der Landwirtschaft zur EU und die Bauernschaftvertretung sieht selbst die Chancen und positiven Seiten stärker als die negativen Punkte bei der GAP, wenn es um die österreichische Landwirtschaft geht. Auch bei der Entwicklung haben die Antworten ähnliche Züge angenommen.

Die erste Annahme, dass sowohl die öffentliche Meinung, als auch die Bauernschaftvertretung von einem negativen Standpunkt gegenüber dem Bezugsfeld zwischen Landwirtschaft und EU ausgeht bleibt bestehen, mit einem Addendum bei der Vertretung. Die allgemeine Darstellung der Zeitungsanalyse ist insgesamt negativ, auch wenn sie sich ins Positive bewegt. Hiermit zeige ich, dass die Öffentlichkeit bis heute von einem negativen Bezugsfeld ausgeht. Die Bauernschaftvertretung geht sowohl bei der allgemeinen Darstellung der Zeitungen, als auch bei der Einschätzung des Bezugsfeldes von einer negativen Situation aus. Die erste Annahme kann somit bewährt werden. Das Addendum betrifft aber die eigene Einschätzung der Vertretung hinsichtlich dem Bezugsfeld. Die Rolle der EU wird hierbei als sehr positiv dargestellt. Da der Einfluss der Bauernschaftvertretung

sehr stark ist, kann sie die Meinung der Landwirtschaft und der Öffentlichkeit zum Positiven beeinflussen. Die Stärke dieses Einflusses kann vor allem in der Zeitungsanalyse festgestellt werden. Somit hat die erste Annahme Bestand, aber die angenommene, positive Entwicklung wird durch die Rolle der Bauernschaftvertretung stärker beeinflusst als erwartet.

Die Unterschiede und bestimmten Einflüsse zwischen den Medien und der Vertretung werden erst mit der Beantwortung der zweiten Forschungsfrage eindeutig:

### **Gibt es Unterschiede bei der Darstellung des Bezugsfeldes, zwischen dem Bild der Medien (öffentliche Meinung) und dem der Bauernschaftvertretung?**

Der Unterschied ist vor allem gegeben, da die Zeitungsanalyse nicht direkt über die Meinung der Landwirtschaft sprechen kann, hingegen die Bauernschaftvertretung zum Teil über diese Expertise verfügt. Gleichzeitig ist der Vergleichspunkt dort gegeben, wo die beiden Untersuchungen eine eigene Meinung über das Bezugsfeld zum Ausdruck bringen. Somit kann die Zeitungsanalyse theoretisch und methodologisch eine Erklärung liefern, wie die Öffentlichkeit den Bezug sieht. Zu einer Erklärung kann auch die Bauernschaftvertretung kommen. Obwohl die Eigeneinschätzung der Vertretung die vorhin beschriebene ist, also eine eher positive und die Öffentlichkeit letztendlich von denselben beeinflusst werden könnte, hat die Bauernschaftvertretung aus verschiedenen Gründen nicht erkannt, dass sich medial (und somit in der Öffentlichkeit) eine bessere Meinung über das Bezugsfeld ergibt. Also sehen die Zeitungsanalyse und die InterviewpartnerInnen das Bezugsfeld beiderseits ähnlich, doch die Vertretung erkennt dies nicht und verstrickt sich dadurch in eine sogenannte kognitive Dissonanz. Diese Dissonanz ergibt sich durch eine gewisse Annahme über den Bezug, aber eine hierzu entgegengesetzte Einschätzung der öffentlichen Meinung. Die Bauernschaftvertretung glaubt, dass das Bezugsfeld allgemein positiv ist und sich verbessert, doch widersprüchlich argumentierend hierzu behauptet sie, dass medial die negative Seite stärker wird. Die vorliegende Arbeit hat als Ziel hervorgehoben diese Dissonanz aufzulösen, auch wenn die Erklärung zur Kognition und Vorstellung der Meinung über die Öffentlichkeit verständlich ist. Die Argumente bei negativer Berichterstattung, wie die Kritik an MedienvertreterInnen, aufgrund der positiven Verkaufszahlen anders zu berichten, müssen revidiert werden. Offensichtlich sind die Medien nicht daran interessiert, das Bezugsfeld, aufgrund von Einschaltquoten herabzusetzen. Die Öffentlichkeit wird, medial gesehen, 2018 zum ersten Mal behaupten, dass die GAP und die EU positiv für die Landwirtschaft in Österreich sind. Die Unterschiede zwischen der medialen Gesellschaft und der

Bauernschaftvertretung liegt alleinig in der kognitiven Dissonanz, die durch diese Arbeit keinen Bestand mehr haben kann.

Da eine kognitive Dissonanz ermittelt wurde, kann die zweite Annahme bewährt werden. Die Bauernschaftvertretung erkennt die positiven Seiten der EU, die sich bessernde Situation der Landwirtschaft in Österreich, glaubt aber nicht an eine Besserung der medialen Berichterstattung durch die oben genannten Argumente. Das verzerrte Bild wird darstellbar durch die Einschätzung der Entwicklung der durchgeführten Zeitungsanalyse, bei der alle drei InterviewpartnerInnen davon ausgegangen sind, dass es eine Verschlechterung der Berichterstattung gegeben hat. Durch die anschließende Aufklärung der Ergebnisse der vorher durchgeführten Analyse konnte die kognitive Dissonanz aufgelöst werden. Dies gehört zum politikwissenschaftlichen Ziel der Arbeit: Die Auflösung der kognitiven Dissonanz, die in der Meinung der Bauernschaftvertretung über die österreichischen Medien nun messbar vorhanden ist. Durch die Konkretisierung dieses Arguments, kommt es zu einer Erweiterung des politikwissenschaftlichen Ziels auf den/die LeserIn. Die EU versucht mit der GAP über verschiedene Kanäle die Situation für die Landwirtschaft in der EU zu bessern und damit die Ziele der GAP so weit und gut wie möglich zu erreichen. Dazu zählt neben der Ernährungssicherheit bei der Versorgung und Gesundheit, die Nachhaltigkeit, eine angemessene Lebenserhaltung für die ländliche Bevölkerung, die Stabilisation der Märkte und angemessene Preise.<sup>318</sup> Alle Reformen und umgesetzten Policies werden mit einem oder mehrerer dieser Ziele bestückt. Jeder Punkt beinhaltet Risiken und finanzielle Fragen. Aber insgesamt kann ich mit der Arbeit eine Besserung der Verhältnisse in der Landwirtschaft für alle EU-BürgerInnen (zumindest für Österreich) feststellen.

## **8. Ausblick**

Die größte Betonung bleibt auf dem Fakt, dass ich mit dieser Masterarbeit nicht auf die Klärung der Sichtweise der LandwirtInnen gezielt habe. Es geht um die Auflösung eines allgemeinen Missverständnisses und ein Einstieg in eine mögliche Weiterführung in die Policy-Analyse, sowie Meinungsforschung in der Landwirtschaft der EU. Der Sektor ist seit den Anfängen der GAP hochpolitisch und zahlengetrieben (wirtschaftlich). Was fehlt sind sozialwissenschaftliche und politikwissenschaftliche Studien und

---

<sup>318</sup> Vgl. AEUV 2012: [Online; Artikel 39 AEUV].

Meinungsforschungsarbeiten. Diese Arbeit versucht in dem Rahmen einen der ersten Füße zu setzen.

Die Forschungsfragen sind auf alle EU-MS, sowie etwas angepasst, auf Drittstaaten replizierbar. Ob die Ergebnisse dieselben sind, bleibt zu bezweifeln. Aber ich gehe davon aus, dass EU-weit eine Besserung der Sichtweise auf die Landwirtschaft stattgefunden hat und die Entkoppelung der Prämien von der Ertragsmenge, sowie die zweite Säule in der Öffentlichkeit sehr stark dazu beigetragen haben. Replikationen in anderen MS würden die richtige Auswahl der Zeitungen und der Interviewten erfordern, was sich hier und da zum Problem erweitern könnte.

Wie eingangs beschrieben, sehe ich diese Arbeit als Grundlagenforschung an, welche in einem weiteren Schritt die tatsächliche Meinung der LandwirtInnen mit ins Boot holen könnte. Gesellschaftlich gesehen sind BäuerInnen in ruralen Gebieten das Rückgrat, auf welchem sich die Gemeinschaft stützt. Neben Beschäftigungspolitik, über Landschaftspflege bis hin zum Umweltschutz trägt die Bauernschaft zu einem funktionierenden Miteinander bei. Die Relevanz der GAP für die LandwirtInnen darf hierbei nicht unterschätzt werden. Deshalb ist es wichtig, auch die tatsächliche Meinung der Landwirtschaft über die EU zu erfragen. Der Eurobarometer ist hierfür bis heute nicht geeignet, weil die befragten BäuerInnen zu wenig an der Zahl sind, um sinnvolle Aussagen treffen zu können, selbst wenn die gesamte EU betrachtet wird. Als Vorschlag wäre eine quantitative Meinungsumfrage ausschließlich bei LandwirtInnen. Politikwissenschaftlich wäre diese Umfrage von größtem Wert, da sie einen Bereich untersucht, welcher noch stark (teils aufgrund von Datenschutzfragen, teils aufgrund traditionsbewusster Politik) intrinsisch geprägt ist und gleichzeitig einen großen und entscheidenden Einfluss auf die Gesamtgesellschaft bedeutet. Zu verstehen, wie dieser handelt und denkt kann vom kleinsten Dorf, bis hin zur Großstadt Auswirkungen auf die Politik haben.

## 9. Literatur- und Quellenangabe

AEUV (2012): *Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union*. Unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:12012E/TXT&from=DE> [Letzter Aufruf 18.03.2018].

Auel, Katrin (2012): „Europäisierung nationaler Politik“, in: Hans-Jürgen Bieling/Marika Lerch (Hg.): *Theorien der Europäischen Integration*. 3. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Verlag, 247-269.

Austrian Press Agency (2017): *Hilfe – Suche – Tipps und Tricks*. Unter: <https://aomlibrary.apa.at/portal/helpSearch.htm> [Letzter Aufruf 30.12.2017].

Benz, Arthur (2003): „Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union“, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*. 2. Aufl. Opladen: UTB, 318-351.

Biokontrollservice Österreich (2011): *Homepage - Team*. Unter: <http://www.bioskontrolle.at/cms.php/firma/team/> [Letzter Aufruf 17.0.2018].

Bundesministerium für Finanzen (2017): *BMF-Bericht zum EU-Haushalt und zu seinen Auswirkungen auf den österreichischen Bundeshaushalt*. o.O. Unter: [https://www.bmf.gv.at/budget/budgetangelegenheiten-der-eu/2017-12-04\\_BMF-Bericht\\_final.pdf?6831w6](https://www.bmf.gv.at/budget/budgetangelegenheiten-der-eu/2017-12-04_BMF-Bericht_final.pdf?6831w6) [Letzter Aufruf 07.01.2018].

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2015a): *Anteil Biofläche an landwirtschaftlich genutzter Fläche 2014*. Unter: [http://duz.bmlfuw.gv.at/Land/biobetriebe\\_eu\\_2014.html](http://duz.bmlfuw.gv.at/Land/biobetriebe_eu_2014.html) [Letzter Aufruf 29.12.2017].

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2015b): *Gemeinsame Agrarpolitik*. Unter: <https://www.bmlfuw.gv.at/land/eu-international/gapreform2020/gap/GAP.html> [Letzter Aufruf 29.12.2017].

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2018): *Geschichte des Ministeriums*. Unter: <https://www.bmnt.gv.at/ministerium/geschichte-LM/geschichteLM.html> [Letzter Aufruf 17.03.2018].

Dos Santos, Maria José Palma Lampreia/Henriques, Pedro Damião De Sousa/Fragoso, Rui Manuel De Sousa/Da Silva Carvalho, Maria Leonor Pimenta Verdete (2010): "Attitudes of the Portuguese farmers to the EU Common Agricultural Policy", *Agricultural Economics-Zemедelska Ekonomika*, 56(10): 460-469.

Eising, Rainer (2003): „Europäisierung und Integration. Konzepte in der EU-Forschung“, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*. 2. Aufl. Opladen: UTB. 387-416.

Europäische Kommission (02/2016): *Mythen und Fakten*. Unter: [http://ec.europa.eu/budget/explained/myths/myths\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/budget/explained/myths/myths_de.cfm) [Letzter Aufruf 29.12.2017].

Europäische Kommission (06/2013): „Häufig gestellte Fragen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und zur Landwirtschaft in Europa“, in: *Press releases database – Memo*. Unter: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-631\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-631_de.htm) [Letzter Aufruf 29.12.2017].

Europäische Kommission (2014): *Mehrjähriger Finanzrahmen 2014-2020 und EU-Haushalt 2014*. Unter: <https://publications.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/d2cf202e-f36a-45b2-84e7-1ac6ad996e90> [Letzter Aufruf 29.12.2017].

Featherstone, Kevin (2003): „Introduction: In the Name of ‚Europe‘“, in: Kevin Featherstone/Claudio Radaelli (Hg.): *The Politics of Europeanization*. Oxford: Oxford University Press. 3-26.

Fuß, Susanne/Karbach, Ute (2014): *Grundlagen der Transkription – Eine praktische Einführung*. Opladen/Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Habermas, Jürgen (2008): *Ach, Europa – Kleine Politische Schriften XI*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Hix, Simon (1999): *The Political System of the European Union*. Basingstoke: Macmillan Press LTD.

Hurrelmann, Achim/Krell-Laluhová, Zuzana/Nullmeier, Frank/Schneider, Steffen/Wiesner, Achim (2009): "Why the democratic nation-state is still legitimate: A study of media discourses", *European Journal of Political Research*, 48(4): 483-515.

Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (2003): „Regieren und Institutionenbildung“, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*. 2. Aufl. Opladen: UTB. 11-46.

Koester, Ulrich (2012): “The CAP in disarray: EU commission proposes basic direct payments to EU farmers”, *Intereconomics*, 47(3): 170-174.

Ladrech, Robert (2010): *Europeanization and national politics*. Basingstoke: Macmillan Press Ltd.

Lefebvre, Marianne/Raggi, Meri/Gomez Y Paloma, Sergio/Viaggi, Davide (2014): “An analysis of the intention-realisation discrepancy in EU farmers’ land investment decisions”, *Revue d’Études en Agriculture et Environnement*, 95(1): 51-75.

Macken-Walsh, Áinne (2011): “Partnership and subsidiarity? A case-study of farmers’ participation in contemporary EU governance and rural development initiatives”, *Rural Society*, 21(1): 43-53.

Massot, Albert (01/2018a): „Die erste Säule der GAP: II – Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe“, in: *Europäisches Parlament – Service*. Unter: [http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU\\_3.2.5.html](http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU_3.2.5.html)  
[Letzter Aufruf 24.02.2018].

Massot, Albert (01/2018b): „Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und der Vertrag“, in: *Europäisches Parlament – Service*. Unter: [http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU\\_3.2.1.html](http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU_3.2.1.html)  
[Letzter Aufruf 24.02.2018].

Massot, Albert (10/2017): „Die Instrumente der GAP und ihre Reformen“, in: *Europäisches Parlament – Service*. Unter: [http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU\\_3.2.3.html](http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU_3.2.3.html)  
[Letzter Aufruf 29.12.2017].

Mayring, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken*. Weinheim und Basel: Beltz Verlag, 11., aktualisierte und überarbeitete Auflage.

Michelsen, Johannes (2009): “The Europeanization of organic agriculture and conflicts over agricultural policy”, *Food Policy*, 34(3): 252-257.

Olsen, Johan (2002): “The Many Faces of Europeanization”, *Journal of Common Market Studies*, 40(5): 921-952.

Österreichisches Parlament (o.J.): *Grundprinzipien der Bundesverfassung*. Unter: <https://www.parlament.gv.at/PERK/VERF/GRUND/> [Letzter Aufruf 18.02.2018].

Radaelli, Claudio (2003): “The Europeanization of Public Policy”, in: Kevin Featherstone/ Claudio Radaelli (Hg.): *The Politics of Europeanization*. Oxford: Oxford University Press. 27-56.

Ragonnaud, Guillaume/Massot, Albert (01/2018): „Die erste Säule der GAP: I . Die gemeinsame Marktorganisation (GMO) für landwirtschaftliche Erzeugnisse“, in: *Europäisches Parlament – Service*. Unter: [http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU\\_3.2.4.html](http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU_3.2.4.html) [Letzter Aufruf 24.02.2018].

Ragonnaud, Guillaume/Massot, Albert (10/2017): „Die zweite Säule der GAP: Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums“, in: *Europäisches Parlament – Service*. Unter: [http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU\\_3.2.6.html](http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuId=FTU_3.2.6.html) [Letzter Aufruf 24.02.2018].

Rat der EU (2003): „Verordnung (EG) Nr. 1782/2003“, in: *Amtsblatt der Europäischen Union*. Unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32003R1782&qid=1518991738003&from=DE> [Letzter Aufruf 18.02.2018].

Rat der EU (2005): „Verordnung (EG) Nr. 1290/2005“, in: *Amtsblatt der Europäischen Union*. Unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32005R1290> [Letzter Aufruf 25.02.2018].

Rat der EU (2007): „Verordnung (EG) Nr. 834/2007“, in: *Amtsblatt der Europäischen Union*. Unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32007R0834> [Letzter Aufruf 01.05.2018].

Sartori, Giovanni (1984): “Guidelines for Concept Analysis”, in: Giovanni Sartori (Hg.): *Social science concepts: a systematic analysis*. Beverly Hills (CA): Sage Publ. 15-85.

Statistik Austria (1995): *Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) für Österreich*. Wien: Bundesanstalt Statistik Österreich.

Statistik Austria (2013): *Standard-Dokumentation - Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Agrarstrukturerhebung – Stichprobenerhebung 2013*. Wien: Bundesanstalt Statistik Österreich.

Teixeira da Silva, Pascal (2016): *Verleihung des Ordens für Verdienste in der Landwirtschaft an DI Christa Bauer*. Unter: [file:///C:/Users/valen\\_000/Desktop/2016\\_09\\_21\\_projekt\\_de\\_discours\\_christa\\_bauer\\_cdr\\_ma\\_-\\_version\\_finale\\_002\\_.pdf](file:///C:/Users/valen_000/Desktop/2016_09_21_projekt_de_discours_christa_bauer_cdr_ma_-_version_finale_002_.pdf) [Letzter Aufruf 30.12.2017].

Tyrychtr, Jan/Vostrovsky, Vaclav (2017): “The current state of the issue of information needs and dispositions among small Czech farms”, *Agricultural Economics-Zemledelska Ekonomika*, 63(4): 164-174.

Universitätsbibliothek Wien MetaLib - Datenbanken (2016): *Datenbank: Details zu APA-OnlineManager Library*. Unter: [http://metalib4-prod.obvsg.at:8331/V/I5DT64BSJ54NK967BQIPKH5I2EN5N8FYBSITF9KB5DPIASPLH7-00102?func=find-db-info&doc\\_num=000018689](http://metalib4-prod.obvsg.at:8331/V/I5DT64BSJ54NK967BQIPKH5I2EN5N8FYBSITF9KB5DPIASPLH7-00102?func=find-db-info&doc_num=000018689) [Letzter Aufruf 30.12.2017].

## **9.1. Quellen der Analysen**

Die Transkripte, die quantitative Auswertung und alle genutzten Zeitungsartikel sind beim Autor unter [valentino.sudaro@gmail.com](mailto:valentino.sudaro@gmail.com) [Stand 18.03.2018] verfügbar. Alle Berichte der Zeitungsanalyse sind auch unter <https://www.apa.at/Site/index.de.html> [Letzter Aufruf 18.03.2018], oder in den Archiven der Tageszeitungen zu finden.

### **9.1.1. Transkripte**

Interview-Nr. 1 (2017): *Interviews mit Personen aus der österreichischen Öffentlichkeit von landwirtschaftsnahen Organisationen – Nr. 1 – Nikolaus Morawitz*. Wien.

Interview-Nr. 2 (2017): *Interviews mit Personen aus der österreichischen Öffentlichkeit von landwirtschaftsnahen Organisationen – Nr. 2 – Christa Bauer*. Wien.

Interview-Nr. 3 (2017): *Interviews mit Personen aus der österreichischen Öffentlichkeit von landwirtschaftsnahen Organisationen – Nr. 3 – Wolfgang Pirklhuber*. Wien.

### 9.1.2. Zeitungsartikel

Böhm, Wolfgang (10/09/2016): „Politik ging vor Stimmung in Knie“, in: *Die Presse*. 8.

*Der Standard* (31/01/2017): „Unsicherheiten belasten EU-Agrarpolitik“. 16.

Dragy, Simone (15/05/2016): „Wohin steuert die Europäische Union?“, in: *Kleine Zeitung*. 38.

*Kleine Zeitung* (15/08/2014): „EU will Obst und Gemüse aufkaufen“. 32.

*Kleine Zeitung* (23/12/2003): „Bauern brauchen ihre Kammer jetzt mehr denn je“. 20.

Klosterer, Reinhard (08/08/2014): „Höchste Zeit für die Priorität Österreichs!“, in: *Kronen Zeitung*. 32.

Kogler, Bianca (08/03/2007): „Ein Anschlag auf das Eigentum“, in: *Kleine Zeitung*. 33.

*Kronen Zeitung* (06/03/2004): „Streit mit der EU beigelegt: Marmelade bleibt Marmelade“. 12.

*Kronen Zeitung* (30/09/2016): „BLUDENZ, Fohren Center“. 33.

Kübeck, Johannes (21/11/2007): „Neuester EU-Plan verärgert Bauern“, in: *Kleine Zeitung*. 34.

Küntzle, Timo (11/02/2017): „Macht Greening die Äcker grüner?“, in: *Die Presse*. 32.

Lehner, Josef (13/02/2014): „Genmais-Hysterie ist unglaublich“, in: *Oberösterreichische Nachrichten*. 6.

Leutner, Wolfgang (22/09/2014): „Dem EU-Wahnsinn entgegentreten“, in: *Kronen Zeitung*. 22.

Link, Martin (23/07/2003): „Eine Frage der Fläche“, in: *Kleine Zeitung*. 19.

*Oberösterreichische Nachrichten* (03/10/2014): „3 Fragen an...“. SPE4.

*Oberösterreichische Nachrichten* (10/11/2007): „Oberösterreich räumt bei ‚Leader‘ ab“. 26.

Pack, Stephanie (13/12/2014): „7,7 Mrd. Euro fließen in ländliche Gebiete“, in: *Salzburger Nachrichten*. 17.

Paschinger, Alexander (09/10/2007): „Jubelpreise für Züchter im Jubiläumsjahr“, in: *Tiroler Tageszeitung*. 23.

Peternel, Evelyn (17/06/2004): „8000 steirische Kürbisbauern sehen mit Schrecken der neuen...“, in: *Kronen Zeitung*. 22.

Riepl, Heidi (23/10/2007): „Ende der ‚Zwillingsrepublik‘: Polen wählten Premier Kaczynski ab“, in: *Oberösterreichische Nachrichten*. 6.

*Salzburger Nachrichten* (03/07/2007): „Das Bauernsterben wird munter weitergehen“. L8.

*Salzburger Nachrichten* (10/02/2004): „Fischler stellt sich vor Landwirtschaft“. 15.

*Salzburger Nachrichten* (16/04/2014): „20 Jahre EU: Der Alltag ist eingelehrt – und der ist gut,“, 17.

*Salzburger Nachrichten* (17/11/2007): „Spieleplatz für Millionen“. 78.

*Salzburger Nachrichten* (18/10/2003): „Arbeiten am potemkinschen Dorf“.

*Salzburger Nachrichten* (28/05/2004): „Milchmarkt unter Druck“. 16.

Schindwein, Simone (31/05/2014): „Der Wald muss brennen, damit die Menschen kochen können“, in: *Der Standard*. 4.

*Tiroler Tageszeitung* (04/05/2007): „Tirols Bauern zittern um 4,5 Mio. Euro“. 4.

*Tiroler Tageszeitung* (13/12/2014): „Russland: EU hilft Bauern länger“. 21.

*Tiroler Tageszeitung* (27/06/2003): „EU-Agrarreform stößt auf gedämpfte Zustimmung“. 5.

*Tiroler Tageszeitung* (30/01/2014): „Brisante Natura-Post aus Brüssel,“, 4.

Tragler, Alois (10/04/2007): „Ideen sind wichtiger als Säcke voll Kunstdünger“, in: *Oberösterreichische Nachrichten*. 30.

*Vorarlberger Nachrichten* (03/09/2016): „Gemeinsam forschen gegen den Feuerbrand,„

Winkler, Stefan (03/11/2007): „Europa greift nach den Sternen“, in: *Kleine Zeitung*. 2-3.

Winkler, Stefan (07/03/2004): „Die Türkei gehört zu Europa“, in: *Kleine Zeitung*. 4.

Zottler, Markus (13/02/2014): „Anbau bei uns de facto unmöglich“, in: *Kleine Zeitung*. 36.

## **10. Anhang**

### **10.1. Abstract**

Das Bezugsfeld zwischen der österreichischen Bauernschaft und der Europäischen Union ist aufgrund der Relevanz der Gemeinsamen Agrarpolitik innerhalb der EU ein bedeutendes, aber bisher vernachlässigtes Thema der Politikwissenschaft. Die Ladrechtsche Theorie der Europäisierung ermöglicht die Sicht auf den Zustand des Bezugsfeldes anhand der stetigen Entwicklung der GAP und der Reaktion der Akteure Gesellschaft und Bauernschaftvertretung. Wie stehen sich die zwei Untersuchungsgegenstände österreichische Bauernschaft und EU gegenüber? Ein empirischer Vergleich der Zeitungsanalyse (Gesellschaft/Medien) und Interviews (Bauernschaftvertretung) zeigt einen grundsätzlich negativen, aber sich stark bessernden Bezug der BäuerInnen zur EU, aber auch eine Dissonanz in der Kognition der Bauernschaftvertretung zum Bezugsverhältnis.

### **10.2. English Abstract**

The field of relation between the Austrian farmers and the European Union is a significant but hitherto neglected topic of political science due to the relevance of the Common Agricultural Policy within the EU. Ladrech's theory of Europeanization allows for a view of the state of the field of relation based on the steady evolution of the CAP and the response of the actors society and farmers representatives. How are the two objects of investigation Austrian farmers and the EU reacting while they are facing each other? An empirical comparison of the newspaper analysis (society / media) and interviews (farmers representatives) shows a fundamentally negative, but greatly improving relation of the farmers to the EU, but also a dissonance in the cognition of the farmers representatives to the relationship.



